Kreuznacher Friedensbündnis

6550 Bad Kreuznach, den
13. Januar 1989

c/o Jochen Knödler
Brückes 20
6550 Bad Kreuznach

Herrn Bundespräsident
Richard von Weizsäcker
Postfach

5300 B o n n

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,

wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, daß Sie sich für eine Demokratiesierung der Türkei eingesetzt haben.

Anliegend überreichen wir Ihnen je eine Kopie unserer Forderungen an Herrn Präsidenten Evren, Herrn Ministerpräsidenten Özal und den Botschafter der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland, zur Kenntnisnahme.

Wir hoffen, daß wir auch in Zukunft auf Ihre Unterstützung bei der Verteidigung und Durchsetzung von Menschenrechten rechnen dürfen.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Knödler

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kreuznacher Friedensbündnis

c/o Jochen Knödler
Brückes 20
6550 Bad Kreuznach

6550 Bad Kreuznach, den
13. Januar 1989

Herrn Ministerpräsident
Turgut Özal

Ankara/Türkei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

Am 40. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte versuchten acht politische Emigranten aus der Türkei, in ihre Heimat zurückzukehren. Fünf von ihnen wurden sofort zurückgewiesen, die übrigen durften zwar bleiben, wurden aber sofort verhaftet. Der Kollege Nurettin Yalcin befindet sich seit diesem Tag noch immer in Haft.

Viele Staats- und Regierungsvertreter brachten ihre Unterstützung für das Vorhaben dieser Demokraten zum Ausdruck. Unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker schrieb in seinem Brief an Murat Tokmak, der auf dem Istambuler Flughafen zurückgewiesen wurde, daß die Rückkehrer zur Demokratiesierung der Türkei beitragen würden.

Wir protestieren auf das Schärfste gegen Ihr Vorgehen. Wir fordern Sie auf,

Nurettin Yalcin unverzüglich freizulassen

- allen politischen Emigranten die Rückkehr in die Türkei zu ermöglichen
- den politischen Emigranten alle Menschenrechte zurückzugeben
- in der Türkei demokratische Verhältnisse auf allen Ebenen der Gesellschaft herzustellen
- die Beschränkung des Handlungsspielraums der Gewerkschaften aufzuheben.

Die Türkei darf, was die Verwirklichung der Menschenrechte betrifft, nicht länger ein weißer Fleck auf der Landkarte sein!

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Knödler

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kreuznacher Friedensbündnis

c/o Jochen Knödler
Brückes 20
6550 Bad Kreuznach

6550 Bad Kreuznach, den
13. Januar 1989

An den
Herrn Botschafter
der Türkei
in der Bundesrepublik Deutschland
Postfach

5300 B o n n

Sehr geehrter Herr Botschafter,

am 40. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte versuchten acht politische Emigranten aus der Türkei, in ihre Heimat zurückzukehren. Fünf von ihnen wurden sofort zurückgewiesen, die übrigen durften zwar bleiben, wurden aber sofort verhaftet. Der Kollege Nurettin Yalcin befindet sich seit diesem Tag noch immer in Haft.

Viele Staats- und Regierungsvertreter brachten ihre Unterstützung für das Vorhaben dieser Demokraten zum Ausdrück. Unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker schrieb in seinem Brief an Murat Tokmak, der auf dem Istambuler Flughafen zurückgewiesen wurde, daß die Rückkehrer zur Demokratiesierung der Türkei beitragen würden.

Wir protestieren auf das Schärfste gegen Ihr Vorgehen. Wir fordern Sie auf,

- Nurettin Yalcin unverzüglich freizulassen
- allen politischen Emigranten die Rückkehr in die Türkeit ohne Angst zu ermöglichen
- den politischen Emigranten alle Menschenrechte zurückzugeben
- in der Türkei demokratische Verhältnisse auf allen Ebenen der Gesellschaft herzustellen
- die Beschränkung des Handlungsspielraums der Gewerkschaften aufzuheben.

Die Türkei darf, was die Verwirklichung der Menschenrechte betrifft, nicht länger ein weißer Fleck auf der Landkarte sein!

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Knödler

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kreuznacher Friedensbündnis

c/o Jochen Knödler
Brückes 20
6550 Bad Kreuznach

6550 Bad Kreuznach, den
13. Januar 1989

Herrn Präsident
Kenan Evren

Ankara/Türkei

Sehr geehrter Herr Präsident,

am 40. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte versuchten acht politische Emigranten aus der Türkei, in ihre Heimat zurückzukehren. Fünf von Ihnen wurden sofort zurückgewiesen, die übrigen durften zwar bleiben, wurden aber sofort verhaftet. Der Kollege Nurettin Yalcin befindet sich seit diesem Tag noch immer in Haft.

Viele Staats- und Regierungsvertreter brachten ihre Unterstützung zum Ausdruck für das Vorhaben dieser Demokraten. Unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker schrieb in seinem Brief an Murat Tokmak, der auf dem Istambuler Flughafen zurückgewiesen wurde, daß die Rückkehrer zur Demokratisierung der Türkei beitragen würden.

Wir protestieren auf das Schärfste gegen Ihr Vorgehen. Wir fordern Sie auf,

- Nurettin Yalcin unverzüglich freizulassen
- allen politischen Emigranten die Rückkehr in die Türkei ohne Angst zu ermöglichen
- den politischen Emigranten alle Menschenrechte zurückzugeben
- in der Türkei demokratische Verhältnisse auf allen Ebenen der Gesellschaft herzustellen
- die Beschränkung des Handlungsspielraums der Gewerkschaften aufzuheben.

Die Türkei darf, was die Verwirklichung der Menschenrechte betrifft, nicht länger ein weißer Fleck auf der Landkarte sein!

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Knödler

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

GENERALKONSULAT
DER TÜRKEI
Az. 129

Mainz, den 05.01.1989

Eingegangen, den 12.1.89
Erledigt: .....

Herrn Abgeordneten
Udo Reichenbecher
Landtag Rheinland-Pfalz
Postfach 3040

6500 Mainz

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Reichenbecher,

Ihr Schreiben vom 21.12.1988 bezüglich Nurettin Yalcin habe ich erhalten. Bevor ich darauf eingehe, möchte ich Ihnen, dem Land Rheinland-Pfalz und Ihrer Partei die besten Wünsche für das Jahr 1989 aussprechen.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn versichern, daß freundschaftliche Wünsche bezüglich verschiedener Ereignisse in der Türkei von unseren Behörden jederzeit angehört werden. Ohnehin betrachten wir dies als eine natürliche Folge der mittlerweile in den internationalen Beziehungen vorhandenen Interdependenz. Aber leider stellen wir fest, daß manche Personen oder Gruppen der Türkei nicht unter dieser Anschauung begegnen. So hat sich auch herausgestellt, daß eine Gruppe von Personen, darunter auch Nurettin Yalcin, ihre Rückkehr in die Türkei deshalb geplant und durchgeführt haben, um die Türkei in Westeuropa unter Druck zu setzten. Der wahre Hintergrund dieses Versuches einer Rückkehr wurde jedoch durchschaut und daher haben diese Personen bei den verschiedenen Einrichtungen und Kreisen nicht die erhoffte Unterstützung gefunden. Den Kenntnissen unseres Generalkonsulates nach wurde Nurettin Yalcin, über welchen Sie informiert werden wollten, vor Gericht gestellt und das für ihn bestehende Urteil erging durch ein unabhängiges und unparteiisches Gericht.

./..

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Ich darf die Gelegenheit benutzen, Sie meiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Ömer Şahinkaya
Generalkonsul

Zur Kenntnisnahme

Mit freundlichen Grüßen
überreicht von
Udo Reichenbecher
Landtagsabgeordneter
Jugendstr. 2 - Tel.: 06754/536
6571 Simmertal

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM
LIGUE INTERNATIONALE DE FEMMES POUR LA PAIX ET LA LIBERTÉ
INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT
LIGA INTERNACIONAL DE MUJERES PRO PAZ Y LIBERTAD

Consultative Status with United Nations ECOSOC, UNCTAD and UNESCO. Special Consultative Relations with FAO, ILO, UNICEF
INTERNATIONAL HEADQUARTERS: 1, RUE DE VAREMBÉ, CP 28, 1211 GENEVA 20, SWITZERLAND
Telephone (022) 33 61 75 – Cables: WILLIF, Geneva – Telex: 427 993 TXC - CH for WILPF – Postal Checking Acct. 12-1869.9

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN DER TÜRKEI

FOLTER - UNTERDRÜCKUNG - ZENSUR - VERFOLGUNG

Das andere Gesicht der Türkei

In diesem Jahr ist die Türkei das beliebteste Reiseziel. Wer denkt schon daran, daß in den Gefängnissen von Istanbul und Ankara, von Edirne und Bursa Menschen ihrer Gedanken wegen gefoltert werden. Natürlich ist die Polizei, sind die Posten mit Maschinengewehren auffällig oft in den Straßen von Ankara zu sehen. Aber wer verbringt schon seinen Urlaub in der schwül-heißen Hauptstadt? Am Meer, an den sonnigen Stränden und in den orientalischen Märkten sind die Spuren der Folter nicht zu sehen. Der Alltag in der Türkei hat eben zwei Gesichter. Wer sich nicht darauf beschränken will, Kebab und den wunderbaren, türkischen Wein zu genießen, muß sich auf den Weg machen, um mit der Opposition und den Vertretern ihrer Organisationen ins Gespräch zu kommen. Jeder Gast aus dem Ausland, der sich über die Verhältnisse informieren will, ist für sie ein Zeichen der Hoffnung. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, IFFF, begegnete vom 30. 7. bis 3. 8. 1988 dem anderen Gesicht der Türkei. Mitgereist waren Landtagsabgeordnete der SPD und der Grünen aus Bayern, Gewerkschafterinnen, Hochschullehrerinnen, eine Dozentin der Evangelischen Akademie Bad Boll, eine Vertreterin der DFI und der IAF, die Präsidentin der IFFF Eleonore Romberg aus München sowie die Vizepräsidentin Olga Bianchi aus Costa Rica. Begleitet wurde die Delegation von zwei Journalistinnen, die sich besonders mit Fragen der Menschenrechte und der Gleichberechtigung von Frauen befassen.

Herausgegeben:

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Deutsche Sektion -

FIRST INTERNATIONAL PRESIDENT
Jane Addams
Nobel Peace Prize 1931

FIRST INTERNATIONAL SECRETARY
Emily Green Balch
Nobel Peace Prize 1946

SPECIAL ADVISER ON DISARMAMENT
DEVELOPMENT AND CONVERSION
Inga Thorsson

INTERNATIONAL OFFICES
PRESIDENT
Eleonore Romberg, FRG

VICE-PRESIDENTS
Olga Bianchi, Costa Rica
Caroline Canales, USA
Carlota Lopes da Silva, Netherlands

TREASURER
Harriet Otterloo, Sweden

SECRETARY-GENERAL
Edith Ballantyne

ADVISORY PANEL
Kay Camp
Stella Cornelius
Lois Evans
Betty Holt
Anissa Najjar
Carol Pendell
Aiko Tokusue

INTERNATIONAL REPRESENTATIVES
Edith Ballantyne, UN Geneva
Hélène Berthoz, UNESCO Paris
Kay Camp, UN New York
Linda Conte, UN New York
Elisabeth Fehrer, UN New York
Anne Fiorant, UN New York
Gerda Hargrave, UNICEF New York
Kirsti Kolthoff, ILO Geneva
Bruno Magnani Lomazzi, FAO Rome
Bea Miwwe, UN New York
Einel Pansen, UN New York
Sundari Ravindran, UN Geneva
Ruth Sillman, UN New York
Yvonne Sée, UNESCO Paris

EDITOR, PAX & LIBERTAS
Janet Bruin

Delegationsbericht der Internationalen Frauenliga – Deutsche Sektion - über die Situation in der Türkei

Inhaltsverzeichnis:

1. Eindrücke
2. Programm der Delegation
3. Teilnehmerinnenliste
4. Bericht der Delegation
5. Erklärung der Delegation
6. Presseecho - Artikel - Initiativen

Verantwortlich:
Karin Roth, Krögerstr. 5, 6000 Frankfurt-Main
Anfragen an: Karin Roth oder Elenore Romberg, Soldnerweg 2, 8 München-80

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

Dienstag, den 2. August 1988

Eindrücke am Morgen

Es ist früh und noch angenehm kühl. Durch den sonnigen Morgen eilen Frauen und Männer zur Arbeit. Im Park neben dem Anatolien-Platz sitzen schon viele, die keine Eile haben, dazwischen Verkäufer von Sesamgebäck. Fünf Jungen im Alter zwischen 7 und 10 Jahren hocken mit ihren Schuhputzkästen in einer Reihe mitten im Weg; die einzelnen Vorübergehenden interessieren sie kaum, ihr Blick ist auf die Schuhe gerichtet.

Mitten im Park steht eine überlebensgroße Skulptur, zwei geöffnete Hände strecken sich in den wolkenlosen Himmel, die gekrümmten Finger wirken wie ein fordernder Aufschrei. Ob Rodin hier Pate gestanden hat? Diesen Händen in der Türkei fehlt die zärtliche Glätte, die die französischen Bildwerke auszeichnet, sie sind rauh und kantig.

Auf einer Bank lasse ich mir Zeit, die Skulptur anzuschauen. Ein Arbeiter stellt sich neben mich; er hat sein Handwerkszeug bei sich, einen Besen und eine Schaufel am langen Stiel. Er redet mich an: "Deutsch?" Und als ich nicke: "Ich auch zwei Jahre, Berlin. Zwei Jahre." Er wiederholt das immer wieder.

Zwei Jahre - und kann doch kaum ein paar Sätze Deutsch. Schwerfällig berichtet er, wie er eine gute Arbeit gehabt und sich dann in Berlin verheiratet habe; das habe zu seiner Ausweisung geführt. Und dann wiederholt er es noch einmal: "Zwei Jahre, Berlin!"

Er sei gern in Deutschland gewesen, wolle immer noch dorthin zurück. Seine Frau ist in Berlin.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Menschenrechtsverletzungen in der Türkei

P R O G R A M M in Ankara

der Delegation der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit

vom 30. Juli 1988 bis 3. August 1988

---

30. Juli 1988	Abfahrt der Delegation in Frankfurt und Ankunft in Ankara (22.00 Uhr). Koordinierungsgespräch mit Rechtsanwälten und Absprache über Programm
31.Juli 1988 11 Uhr	Gespräch in der Rechtsanwaltspraxis über die Lage der politischen Gefangenen in der Türkei und über die Menschenrechtsletzungen. Infroamtion über den Prozeß gegen die Generalsekretäre der KP und der Arbeiterpartei.
13 Uhr	Besuch der Sozialdemokratischen Partei und Gespräch mit der stellvertretenden Generalsekretärin Frau Tanyolac und dem ehemaligen Bürgermeister von Ankara Herrn Dincer
16 Uhr	Besuch in der Praxis des Vereins der Ärzte und Ärztinnen gegen Atomkrieg und Diskussion über die Arbeit des Vereins sowie die Behinderungen, die seitens der Regierung erfolgen.
18 Uhr	Treffen mit türkischen Frauen, die Frauengruppen organisieren und in Redaktionen von Zeitschriften arbeiten. Anschließend gemeinsames Abendessen.
1. August 1988	Teilnahme am Prozeß gegen die Generalsekretäre der KP und der Arbeiterpartei sowie weiterer 14 Angeklagten im Gerichtsgebäude in Ankara (5. Verhandlungstag). Aktionen für dem Gericht durch türkische Demokraten.
14 Uhr	Pressekonferenz über den bisherigen Verlauf des Prozesses und den Behinderungen der Verteidigung. Stellungnahme der Präsidentin der Frauenliga Frau Romberg über die bisherigen Eindrücke und über die Situation im Gerichtssaal.
16 Uhr	Besuch beim Menschenrechtsverein und Empfang durch den stellvertretenden Vorsitzenden. Bericht über die Menschenrechtsverletzungen und erste Kontaktaufnahme mit Angehörigen von politischen Gefangenen. Darstellung der Arbeit des Menschenrechtsvereins in der Zukunft.
20 Uhr	Abendessen gemeinsam mit allen ausländischen Delegationen,die am Prozeßtag teilgenommen haben.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

2. August 1988	
10 Uhr	Pressekonferenz der Delegation Abgabe einer Erklärung über die Einschätzung der Lage in der Türkei hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte.
11 Uhr	Gespräch mit der Arbeitsministerin und einigen Delegationsteilnehmerinnen (Präsidentin und Vize-Präsidentin sowie 3 weitere Frauen). Diskussion über Arbeitsmarktpolitik, Frauenrechte und Gewerkschaftsrechte in der Türkei.
	Gespräche mit Initatorinnen, die einen Frauenverein gründen wollen und deshalb Angeklagte in einem Prozeß sind. Gespräch mit Betroffenen über Folter, Unterdrückungsmethoden und Repression durch die Polizei.
13 Uhr	Gespräch mit dem Verband von politischen Gefangenen.
15 Uhr	Besuch in der Redaktion der Zeitung "Cumhuriyet" und Gespräch mit Redakteuren über Pressefreiheit.
17 Uhr	Treffen mit dem Vorsitzenden der Automobilgewerkschaft und Diskussion über Streikrecht soiwe Einschränkung der Gewerkschaftsrechte.
	Weiteres Treffen von Angehörigen und Betroffenen der politischen Verfolgung. Gespräch mit Vertretern der ehemaligen Lehrer-gewerkschaft, die noch verboten ist sowie von Berufsverbot betroffenen Akademiker und Akademikerin.
20 Uhr	Abschlußgespräch mit den Rechtsanwälten, die die Prozesse der politischen Angeklagten führen über unsere Eindrücke und weitere Unterstützung.
	Abschlußgespräch und weitere Arbeitsverteilung bzw. Projekte in der BRD über Aufklärung der Lage in der Türkei.
3. August 1988 11 Uhr	Ankunft der Delegation in Frankfurt und anschließend Pressekonferenz im DGB-Haus.

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARAŞTIRMA VAKFI

Internationale Frauenliga, Deutsche Sektion

TEILNEHMERLISTE
der Delegationsreise in die Türkei vom 30.7. bis 3.8.1988

1. Eleonore Romberg, Präsidentin der Internationalen Frauenliga, Landtagsabgeordnete in Bayern Liste der Grünen

2. Ursula Pausch-Gruber
SPD-Landtagsabgeordnete in Bayern

3. Christiene Busch
Mitarbeiterin der Ev. Akademie Bad Boll

4. Heide Scharf
Gewerkschaftssekretärin IG Metall

5. Ursula Schumm-Garling
Hochschullehrerin

6. Ingelis Gnutzmann
Journalistin beim Hess. Rundfunk

7. Rosi Almanasreh
Vorsitzende der Organisation mit Ausländer verh. Frauen

8. Karin Roth
Gewerkschaftssekretärin bei der IG Metall

9. Susanne Schunter-Kleemann
Hochschullehrerin

10. Karin Bergdoll
Arbeitskreis Demokratische Fraueninitiative

11. Johanna Hund
Hochschullehrerin

12. Olga Bianchi Costa Rica
Stellvertr. Vorsitzende der Internationalen Frauenliga

13. Gisela Parwez
Dolmetscherin

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DELEGATIONSBERICHT
der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit über ihre Reise in die Türkei vom 30. Juli '88 bis 3. August '88

Bericht über den ersten Aufenthaltstag Samstag, den 30. Juli 1988 in Ankara

Die Mitglieder der Delegation reisten am am 30. Juli 1988 von Frankfurt und Hamburg nach Ankara. Am Abend fand ein erstes Koordinierungsgespräch mit den Rechtsanwälten der politisch Verfolgten in der Türkei statt. Die Teilnehmerinnen wurden über die vorgesehenen Programmpunkte informiert und bekamen erste Informationen über den Stand des politischen Prozesses gegen die Generalsekretäre der Kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei der Herren Kutlu und Sargin.

Zweiter Besuchstag, Sonntag, der 31. Juli 1988

1. Programmpunkt:
Gespräch in der Rechtsanwaltspraxis über die Lage der politischen Gefangenen in der Türkei und über die Menschenrechtsverletzungen

Im Büro der Rechtsanwälte, die die Prozesse gegen die politischen Gefangenen bzw. Angeklagten durchführen, wurden die Delegationsteilnehmerinnen ausführlich über den anstehenden Prozeß gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin (Generalsekretäre der KP und der Arbeiterpartei der Türkei) informiert.
Zur Vorgeschichte des Prozesses: Aus Anlaß der Parlamentswahlen im Dezember 1987 kehrten die beiden Angeklagten aus ihrem Exil zurück. Am 16. November 1987 wurden sie sofort auf dem Flughafen in Ankara verhaftet, obwohl eine internationale Delegation von unterschiedlichen Repräsentanten internationaler Organisationen und Europa-Abgeordneten sie begleiteten.

Sie blieben 19 Tage in sogenannter Sicherheitsgewahrsam und wurden dabei gefoltert (übliche Foltermethoden einschließlich Elektroschocks, Medikamente etc.). Am 15. Dezember 1987 kamen sie dann in Untersuchungshaft und erst nach vier Monaten erhielten sie eine Anklageschrift, die von fünf Staatsanwälten geschrieben wurde. Der Prozeß begann erst am 8. Juni 1988.

Der Prozeß gegen die Generalsekretäre Kutlu und Sargin und weiteren 14 Angeklagten gilt in der Türkei als der zentrale politische Prozeß, der Auskunft über die Demokratisierung in der Türkei gibt. In der Zwischenzeit haben 700 Rechtsanwälte, darunter 80 Anwältinnen, die Verteidigung der Angeklagten übernommen. Das Gerichtsverfahren findet unter Ausschluß der türkischen Öffentlichkeit statt. Nur Presse und internationale Delegationen konnten bisher an den Verhandlungen teilnehmen.

TÜRKİYE İŞÇİ PARTİSİ ARŞİV VAKFI

..2

Die Rechtsanwälte informierten darüber hinaus, daß gegen Frauenorganisationen und Ärzte, gegen engagierte Demokraten laufend Prozesse geführt werden. Insbesondere die Verweigerung von Reisepässen sei ein Mittel, um die Menschen in der Türkei zu disziplinieren. Daher hatten die Rechtsanwälte/-innen verschiedene Gespräche mit unterschiedlichen Betroffenen organisiert, über die nachfolgend berichtet wird.

2. Programmpunkt:
Besuch der Sozialdemokratischen Partei und Gespräch mit der stellvertretenden Generalsekretärin Frau Tanyolac und dem ehemaligen Bürgermeister von Ankara Herrn Dincer

Die Delegationsteilnehmerinnen wurden von der Sozialdemokratischen Partei (SHP) eingeladen. Das Gespräch mit der Generalsekretärin und dem Bürgermeister von Ankara fand in den Räumen der SHP in Ankara statt. Die stellvertretende Generalsekretärin Frau Tanyolac informierte die Teilnehmerinnen über die Entwicklung der sozialdemokratischen türkischen Partei und deren derzeitige Situation:
1983 wurden zwei sozialdemokratische Parteien gegründet, die sich zu der Vereinigten Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP) zusammenschlossen. Nach Meinungsumfragen liegt die SHP innerhalb der türkischen Bevölkerung vor der Regierungspartei ANAP. Die SHP tritt für die Einführung der Gesinnungsfreiheit ein und ist daher für die Legalisierung sowohl der Kommunistischen Partei wie auch der Arbeiterpartei. Die SHP sieht in dem Wahlgesetz eine große Behinderung für die demokratische Entwicklung der Türkei. Aufgrund des Wahlrechtes erhielt die SHP trotz 27 Prozent aller Wählerstimmen nur 99 Sitze im Parlament. Die ANAP (Partei von Özal) hatte nur 36 Prozent der Stimmen und erhielt dagegen 292 Abgeordnete. Die rechtsliberale Demirel-Partei (Partei des rechten Weges) hat 59 Abgeordnetensitze.

Die Behinderung der Arbeit der Sozialdemokratischen Partei sind allerdings vielfältiger. So darf die SHP keine offiziellen Kontakte zu den Gewerkschaften, zu den landwirtschaflichen kooperativen Handwerksgenossenschaften aufnehmen. Dennoch hat die SHP erreicht, daß in Städten und Gemeinden ca. 400 sozialdemokratische Bürgermeister regieren.

Die Arbeit dieser Bürgermeister wird jedoch auf unterschiedliche Weise behindert. So beispielsweise wurde in Stadtteilen von Ankara, die mehrheitlich sozialdemokratisch gewählt hatten, 20 Tage lang das Wasser abgestellt. Ähnliches ist aus den Dörfern bekannt, so z.B. wurde in Ordu am Schwarzen Meer das Staatliche Krankenhaus geschlossen, nachdem die Bevölkerung einen sozialdemokratischen Bürgermeister gewählt hatte.

Die Frau des Präsidenten Özal hat zur Verhinderung weiterer Frauenaktivitäten eigens eine Stiftung zur Stärkung der türkischen

..3

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ FİRMA VAKFI

Frauen gegründet. Diese Stiftung wird von der Industrie und dem internationalen Kapital unterstützt. Die Stiftung finanziert medizinische Geräte, mobile Krankenstation und andere soziale Hilfen, die sie mit der Wahl bzw. Unterstützung der Özal-Regierung koppelt.

Die soziale Lage der Frauen wird dadurch nicht grundlegend verbessert. So haben die im öffentlichen Dienst Beschäftigten keine Sozialversicherung. Es gibt eine hohe Sterblichkeitsrate von Kindern und immer noch ungenügende Bildung und Ausbildung von Frauen auf allen Ebenen.

Die SHP hat zur Zeit ca. 800.000 Mitglieder, die alle damit rechnen müssen, daß sie politisch verfolgt und bedroht werden. Zehn bis 12 Prozent der SHP-Mitglieder sind Frauen. Allerdings gibt es in der SHP keine eigenständige Frauen- und Jugendorganisation, weil diese seit dem Militärputsch von 1980 verboten sind. Die SHP hat zur Unterstützung ihrer Frauenpolitik eine Frauenkommission eingerichtet, die von Männern und Frauen besetzt ist. Die stellvertretende Generalsekretärin hofft, daß diese Frauenkommission demnächst ihre frauenpolitischen Forderungen konkretisiert und damit an die Öffentlichkeit treten kann. Sie hofft weiter, daß sich die Frauen in der Türkei weiterhin engagieren und sich der SHP anschließen.

3. Programmpunkt:
Besuch in der Praxis des Vereins der Ärzte und Ärztinnen gegen den Atomkrieg

In der Türkei sind friedenspolitische Organisationen verboten. Der Verein der Ärzte/-innen gegen den Atomkrieg, der auch Mitglied des internationalen Verbandes werden will, wurde zunächst in der Türkei verboten. Aufgrund eines Gerichtsverfahrens wurde jedoch erreicht, daß der Verein zugelassen wurde. Er arbeitet nunmehr seit Dezember 1987 ohne Satzung weil das Innenministerium die Satzung noch nicht akzeptiert hat. Aufgrund dieser Tatsache sind internationale Kontakte für die Mitglieder des Vereins z.Z. noch nicht möglich. Der Verein selbst kann sich an allgemeinen friedenspolitischen Debatten nicht beteiligen, sondern muß seine Arbeit auf die Information über die Auswirkungen eines Atomkrieges beschränken.

Die Friedensbewegung selbst wird in der Türkei nach wie vor behindert. Diejenigen, die sich auch in dem Verein engagieren, werden bedroht bzw. in ihrer Arbeit behindert.

Die Teilnehmerinnen sagten ihre Unterstützung im Kampf um die Anerkennung des Vereins zu. Die Internationale Frauenliga wird ihre Möglichkeiten innerhalb der UNO nutzen, um über die Behinderung der Arbeit des Vereins zu berichten.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

4. Programmpunkt:
Treffen mit türkischen Frauen, die Frauengruppen organisieren oder in Redaktionen von Zeitschriften arbeiten

Einige Frauen, die an dem Gesprächen teilnahmen, kamen eigens aus Istanbul angereist. Sie waren mehrheitlich Frauen aus wissenschaftlichen Bereichen, wie z.B. Soziologinnen, Volkswirtschaftlerinnen und Rechtsanwältinnen, aber auch einige Studentinnen. Zunächst gab eine Frau einen Oberblick über die Stationen der neueren türkischen Geschichte der Frauenbewegung: Bis etwa 1970 waren Frauen i.d.R. in den sozialistischen Parteien organisiert. Es gab keine selbständige Frauenbewegung. 1976 wurde die unabhängige Frauenorganisation IKD (Verein fortschrittlicher Frauen) gegründet. Sie umfaßte ein breites politisches Spektrum von Frauen und wurde nach dem Putsch 1980 sofort verboten. Die Frauen, die im Verein fortschrittlicher Frauen organisiert waren, konzentrierten ihren Kampf vor allem gegen die Armut und steigende Frauenarbeitslosigkeit sowie gegen die Inflation. Sie arbeiteten mit Frauen innerhalb der Gewerkschaften zusammen. In einigen Städten wurden außerdem frauenfeministische Frauengruppen gegründet, die vor allem die Diskriminierung der Frauen durch die Männer und Sitten erkämpften.

Nunmehr soll versucht werden, beide Bewegungen zusammenzufassen, um eine handlungsfähige Frauenbewegung zu erreichen. Die Legalisierung der Frauenbewegung sowie andere politische Organisationen ist allerdings sehr kompliziert, weil nach § 141 und 142 des Strafgesetzbuches die Meinungs- und Gesinnungsfreiheit, aber auch die Organisationsfreiheit eingeschränkt ist. Viele Frauen werden daher politisch verfolgt, angeklagt und gefoltert.

Ober die Aktivitäten einzelner Frauen, Frauenvereine zu gründen, wurde im Verlauf des Besuches weiter informiert. Dabei kam es zu Gesprächen mit Frauen, die erst unlängst aus den Gefängnissen entlassen wurden und über die Foltermethoden berichteten.

Das Gespräch mit den Frauen aus Istanbul und Ankara war für die Delegationsteilnehmer nicht nur eindrucksvoll, sondern auch deprimierend. Unter welchen Bedingungen die türkischen Frauen sich organisieren müssen, war den meisten Teilnehmerinnen so nicht bekannt und bewußt. Ihr unermüdliches Engagement und ihre Tapferkeit hinterließ - wie die darauffolgenden Tage ebenso - einen bewundernswerten Eindruck.

TÜRKİYE SOSYAL BİLİMLER VAKFI

Montag, 1. August 1988

1. Programmpunkt:
Teilnahme am Prozeß gegen die Generalsekretäre der KP und der Arbeiterpartei (5. Verhandlungstag)

Das Gerichtsgebäude, in dem der Prozeß stattfand, wurde hermetisch abgeriegelt. Trotz eines großen Polizeiaufgebotes kamen ca. 150 Menschen, um durch Klatschen ihre Freude über die Solidarität der Delegationen aus dem Ausland zum Ausdruck zu bringen. Das Rufen von Forderungen ist in der Türkei verboten und führt bei Nichteinhaltung zur Verhaftung.

Die Demonstration war sehr eindrucksvoll. Die Delegationsteilnehmer aus Griechenland, aus Belgien, Frankreich der DDR und der Bundesrepublik wurden nach längeren Sicherheitskontrollen in das Gebäude eingelassen.

Wir trugen als Zeichen der Solidarität rote Nelken, die wir vor dem Prozeßbeginn den Gefangenen und den weiteren Mitangeklagten überreichten. Unsere Delegation erregte schon allein durch den Tatbestand, daß wir ausschließlich Frauen mit unterschiedlichem Alter waren. Über unsere Vorgehensweise außerhalb und innerhalb des Gerichtsgebäudes waren sowohl die Polizei wie auch die verhandlungsführenden Richter überrascht. Sie gerieten mehr oder weniger schnell aus der Fassung und versuchten mit einigen Disziplinarmaßnahmen gegen die Zuhörer vorzugehen.

Der Gerichtssaal war viel zu klein. Weder alle Rechtsanwälte noch die interessierte türkische Öffentlichkeit hätte darin Platz gefunden. Der Vorsitzende des Gerichts war ein Richter, der dem Militär angehört. Die Verhandlung begann mit der Protokollierung der Namen der verteidigenden Rechtsanwälte und danach folgte die Verteidigungsrede von Haydar Kutlu. Während der Verteidigungsrede unterbrach der Vorsitzende die Ausführungen mit dem Hinweis, daß die anwesenden Teilnehmer beim Sitzen ihre Beine nicht zu überschlagen hätten, weil dies als Mißachtung des Gerichtes zu werten sei. Außerdem sei Lächeln im Gerichtsraum verboten. Daraufhin protestierte ein belgischer Europaabgeordneter gegen die Vorgehensweise des Gerichtes gegenüber den Zuhörern.

Insgesamt war eine sehr angespannte und gereizte Stimmung im Gerichtssaal zu verspüren. Die Richter wie auch die Polizei reagierte auf die Teilnahme der internationalen Delegationen unsicher und nervös.

In der Mittagspause gaben die Rechtsanwälte im Presseklub eine Pressekonferenz, an denen auch die Vertreter der internationalen

..6

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Delegation teilnahmen. Die Rechtsanwälte informierten über weitere Schicksale von politischen Gefangenen, die in der Zwischenzeit gefoltert oder ermordet wurden. Ein Vater berichtete über das Schicksal seines Sohnes, der nach fünf Tagen Polizeiverhör am 26. Juni 1988 starb.

Die Präsidentin der Internationalen Frauenliga Eleonore Romberg kritisierte im Namen unserer Delegation die Vorgehensweise der Polizei vor und während der Verhandlung. Sie forderte die Regierung auf, endlich sich an das UNO-Antifolterabkommen zu halten. Auch die türkische Bevölkerung müsse den Prozeß verfolgen können.

Am Abend wurden alle ausländischen Delegationsteilnehmer/-innen zu einem Essen eingeladen. Dort wurde noch einmal die notwendige internationale Solidarität bekräftigt und darauf hingewiesen, daß die Aufhebung der Todesstrafe, die Amnestie für alle politischen Gefangenen sowie die Beendigung der Folter für den Beitritt der Türkei in die EG unabdingbar sei. Nur wenn die Türkei in ihrem Land die Einhaltung der Menschenrechte gewährleiste, könne an ein EG-Beitritt gedacht werden. Die allgemeine politische Lage, insbesondere die außenpolitischen Interessen der Türkei, geben zu der Hoffnung Anlaß, daß für die beiden Angeklagten die beantragte Todesstrafe nicht realisiert wird. Allerdings sei mit hohen Freiheitsstrafen zu rechnen, nicht nur für die beiden, sondern auch für die weiteren 14 Angeklagten.

2. Programmpunkt:
Besuch beim Menschenrechtsverein

Zwischen der Pressekonferenz und dem Abendessen der ausländischen Delegationen besuchten wir den Menschenrechtsverein in Ankara.

Gesprächspartner waren der Generalsekretär Acim Birdal und der stellvertretende Generalsekretär Ibrahim Tesar. Anwesend war auch der Dichter Erdoz.

Die Organisation ist ein einzelne Sektionen gegliedert. Zu ihren Mitgliedern gehören viele Frauen, von denen viele jahrelang im Gefängnis gesessen haben und gefoltert wurden. Von den Gründungsmitgliedern waren 50 Prozent Frauen. Didas Akensoy, die Mutter eines Gefolterten, gilt als Symbol für den Kampf des Vereins. Sie wollte dem Präsidenten ein Protestschreiben gegen die Folter überreichen und bekam dabei einen Herzschlag.

..7

TÜRKİYE SOSYAL TARİH VAKFI

Der Verein hat vier Kommmissionen eingerichtet:

1. Kommission für Frauen

Die Kommission beschäftigt sich mit den speziellen Problemen der Fabrik- und Landarbeiterinnen. Sie wird im nächsten Jahr Aktivitäten zum 8. März organisieren.

2. Kommission für Meinungs-, Gesinnungs- und Organisationsfreiheit

Ziel der Arbeit ist die Aufhebung der §§ 140 ff StGB. Seit dem 12. September 1980 wurden allein 71.000 Menschen wegen ihrer Gesinnung festgenommen. Die meisten wurden gefoltert. 172 Menschen sind nachweisbar an der Folter gestorben (hohe Dunkelziffer). (Das vor dem Hintergrund, daß die Türkei das Antifolterabkommen der UNO unterzeichnet hat.) 208 Todesurteile sind seit 1980 ausgesprochen worden. 50 Menschen wurden bereits hingerichtet, die anderen Todesurteile müssen vom Parlament bestätigt werden. Der Verein hat eine Kampagne gegen die Todesstrafe und für eine Amnestie der politischen Gefangenen gestartet. 150.000 Unterschriften wurden dem Präsidenten bereits übergeben. In der letzten Zeit gab es wieder viele Informationen von Folterungen und "Gestorbenen". Die Folterungen geschehen überwiegend im Polizeigewahrsam.

In der Türkei haben 348.000 Menschen keinen Reisepaß (Zahlen nach offiziellen Angaben).

Die Vertreter des Menschenrechtsvereins bitten uns, die UNO über die Nichteinhaltung des Antifolterabkommens und die unmenschlichen Bedingungen in den Gefängnissen zu informieren.

3. Kommission Staatsangehörigkeitsentzug

Seit 1980 wurde 13.000 TürkInnen die Staatsangehörigkeit entzogen. Der Status von 17.000 im Ausland lebenden TürkInnen ist noch ungewiß; sie haben einen Rückruf bekommen. Der Verein will für eine sichere Rückkehr der Menschen sorgen, die den Rückruf befolgen.

4. Kommission Recht auf Arbeit

Die Kommission bearbeitet Fragen des Rechts auf Arbeit und einer Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse.

TÜRKİYE SOSYALTARİH ARŞİVİ VAKFI

Die Arbeitslosigkeit liegt in der Türkei bei 17 %. Es existieren kein oder nur ein eingeschränktes Streikrecht und keine Tarifverträge.

Auf den Verein wird kein direkter Druck ausgeübt. Es kommt aber zu Verhaftungen und gerichtlichen Untersuchungen bei allen Aktivitäten des Vereins.

Viele der VerteidigerInnen von Kutlu und Sargin sind Mitglieder des Menschenrechtsvereins.

Dienstag, den 2. August 1988

1. Programmpunkt:
Pressekonferenz der Delegation

Im Presseklub führten wir eine Pressekonferenz durch, an der mehrere Journalisten teilnahmen. Wir schilderten unsere Gespräche und Eindrücke der vergangenen zwei Tage und legten der Presse eine Erklärung zur Lage der Menschenrechte in der Türkei und unsere Forderungen dazu vor. Im Anschluß an die Pressekonferenz begleiteten uns einige Journalisten zum Gespräch mit der Arbeitsministerin.

2. Programmpunkt:
Gespräch mit der Arbeitsministerin und einigen Delegationsteilnehmerinnen

Wir hatten ein Gespräch mit der Arbeitsministerin, Imren Aykut.
Der Empfang war kühl, zurückhaltend. Die Ministerin war unsicher, was auf sie zukommen würde. Ihre "Rechte Hand" stand beobachtend und abwartend neben ihr, konnte gut Deutsch und paßte genau auf die Übersetzung auf.

Wir selbst waren: Eleonore Romberg, Karin Roth, Heidi Scharf, Ingelies Gnutzmann und Gisela Parwez als Dolmetscherin.
Außerdem waren noch türkische Journalistinnen und Journalisten, sowie der Haus- und Hoffotograf anwesend.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Eleonore Romberg stellte der Ministerin die Liga vor, vor allem unser Statut bei der UNO und in der Menschenrechtskommission; sie begründete unsere Reise wie folgt:

1. Wir wollen uns vor Ort über den Stand der Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei machen.

2. Die Türkei will Mitglied der EG werden. Der EG-Ministerrat hat beschlossen, daß dies nur geht, wenn in der Türkei die Menschenrechte eingehalten werden.
Deshalb führen wir Gespräche u.a. mit dem Menschenrechtsverein, mit der Vereinigung der Ärztinnen und Ärzte zur Verhinderung des Atomkriegs, mit verschiedenen Personen, die gefoltert wurden.

3. Wir haben an dem Prozeß gegen Kutlu und Sargin teilgenommen.

Als Resumee meint Eleonore Romberg: Wir sind erschreckt, in welchem Maße die demokratischen Rechte beeinträchtigt sind. Wir möchten jedoch jetzt nicht die Rechtsverletzungen aufzählen, sondern etwas über die soziale Lage insbesondere der Frauen erfahren und ihre Möglichkeiten, sich in Frauengruppen zu organisieren.
Weiter interessiert uns der Analphabetismus der Frauen.

Die Ministerin antwortete darauf: Wir hätten wohl doch sehr falsche Informationen, auch zum Teil veraltete, und sie wisse nicht, woher die kämen.
(Dies sagte sie zu Beginn einer jeden Antwort.)

Über die Ausbildung der Frauen könne sie eigentlich nichts sagen, dafür sei das Erziehungsministerium und die Frauenorganisation zuständig. Trotzdem werde sie es versuchen.

Auf die Zwischenfrage, welche Frauenorganisationen sie meine, kam keine Antwort.
Stattdessen erging sich die Ministerin in der Erzählung der Geschichte der Türkei seit Atatürk. In der Verfassung, in den Gesetzen haben die Frauen die volle Gleichberechtigung, in der Realität nicht.
Frauen kennen oft aufgrund ihrer geringen Bildung ihre Rechte nicht. Sie sind ökonomisch von ihren Männern abhängig.
Sie schätzt, daß 30 % aller Frauen Analphabetinnen sind (überwiegend die älteren). Es besteht für alle die Grundschulpflicht (das sind 5 Jahre). In den Studienbereichen sind Frauen zum Teil zu 50 % (Jura, Medizin) und 30 % (Wirtschaftswissenschaften) vertreten.
Allerdings sind sie in den Betrieben nicht als Vorgesetzte zu finden. Auf die Frage, wie es mit der Ausbildung im nichtakademischen Bereich sei, kam keine Antwort - außer dem 50-

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

..10

bis 60%-igen Anteil bei Lehrern und dem 95%-igen Anteil bei Krankenschwestern und über 50 % Frauen im Textil- und Nahrungsmittelbereich. Zwar sehe das Arbeitsgesetz die Gleichberechtigung vor, aber die Praxis ist anders.

Frauen haben Doppelt- und Dreifach-Belastung; sie sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Aber es melden sich nicht alle. 6 Millionen Hausfrauen, die vielleicht auch arbeiten wollen. Die Überlegungen der Regierung gehen in Richtung auf Teilzeitarbeit und Heimarbeit (dies gibt es angeblich bisher nicht).

Während dieser langatmigen Ausführungen wurde die Ministerin sicherer, dachte sie doch, wir sind nur ein paar Frauen.

Doch dann stellten wir folgende Frage:
Voraussetzungen für die Regelung von Arbeitsbedingungen und Löhnen sind freie Gewerkschaften. Wir wissen, daß die Gründung von Gewerkschaften in der Türkei erschwert wird.
Zu einer Demokratie gehört aber die Koalitionsfreiheit.
Wie steht es damit?

Die Antwort war wieder:
Ich merke, Sie haben falsche Informationen.
Langatmig erzählt sie ihren gewerkschaftlichen Werdegang.

Dann: 1987 sei ein Streikjahr gewesen,
an 307 Stellen sei gestreit worden,
2 Millionen Arbeitsstunden seien ausgefallen,
bis Juli 1988 sei bereits an 126 Stellen gestreikt worden.
Wenn die Arbeiter mit den Rechten, die ihnen die Unternehmer zugestehen, nicht zufrieden sind, können sie streiken.

Das war es dann erst mal.
Sie kommt wieder auf Frauenprojekte zu sprechen.

Zwischenfrage: Können alle, die möchten, eine Gewerkschaft gründen?

Die Ministerin betont wiederholt, daß wir falsche Informationen haben und schlägt vor, daß wir unsere Fragen schriftlich einreichen.

Zwischenfrage: Heißt das, daß DISK bzw. alle bisher verbotenen Gewerkschaften wieder zugelassen werden?

Die Antwort der Ministerin: DISK ist nicht wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten verboten, sondern wegen ihrer Verbindung zum Terror.

TÜRKİYE SOSYALİSTİ AMİSTRİ VAKFI

..11

DISK - also eine Organisation - ist angeklagt. Der Fall ist vor einem "unabhängigen Gericht" anhängig. (Wir wissen, daß es sich um das Sicherheitsgericht handelt, der vorsitzende Richter ist in der Regel Offizier. Die Richter werden durch die Regierung benannt.) Sie hat auf dieses Gericht keinen Einfluß. Aber der Fall müsse bald zu Ende sein; er habe schon zu lange gedauert. Die Türkei sei am meisten vom internationalen Terror betroffen gewesen.
Es gebe jetzt freie Gewerkschaften.

Während der Verabschiedung wurde es noch einmal hektisch. Die Ministerin kam arg in Bedrängnis.
Es wurde ihr mitgeteilt, daß wir bei der Menschenrechtskommission der UNO in Genf Stimmrecht hätten und dieses in diesem Jahr einer Frau aus der Türkei geben werden, die vor der Kommission über die permanent verletzten Rechte berichten wird.

Die Ministerin versuchte mit einem anderen Beispiel vor der ILO, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, was ihr natürlich nicht glückte. Ihre Unsicherheit wurde immer deutlicher.
Ihre Taktik, alles etwas langatmig zu zerreden, ging doch nicht auf. Ihr Zur-Schau-stellen der angeblichen Demokratie war schnell entlarvt.

Was uns noch auffiel:
Gleich zu Anfang hatten wir ihr unsere Presseerklärung mit den darin enthaltenen Forderungen übergeben.
Sie ging mit keinem Wort darauf ein.
Kein Ton zum Vorwurf der Folter.

3. Programmpunkt:

Parallel zu dem Gespräch mit der Arbeitsministerin führten andere Delegationsteilnehmerinnen Gespräche mit ehemaligen weiblichen politischen Gefangenen und Familienangehörige von derzeit Inhaftierten. Eine junge Frau schilderte ihre Tage im Gefängnis.

Mit welcher Brutalität die staatliche Repression gegen jeden Ansatz einer eigenständigen Organisation von Frauen vorgeht, wurde uns am 2.8.1988 von einer jungen Frau aus Ankara, Serpil Koksal, die gerade aus dem Gefängnis entlassen worden war, berichtet.
In Ankara gab es im Frühjahr 1988 eine Initiative, einen demokratischen Frauenverein zu gründen. Zwei der Initiatorinnen, Pakize Cakmak (Kurdin) und Serpil KOKSAL wurden am 6. bzw. 8. Mai 1988 verhaftet. Wie sich später herausstellte, hatte die Polizei in die Räume Abhöranlagen eingebaut. Nachdem Serpil

..12

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

in das Verhörzentrum gebracht worden war, wurde ihr als erstes ihre Freundin Pakize gezeigt, die sich in einem fürchterlichen Zustand befand. Serpil wurde nicht ganz so schlimm behandelt wie Pakize, jedoch wurden auch ihr tagelang Essen und Trinken während des Verhörs vorenthalten.
Pakize sei 12, sie selber sei 10 Tage im DAL (staatliches Verhörlaboratorium) festgehalten worden. Der Anklagevertreter OLCO COSCUN, der gleiche Staatsanwalt, der auch gegen Kutlu und Sargin Anklage erhoben hat, macht ihnen den Vorwurf, eine illegale Organisation zu gründen und Kontakte mit der TKP und TOFIOL zu haben.
Man habe versucht, sie zu Geständnissen zu pressen mit dem Verweis darauf, daß andere Personen unter der Folter diese Kontakte bereits zugegeben hätten.
Während Serpil Koksal freigelassen wurde, befindet sich Pakize Cakmak im Merkez Kapali Cegerau-Gefängnis. Sie ist in einem besorgniserregenden Zustand, obwohl sie sehr starken Widerstand gezeigt habe. Sie wurde zusammen mit ihrem Mann gefolgert; in einer Nacht mußte sie 5 Stunden in der sog. "Palästina-Schaukel" mit nach hinten gebundenen Armen aufgehängt aushalten.
Obwohl der Prozeß am 19. August 1988 eröffnet werden soll, liegt weder gegen Pakize noch gegen Serpil bisher die schriftliche Anklage vor. Der Gesundheitszustand von Pakize habe sich auch noch dadurch verschlechtert, daß sie im Gefängnis zusammen mit kriminellen Frauen eingeschlossen ist, die sie als Kommunistin bedrohen, beschimpfen und unter massiven psychischen Druck stellen. Durch derartige Schikanen werde versucht, auch ihren psychischen Widerstand zu brechen.

Weitere Vereinigungen, in denen Frauen in großer Zahl mitarbeiten, sind u.a. der

Verband der Familienangehörigen von politischen Gefangenen TAYAD), der am 26.2.1986 ins Leben gerufen wurde. Ziel ist es, den Familienangehörigen von politischen Gefangenen, von Sozialisten, Kommunisten und Mitgliedern anderer politischer Gruppierungen beizustehen.
Ziel der gegenwärtigen Repressionspolitik sei es, Menschen von ihren politischen Idealen wegzureißen. Jedermann/jedefrau könne Mitglied im TAYAD werden. Er versuche, auch unter großen Schwierigkeiten, seine Arbeit im allgemeinen Rahmen der Menschenrechte fortzusetzen. Mehrfach schon habe die Regierung den Verband verboten. Trotzdem sei es gelungen, die Arbeit immer wieder aufzunehmen und in die Öffentlichkeit zu bringen. Die einzelnen Mitglieder des TAYAD müßten durchaus mit erheblichen Risiken rechnen; es seien nach einzelnen Aktionen immer wieder Mitglieder des Verbandes verhaftet und verhört worden.

TÜRKİYE İŞÇİ TARİHİ VAKFI

Die DelegationsteiTnehmerinnen beschlossen spontan, eine Protesterklärung an das Justizministerium abzusenden (siehe Anlage in türkischer Sprache). Außerdem organisierten wir in der Bundesrepublik im Anschluß daran sofort eine Postkartenkampagne, die die Freilassung von Pakize Cakmak aus dem Gefängnis forderte. Nach dem Prozeß am 19. August 1988 wurde Frau Pakize Cakmak aus dem Gefängnis entlassen und ist seither auf freiem Fuß. Die Solidaritätsaktion hat dazu sicherlich auch beigetragen.

Nachtrag: Aufgrund der großen Solidarität (2000 Protestierte) wurde P. Cakmak und die weiteren Angeklagten im Oktober freigesprochen. Die Solidarität war erfolgreich!

4. Programmpunkt:
Besuch in der Redaktion der Zeitung "Cumhuriyet"

In den Räumen der Zeitung "Cumhuriyet" führen wir ein Gespräch mit zwei Redakteuren - die Redakteurinnen seien alle im Urlaub -.

Die Meinungsbildung im Land geschieht weitgehend durch den gebührenfreien Rundfunk und das Fernsehen. Bei unseren Fahrten durch die Stadt können wir uns davon überzeugen, daß beide Einrichtungen ständig von bewaffneten Soldaten bewacht werden. Da wird nicht kritisch berichtet.
Zeitungen in der Türkei sind kein Medium für die Mehrheit. Zu viele Menschen können nicht lesen. Es gibt 2,5 Millionen Zeitungsleser – das entspricht etwas der Bevölkerung Ankaras - 300 regionale Blätter, 6 große Zeitungen, "Cumhuriyet" gehört dazu.

Die Zeitungen werden zensiert.

Zwei Beispiele:

Die Zeitung Miliyet veröffentlicht ein Interview mit dem Führer der kurdischen Partei PKK. Das wird verboten. Die Zeitung darf nur ohne diese Seite verteilt werden. Der Journalist hat derzeit ein Verfahren wegen dieses Interviews.
Cumhuriyet hat nach dem Attentat auf den Regierungschef Özal ein Gespräch mit dem Attentäter geführt. Die Räume der Zeitung werden daraufhin durchsucht; ein Verfahren wird eingeleitet, die Anklage lautet auf 5 bis 10 Jahre Haft, eine Anklageschrift liegt noch nicht vor.

Das hält Cumhuriyet nicht davon ab, jetzt regelmäßig über den Prozeß gegen H. Kutlu und N. Sargin zu berichten. Der Berichterstatter Tuncay Özkan erinnert mit Stolz daran, daß die Türkei schon 1920 unter Mustafa Kemal den antiimperialistischen Kampf gewonnen hat.

..14

TÜRKİYE SOSYAL BİLİMLER ARAŞTIRMA VAKFI

Auch damals schon entwickelt sich eine Abhängigkeit von internationalen Konzernen, aber damals verlangte ein Gesetz, daß die Profite auch wieder im Land angelegt werden.
Seit dieses Gesetz aufgehoben wurde, verläßt das erwirtschaftete Geld das Land, die Inflationsrate steigt ständig; heute liegt sie bei 70 %.
Der Mindestlohn beträgt etwa DM 167,-- brutto; eine Zeitung kostet etwa 50 Pfg.

Die Verwaltung des Landes ist reaktionär und korrupt und verfilzt.
Seit 1960 gab es alle zehn Jahre einen Militärputsch. Freiheiten, die 1930 allgemeines Recht waren, sind seit 1980 wieder verloren; vor allem die Freiheit, sich zu organisieren.

Schlimmer noch als die Armut ist die kulturelle Zerstörung - alle sozialen Zusammenhänge sind gestört. Die Menschen werden vereinzelt und verfolgt. Tuncay Özkan erzählt von einer Reportage mit dem Gründer der MdP, der Partei der Militärs. Der sagte: "In der Türkei wird gefoltert und wird immer gefoltert werden."

Bei diesem Foltern ist besonders qualvoll, daß Familienangehörige der Gefangenen gezwungen werden, an den Foltern teilzunehmen; manchmal im selben Raum ebenfalls gefoltert werden.
Auch Spiegel werden aufgestellt, damit der Gefangene seine Verletzungen auch sieht.

Obwohl den Gefolterten die Augen meistens verbunden werden, gibt es inzwischen schon viele Anklagen gegen Polizisten; es gibt auch schon Verurteilungen wegen Folter.
Der Vorsitzende der Partei der Militärs war selbst schon wegen Folter angeklagt. Er sollte Frauen geprügelt haben. Seine Antwort hieß: "Wir haben junge starke Polizisten, wir brauchen keine Stöcke!"

Tuncay Özkan und sein Kollege wenden sich unmittelbar an die Delegation: Die Interessen der westlichen europäischen Länder, vor allem Englands und Frankreichs am NATO-Land Türkei seien nicht zu übersehen. Dafür zahlen diese Länder auch.
Aber in der Türkei bewirkt das nur eine ökonomische Krise und in ihrem Gefolge die Krise in Politik und Kultur. Vor allem stagniert die Entwicklung auf dem Land.
Was bedeutet das für eine Frauenorganisation?

Frauen leiden noch mehr an der Unterentwicklung, an Hunger und Armut als die Männer. Eintreten für Gleichberechtigung in der Türkei heißt Kampf für eine verbesserte ökonomische Entwicklung und mehr Bildung für alle. In der BRD ist der Faschismus latent anwesend und zeigt nur gelegentlich seine Spitzen. In der Türkei tritt er offen zutage. "Sie hören das Schreien der Menschen."

..15

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ ARAŞTIRMA VAKFI

Elif hatte es schon am Sonntagabend gesagt: "Wenn man gegen das Unrecht so machtlos ist, das ist ein großer Schmerz."

5. Programmpunkt:
Treffen mit dem Vorsitzenden der Automobilgewerkschaft

Einige Teilnehmerinnen trafen den Vorsitzenden der Automobilgewerkschaft - Otomobil-is - in den Räumen der Verwaltungsstelle in Ankara.

In knappen Sätzen werden wir über die Situation der Gewerkschaften informiert:
Es gibt vier Metallgewerkschaften, zwei sind sehr reaktionär, der Hak-is angeschlossen: Celik-is und Özdemir-is.
Die größte Metallgewerkschaft ist Türk-Metall-is, etwa 90.000 Mitglieder; sie ist der Türk-is angeschlossen.

1983 wurde die Automobil-is gegründet; sie hat inzwischen ungefähr 60.000 Mitglieder, 80 Hauptamtliche - kann für etwa 150 Betriebe Tarifverträge aushandeln.

Sie arbeitet unabhängig, ist lediglich seit 1987 Mitglied der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft IMB.

Erst wenn 10 % der Beschäftigten einer Branchen organisiert sind, können für diesen Zweig Tarifverhandlungen aufgenommen werden.
Damit ein Betrieb in die Tarifverhandlungen einbezogen wird, müssen 51 % der Belegschaft organisiert sein.
Auf 100 Beschäftigte kommen zwei Betriebsräte.

Es ist nicht leicht, Gewerkschaftsmitglied zu werden.
Der Beitritt muß für 10.000 Lira beim Notar beglaubigt werden - in sechsfacher Ausfertigung,

- eine erhält das Arbeitsministerium,
- eine der Verantwortliche der Region,
- eine die Firmenleitung,
- eine die Gewerkschaft,
- eine das Mitglied,
- eine wird beim Notar hinterlegt.

Von 1984-88 wurden 8000 Beschäftigte wegen ihrer Mitgliedschaft bei der Automobilgewerkschaft entlassen; freilich, oft sind Repressionen wegen der Gewerkschaftszugehörigkeit nicht nachweisbar.

TÜRKİYE EKONOMİK VE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Der Generalsekretär der Automobilgewerkschaft ist im Prozeß gegen H. Kutlu und N. Sargin ebenfalls angeklagt; 60 Tage war er in Haft.
Jetzt ist er wieder auf freiem Fuß.

Wir fragenunst, wie unter diesen Bedingungen Gewerkschaftsarbeit möglich ist.

6. Programmpunkt:
Treffen mit Angehörigen und Gespräch über Berufsverbote

Wir sprechen mit einer Professorin für Architektur und mit dem ehemaligen Direktor eines Gymnasiums, die beide zu den weit über 1.000 Intellektuellen gehören, die nach dem Putsch am 12. September 1980 ihren Arbeitsplatz verloren haben. Beide haben ihre Prozesse vor den Arbeitsgerichten gewonnen; werden aber trotzdem nicht wieder eingestellt.

Frau Prof. Dr. Özgönul Aksoy begründet die Berufsverbote mit dem leicht durchschaubarem Interesse der Regierung, die Personalentscheidungen der Hochschulen sowohl bei den Prüfungen als auch bei Besetzungen zu kontrollieren.

Frau Aksoy und ihr Mann haben beide in Deutschland studiert; heute arbeitet sie als Architektin bei einer Baufirma. Ihr Mann, ehemals Rektor einer technischen Universität, ist ebenfalls entlassen. In mehreren Gerichtsverfahren hat er versucht, das Berufsverbot rückgängig machen zu lassen - bisher ohne Erfolg.

Mustafa Meric, früher Physiklehrer und Leiter eines Gymnasiums, hat zwei Jahre im Gefängnis verbracht.

Heute ist er der Generalsekretär eines Lehrervereins, in dem sich vorrangig entlassene oder arbeitslose Lehrer zusammengeschlossen haben, nachdem die große Lehrergewerkschaft TÖP-DER zerschlagen und ihr Besitz beschlagnahmt worden war.

40.000 Lehrer wurden damals gefoltert; es wurden Haftstrafen zwischen acht und zehn Jahren verhängt. 25.000 Lehrer wurden entlassen.

Mustafa Meric leidet besonders unter der Unsicherheit seiner Arbeit; der Verein kann jederzeit wieder verfolgt oder aufgelöst werden.
Es besteht Kontakt zur GEW in der BRD.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

..17

Zum ersten Verhandlungstag im Prozeß gegen H. Kutlu und N. Sargin war eine GEW-Delegation in Ankara.
Für November liegt eine Einladung an den Verein vor, an einem Kongreß in der BRD teilzunehmen.

7. Programmpunkt:
Abschlußgespräch mit den Rechtsanwälten und Vorbereitung der Pressekonferenz im Frankfurt

Die Teilnehmerinnen diskutierten ausführlich mit den Rechtsanwälten/-innen über ihre intensiven Eindrücke, die sie während des kurzen Aufenthaltes machen konnten. Sie versicherten, daß sie in der Bundesrepublik über die Situation in der Türkei berichten werden und sagten weiterhin ihre Solidarität und Hilfe zu. Seitens der türkischen Rechtsanwälte/-innen wurde betont, daß die internationale Solidarität wichtig sei und daß alles versucht werden müßte zu erreichen, daß die Demokratie in der Türkei realisiert wird, bevor die Türkei in die EG aufgenommen wird.

Die Vorsitzende der Internationalen Frauenlige, Frau Eleonore Romberg, sagte zu, daß die türkische Rechtsanwältin vor der Menschenrechtskommission der UNO über die Lage der politischen Gefangenen berichten kann. Die Internationale Frauenliga wird ihren Sitz dazu zur Verfügung stellen. Das Angebot wird seitens der türkischen Rechtsanwältin angenommen.

Mittwoch, den 3. August 1988

1. Programmpunkt:
Pressekonferenz im DGB-Haus in Frankfurt

Die Vorsitzende der Internationalen Frauenliga und die Delegationsteilnehmerinnen schilderten ihre Eindrücke, die sie in den vergangenen Tagen in der Türkei machen konnten. Sie verteilten ihre Erklärung, die sie anläßlich der Pressekonferenz in Ankara abgegeben haben und standen den Fragen der Journalisten zur Verfügung.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

..18

Ober die Reise wurde im Hessischen Fernsehen berichtet und in einigen Tageszeitungen. Näheres dazu ist aus dem Presse-spiegel zu entnehmen, der allerdings nicht vollständig ist.

Während des Aufenthaltes in der Türkei wurde über die Delegation ausführlich berichtet. Das Presseecho dort ist von der reaktionären Haltung der Presse bestimmt. Die liberale Zeitung Cumhuriyet berichtete ebenfalls ausführlich über das Anliegen der Delegation.

Ergänzung: Die Teilnehmerinnen informierten im Anschluß an ihre Reise über ihre Eindrücke in Versammlungen, Rundfunkgesprächen etc.. Eine Tonbildschau wurde erstellt (Heidi Scharf verleiht), und die Internationale Frauenliga informierte in ihrem Organisations-Info weltweit die Gruppen der Frauenliga über die Lage in der Türkei.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
İSTAV

WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM
LIGUE INTERNATIONALE DE FEMMES POUR LA PAIX ET LA LIBERTÉ
INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT
LIGA INTERNACIONAL DE MUJERES PRO PAZ Y LIBERTAD

Consultative Status with United Nations ECOSOC, UNCTAD and UNESCO. Special Consultative Relations with FAO, ILO, UNICEF
INTERNATIONAL HEADQUARTERS: 1, RUE DE VAREMBÉ, CP 28, 1211 GENEVA 20, SWITZERLAND
Telephone (022) 33 61 75 – Cables: WILLIF, Geneva – Telex: 427 993 TXC - CH for WILPF – Postal Checking Acct. 12-1869.9

FIRST INTERNATIONAL PRESIDENT
Jane Addams
Nobel Peace Prize 1931

FIRST INTERNATIONAL SECRETARY
Emily Green Balch
Nobel Peace Prize 1946

SPECIAL ADVISER ON DISARMAMENT DEVELOPMENT AND CONVERSION
Inga Thorsson

INTERNATIONAL OFFICES
PRESIDENT
Eleonore Romberg FRG

VICE-PRESIDENTS
Olga Bianchi Costa Rica
Caroline Canales USA
Carlota Lopes da Silva Netherlands

TREASURER
Harriet Otterloo Sweden

SECRETARY-GENERAL
Edith Ballantyne

ADVISORY PANEL
Kay Camp
Stella Cornelius
Lois Evans
Betty Holt
Anissa Najjar
Carol Pendell
Aiko Tokusue

INTERNATIONAL REPRESENTATIVES
Edith Ballantyne UN Geneva
Helene Berthoz UNESCO Paris
Kay Camp UN New York
Linda Conte UN New York
Elisabeth Fehrer UN New York
Anne Florant UN New York
Gerda Hargrave UNICEF New York
Kirsti Kolthoff ILO Geneva
Bruno Magnani Lomazz. FAO Rome
Bea Mowe UN New York
Ethel Pansen UN New York
Sundari Ravindran UN Geneva
Ruth Sivard UN New York
Yvonne See UNESCO Paris

EDITOR, PAX & LIBERTAS
Janet Bruin

Ankara, den 2.8.88

E R K L Ä R U N G

der Delegation der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – Sektion Bundesrepublik – anläßlich Ihres Aufenthaltes in Ankara vom 30. Juli 1988 bis 3. August 1988

Die Delegation der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – Sektion Bundesrepublik Deutschland – befindet sich vom 30.7. bis 3.8.1988 zu einem Informationsbesuch in Ankara.

Während unseres Aufenthaltes hatten wir Gelegenheit mit den Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Organisationen zu sprechen. Wir waren beispielsweise Gast bei der sozialdemokratischen Partei (SHP), bei den Ärzten und Ärztinnen zur Verhinderung eines Atomkrieges, bei dem Menschenrechtsverein und führten Gespräche mit zahlreichen Angehörigen und Rechtsanwälten von politischen Gefangenen.

Am 1. August 1988 nahm die Delegation am Prozeß gegen die Generalsekretäre der kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei Kutlu und Sargin teil.

Aufgrund der vielen Gespräche, auch mit ehemaligen politischen Gefangenen stellen wir fest, daß die Menschenrechte in der Türkei verletzt werden. Obwohl die Türkei das Antifolterabkommen der Vereinten Nationen (UNO) unterzeichnet hat, werden in der Türkei alle international bekannten Foltermethoden angewandt. Die Festgenommenen werden durch die Foltermaßnahmen zu Aussagen gezwungen, die dann später für die Anklage als Grund verwendet werden. Ein solches Vorgehen der Polizei und Jusitz ist ebenso rechtswidrig wie die brutalen Folterungen selbst.

Frauen werden ebenso brutal von der Polizei gefoltert wie Männer, allerdings werden viele von ihnen noch zusätzlich vergewaltigt.

TÜRKİYE SOSYAL ARAŞTIRMA VAKFI

Die Verhaftung von den beiden Generalsekretären Kutlu und Sargin sowie der anderen politischen Gefangenen basiert auf den türkischen Rechtsbestimmungen, vorallem der §§ 140, 141, 142, 143 ff., die zu einer Einschränkung der Gesinnungs- und Organisationsfreiheit führen.

Der Prozeß gegen die Herren Kutlu und Sargin ist nur ein Ausdruck von vielen undemokratischen Verhältnissen in der Türkei, in der die Menschen allein wegen ihrer Gesinnung zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt werden. Allein die Unterstellung einer bestimmten Ansicht reicht, um von der Polizei verhaftet, verhört und gefoltert werden zu können.

Wir stellen heute, am 2. August 1988 in Ankara fest:
- in der Türkei werden nicht die mindesten demokratischen Rechte gewährt;
- es wird tagtäglich gefoltert und willkürlich verhaftet;
- Menschen werden nur wegen ihrer Gesinnung verhaftet, angeklagt und verurteilt;
- demokratische Organisationen sind weiterhin verboten, so beispielsweise alle speziellen Jugend- und Frauenorganisationen der Parteien oder Organisationen, die sich für Frieden und Abrüstung einsetzen;
- die Zulassung der kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei wird untersagt, weshalb die Herren Kutlu und Sargin unter anderem angeklagt sind.

Die Gründung von politischen Parteien, zu denen auch die kommunistische Partei zählt, die Organisationsfreiheit von Gewerkschaften und von Frauen-, Friedens- und Jugendorganisationen sowie anderen ist für einen demokratischen Rechtsstaat eine wesentliche Voraussetzung.

Die Türkei, die die Mitgliedschaft in die Europäische Gemeinschaft beantragt hat, muß bevor sie an einen EG-Beitritt denkt solche Voraussetzungen erfüllen, die demokratische Verhältnisse ermöglichen und gewährleisten.
Angesichts der zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und dem Vorgehen gegenüber demokratischen Kräften in der Türkei ist für uns ein EG-Beitritt zur Zeit unmöglich. Wir werden alles tun, um einen türkischen EG-Beitritt zu verhindern, so lange in der Türkei keine demokratischen und rechtsstaatlichen Verhältnisse herrschen.

TÜRKIYE SOSYAL TARIH ARASTIRMA VAKFI

Zur Erreichung der Demokratie halten wir folgende Maßnahmen zu allererst für notwendig:

1. Herstellung der Gesinnungsfreiheit;
2. Herstellung der Organisationsfreiheit, dazu gehört die Zulassung der kommunistischen Partei ebenso wie die Organisationen der Frauen-, Friedens- und Jugendbewegung;
3. Um dies zu ermöglichen ist die Abschaffung der §§ 140, 141, 142, 143 ff des Strafgesetzbuches umgehend erforderlich;
4. Abschaffung der Todesstrafe;
5. Das Recht von ethnischen Minderheiten ihre Muttersprache und Kultur zu bewahren, besonders der kurdischen Bevölkerung;
6. Freilassung aller politischer Gefangenen (Generalamnestie);
7. Beendigung der Folter und Vergewaltigung von Frauen während den Verhören;
8. Freiheit für die Generalsekretäre der kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei Kutlu und Sargin sowie der weiteren 14 Mitangeklagten;
9. Zulassung der türkischen Bevölkerung zum Prozeß gegen Kutlu und Sargin.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit wird im Rahmen ihres Beraterstatus bei den Vereinten Nationen alle Möglichkeiten nutzen, um die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei öffentlich bekannt zu machen. Sie wird der Menschenrechtskomission der UNO mitteilen, daß in der Türkei das von der türkischen Regierung unterzeichnete Antifolterabkommen (§ 15) nicht eingehalten wird.
Wir fordern Freiheit für alle politischen Gefangenen und Demokratie in der Türkei.

Für die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
die Präsidentin: Frau Elenore Romberg , Soldnerweg 2 , 8 München

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Karin Roth

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM
LIGUE INTERNATIONALE DE FEMMES POUR LA PAIX ET LA LIBERTÉ
INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT
LIGA INTERNACIONAL DE MUJERES PRO PAZ Y LIBERTAD

Consultative Status with United Nations ECOSOC, UNCTAD and UNESCO; Special Consultative Relations with FAO, ILO, UNICEF
INTERNATIONAL HEADQUARTERS: 1, RUE DE VAREMBÉ, CP 28, 1211 GENEVA 20, SWITZERLAND
Telephone (022) 33 61 75 – Cables: WILLIF, Geneva – Telex: 427 993 TXC - CH for WILPF – Postal Checking Acct. 12-1869.9

FIRST INTERNATIONAL PRESIDENT
Jane Addams
Nobel Peace Prize 1931

FIRST INTERNATIONAL SECRETARY
Emily Green Balch
Nobel Peace Prize 1946

SPECIAL ADVISER ON DISARMAMENT DEVELOPMENT AND CONVERSION
Inga Thorsson

INTERNATIONAL OFFICES
PRESIDENT
Eleonore Romberg, FRG

VICE-PRESIDENTS
Olga Bianchi, Costa Rica
Caroline Canatax, USA
Carlota Lopes da Silva, Netherlands

TREASURER
Inet Otterloo, Sweden

SECRETARY-GENERAL
Edith Ballantyne

ADVISORY PANEL
Kay Camp
Stella Cornelius
Lois Evans
Betty Holt
Anissa Najjar
Carol Pendell
Aiko Tokusue

INTERNATIONAL REPRESENTATIVES
Edith Ballantyne, UN, Geneva
Hélène Berthoz, UNESCO, Paris
Kay Camp, UN, New York
Linda Conte, UN, New York
Elisabeth Fehrer, UN, New York
Anne Florant, UN, New York
Gerda Hargrave, UNICEF, New York
Kirsti Kolthoff, ILO, Geneva
Bruno Magnani Lomazzi, FAO, Rome
Bea Mitwe, UN, New York
Ethel Pansen, UN, New York
Sundari Ravindran, UN, Geneva
Ruth Sulman, UN, New York
Yvonne Sée, UNESCO, Paris

EDITOR, PAX & LIBERTAS
Janet Bruin

Barış ve Özgürlük için Uluslararası Kadınlar Birliği Federal Almanya Örgütü delegasyonu 30.7.1988 ile 3.8.1988 tarihleri arasında Ankara'daydı.

Bu süre içersinde çeşitli örgütlerin temsilcileriyle görüşme olanağımız oldu. Örneğin, Sosyaldemokrat Halkçı Parti (SHP), Nükleer Savaşa Karşı Hekimler Derneği, İnsan Hakları Derneği ve politik tutuklulerin avukat ve yakınlarıyla görüştük. 1.8.1988'de Komünist Partisi ve İşçi Partisi genel sekreterleri Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın durusmasına katıldık.

Aralarında eski politik tutukluların da bulunduğu birçok kişiyle yaptığımız görüşmelerden sonra Türkiye'de insan haklarının zedelendiğini saptadık. Türkiye, Birleşmiş Milletler'in İşkenceye karşı sözleşmesini imzalamış olmasına rağmen, bütün dünyada tanınan tüm işkence yöntemleri uygulanmaktadır. Gözaltına alınanlar çeşitli işkencelerle, daha sonra kendileri aleyhindeki iddianamelerde kullanılan ifadeler vermeye zorlanıyorlar. Bu yöntem de, insanlıkdışı işkenceler kadar hukuk dışıdır. Kadınlar da poliste aynı şekilde insanlıkdışı işkencelere uğramaktadirlar. Ancak birçokları ek olarak iğfal edilmektedir. Kutlu ve Sargın'ın ve diğer politik tutukluların tutuklanmaları, şu anda Türkiye'de geçerli olan ve düşünce ve örgütlenme özgürlüğünü kısıtlayan anti-demokratik yasalara dayanmaktadır.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kutlu ve Sargın aleyhindeki dava, insanların yalnızca düşüncelerinden dolayı uzun hapis cezalarına çarptırıldıkları Türkiye'deki anti-demokratik düzenin yalnızca bir örneğini oluşturuyor. Polis tarafından tutuklanarak, işkence görmek için belirli düşüncelere sahip olunduğundan kuşkulanılması yeterli.

Bugün şunları saptıyoruz:

- Türkiye'de asgari demokratik haklar sağlanmamıştır;
- İnsan hakları vahşice zedelenmektedir;
- Keyfi tutuklamalar ve işkenceler günlük olay haline gelmiştir;
- İnsanlar yalnızca düşünceleri nedeniyle tutuklanmakta ve yargılanmaktadırlar;
- Kadın ve Gençlik örgütleri, barış ve silahsızlanma amacını taşıyan örgütler gibi tüm demokratik örgütler hala yasaktır;
- Komünist ve işçi partilerinin kurulmasına izin verilmemekte ve Kutlu ile Sargın da bu yüzden yargılanmaktadırlar;

Komünist partisi de dahil olmak üzere partilerin kurulması, sendikaların, kadın, barış, gençlik ve diğer örgütlerin örgütlenme özgürlüğü demokratik hukuk devleti olmanın önkoşuludur. Avrupa Topluluğu'na üyelik başvurusunda bulunmuş olan Türkiye, AT'ye üye olamadan önce bu önkoşulları yerine getirmeli ve ülkede demokratik bir düzen yerleştirmelidir. Türkiye'de insan haklarının zedelendiğini ve demokratik güçlere karşı yapılan uygulamaları gözönünde bulundurduğumuzda Türkiye'nin AT'na üyeliğinin bugün için olanaksız olduğu kanısına vardık. Türkiye'de demokratik bir düzen yerleşmediği sürece böyle bir üyeliği engellemek için elimizden gelen herşeyi yapacağız.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Demokrasiye ulaşılması için <u>ilk olarak</u> aşağıdaki önlemlerin alınmasının zorunlu olduğunu düşünüyoruz:

1) Düşünce özgürlüğünün sağlanması.
2) Örgütlenme özgürlüğünün sağlanması. Buna komünist partisinin faaliyetine izin verilmesi ve kadın, barış ve gençlik örgütlerine serbestçe örgütlenme hakkının verilmesi de dahildir.
3) Bu, Türk Ceza Yasası'nın özellikle 140, 141 ve 142. paragraflarının kaldırılması anlamına gelir.
4) İdam cezasının kaldırılması.
5) Etnik azınlıkların, özellikle de Kürt halkının, anadilini konuşma ve kültürünü geliştirme hakkının sağlanması.
6) Tüm politik tutukluların serbest bırakılması (Genel Af).
7) Polis sorgusu sırasında [illegible] işkencelere ve kadınların iğfal edilmesine son verilmesi.
8) Türkiye Komünist Partisi ve Türkiye İşçi Partisi genel sekreterleri Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'a ve onlarla birlikte yargılanan herkese özgürlüklerinin verilmesi.
9) Kamuoyuna, özellikle de Türkiye kamuoyuna, Kutlu ve Sargın aleyhindeki davayı izleme olanağının sağlanması.

Uluslararası Kadınlar Birliği, Birleşmiş Milletler'deki danışmanlık statüsü çerçevesinde Türkiye'de insan haklarının çiğnenmesini durdurmak için tüm olanaklarını kullanacaktır. Birlik, BM İnsan Hakları Komisyonuna Türkiye'de Türk hükümetinin imzalamış olduğu İşkence sözleşmesinin (15. madde) uygulanmadığını bildirecektir. Tüm politik tutukluların serbest bırakılmasını ve Türkiye'de demokratik bir düzenin kurulmasını talep ediyoruz.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

WOMEN'S INTERNATIONAL LEAGUE FOR PEACE AND FREEDOM
LIGUE INTERNATIONALE DE FEMMES POUR LA PAIX ET LA LIBERTÉ
INTERNATIONALE FRAUENLIGA FÜR FRIEDEN UND FREIHEIT
LIGA INTERNACIONAL DE MUJERES PRO PAZ Y LIBERTAD

Consultative Status with United Nations ECOSOC, UNCTAD and UNESCO. Special Consultative Relations with FAO, ILO, UNICEF
INTERNATIONAL HEADQUARTERS: 1, RUE DE VAREMBÉ, CP 28, 1211 GENEVA 20, SWITZERLAND
Telephone (022) 33 61 75 - Cables: WILLIF, Geneva - Telex: 427 993 TXC - CH for WILPF - Postal Checking Acct. 12-1869.9

FIRST INTERNATIONAL PRESIDENT
Jane Addams

FIRST INTERNATIONAL SECRETARY
Emily Green Balch
Nobel Peace Prize 1946

SPECIAL ADVISER ON DISARMAMENT, DEVELOPMENT AND CONFLICT RESOLUTION
Inga Thorsson

INTERNATIONAL OFFICES
PRESIDENT
Elenore Romberg FRG

VICE PRESIDENTS
Olga Benecke Costa Rica
Caroline Canales USA
Carmita Lopes da Silva Netherlands

TREASURER
Inez Ottervik Sweden

SECRETARY-GENERAL
Edith Ballantyne

ADVISORY PANEL
Kay Camp
Stella Cornelius
Lois Evans
Bertha Hur
Anissa Nauar
Carrie Pender
Alice Tuobuy

INTERNATIONAL REPRESENTATIVES
Edith Ballantyne UN Geneva
Helene Bertaux UNESCO Paris
Kay Camp UN New York
Linda Comb UN New York
Elisabeth Fenner UN New York
Anne Fleming UN New York
Gerda Hargrave UNICEF New York
Ariel Ruthstein ILO Geneva
Bruna Magnani Lomazzi FAO Rome
Bea Moser UN New York
Elsa Penser UN New York
Sundar Ravindran UN Geneva
Ruth Sivard UN New York
Yvonne See UNESCO Paris

EDITOR PAX & LIBERTAS
Janet Bro

Elenore Romberg - Karin Roth

Adalet Bakanlığı'na

Syn. Mehmet Topaç - Adalet Bakanı

Ankara / TÜRKİYE

2 Ağustos1988

Sayın Bakan,

Delegasyonumuzun Türkiye'ye yaptığı ziyaret dolayısıyla öğrenmiş bulunuyoruz ki, Ankara Kapalı Cezaevi'nde bulunan Pakize Çakmak ve bir süre önce onunla birlikte gözaltına alınarak daha sonra mahkeme kararıyla serbest bırakılan Serpil Köksal'ın, çeşitli işkencelere maruz kaldığı kanıtlanmıştır.

Pakize Çakmak, sürekli olarak hapishanede tutulmakta, görüşlerine izin verilmemekte ve sağlık durumu giderek kötüleşmektedir. Kendisi, falaka, eliktrik şoku, basınçlı su vb. daha birçok işkenceye maruz kalmış ve bu yüzden yaşamı tehlikeye girmiştir. Bu durumdan kaygılanıyor ve şiddetle protesto ediyoruz.

Bugüne değin ne Pakize Çakmak, ne de Serpil Köksal haklarındaki iddianameleri görmelerine izin verilmediği için, ne ile suçlandıklarını bilmemektedirler. Yalnızca, 19 Ağustos'ta davalarının başlayacağını bilmektedirler.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Kendileri illegal bir kadın örgütü kurmaktan suçlanmaktadır-
lar.

Avukatları şimdiye değin iddianameyi alma imkanı bulamamış-
lardır. Hukukun bu tür işleyişi ve bu tür bir polis baskısı
tam anlamıyla bir skandaldır.

Bu anlamda şunları istiyoruz:

1- Öncelikle Pakize Çakmak ve Serpil Köksal hakkında hazır-
lanan iddianameleren derhal ilgili avukatlara verilmesi.

2- Pakize Çakmak'ın sağlık durumunun düzeltilmesi için
doktor kontrolünün yapılması ve bunun sürdürülmesi

3- Pakize Çakmak'a ve diğer tüm tutuklu ve hükümlülere karşı
uygulanan tüm işkence ve küçük düşürücü uygulamaların derhal
kaldırılması, bu konuda önlem alınması

4- Pakize Çakmak ve diğer siyasi tutukluların diğer adil
suçlular tarafından sürekli taciz edilmesinin ve belli amaçlı
saldırıları hedef olmasının önlenmesi

Bu konu hakkında Uluslararası Af Örgütü'nü bilgilendireceğiz
ve aynı zamanda Birleşmiş Milletler ~~Afxka~~ İnsan Hakları
Komisyoni ve Merkezi Staruzburg'da bulunan Avrupa Parlamentosu'nu da konudan haberdar edeceğiz.

Yukarıda açık adrese gönderiyecek cevabınızı bekliyoruz.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

Karin Roth

Das andere Gesicht der Türkei

In diesem Jahr ist die Türkei das beliebteste Reiseziel. Wer denkt schon daran, daß in den Gefängnissen von Istanbul und Ankara, von Edirne und Bursa Menschen ihrer Gedanken wegen gefoltert werden. Natürlich ist die Polizei, sind die Posten mit Maschinengewehren auffällig oft in den Straßen von Ankara zu sehen. Aber wer verbringt schon seinen Urlaub in der schwül-heißen Hauptstadt? Am Meer, an den sonnigen Stränden und in den orientalischen Märkten sind die Spuren der Folter nicht zu sehen. Der Alltag in der Türkei hat eben zwei Gesichter. Wer sich nicht darauf beschränken will, Kebab und den wunderbaren, türkischen Wein zu genießen, muß sich auf den Weg machen, um mit der Opposition und den Vertretern ihrer Organisationen ins Gespräch zu kommen. Jeder Gast aus dem Ausland, der sich über die Verhältnisse informieren will, ist für sie ein Zeichen der Hoffnung. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, IFFF, begegnete vom 30. 7. bis 3. 8. 1988 dem anderen Gesicht der Türkei. Mitgereist waren Landtagsabgeordnete der SPD und der Grünen aus Bayern, Gewerkschafterinnen, Hochschullehrerinnen, eine Dozentin der Evangelischen Akademie Bad Boll, eine Vertreterin der DFI und der IAF, die Präsidentin der IFFF Eleonore Romberg aus München sowie die Vizepräsidentin Olga Bianchi aus Costa Rica. Begleitet wurde die Delegation von zwei Journalistinnen, die sich besonders mit Fragen der Menschenrechte und der Gleichberechtigung von Frauen befassen.

Der 12. September 1980, das Datum des Militärputsches in der Türkei, wird immer wieder als brutaler Einschnitt in das Leben und den Prozeß der Demokratisierung benannt. Vor 1980 konnten sich vor allem die Frauen- und Jugendorganisationen entwickeln. Es gab einen aktiven Friedensverein, es fanden soziale Reformen statt und im Land hatte ein Auschwung der politischen Bewegung eingesetzt. Mit dem Militärputsch wurde dieser Prozeß sofort unterbunden. Tausende wurden verhaftet, gefoltert, Organisationen verboten.

Bis zum heutigen Tag haben die Parteien keine eigenständigen Jugend- und Frauenorganisationen. Es gibt kein Recht auf freie Vereinsbildung. Frauen, selbstbewußt und gleichberechtigt, sind für das autoritäre Regime und dessen traditionalistische Vorstellung von der Rolle der Frauen in der Gesellschaft eine Gefahr. In vielen Gesprächen mit Frauen haben wir erfahren, daß allein das Vorhaben, einen Frauenverein oder eine Frauengruppe zu gründen; ausreichte, um sie anzuklagen und hohe Haftstrafen zu fordern. Alle Frauen, die wegen solcher oder anderer „Gesinnungstaten" angeklagt und verurteilt wurden, berichteten von Foltermaßnahmen und von den Demütigungen; einige von ihnen wurden vergewaltigt.

Es genügt der Verdacht, eine andere gesellschaftliche Ordnung zu wollen oder Organisationen zu gründen. Die rechtliche Grundlage dieser Gesinnungsjustiz liefern die Paragraphen 141, 142 ff. des Strafgesetzbuches, die sogar die Todesstrafe für diejenigen vorsehen, die Organisationen oder Vereine leiten, die die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse ändern wollen.

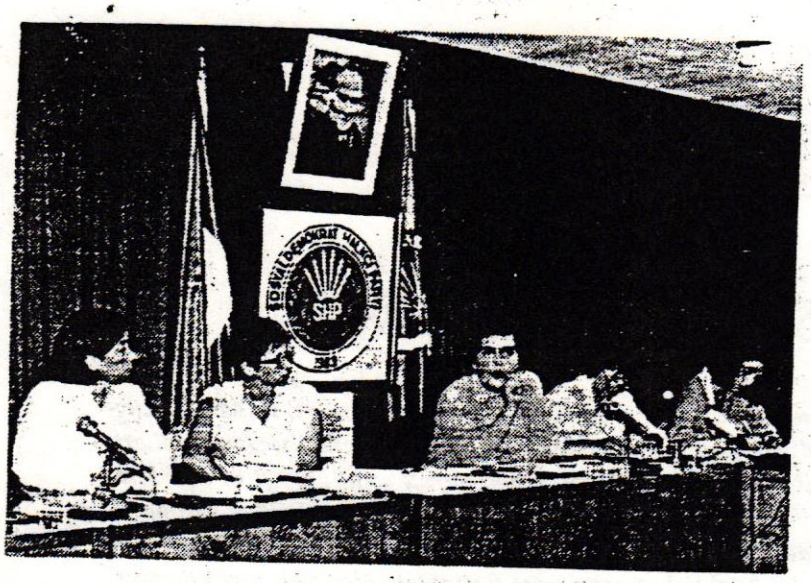
Frau Tanyolaç, stellvertretende Generalsekretärin der sozialdemokratischen Partei (SHP), sieht daher die wichtigste Aufgabe ihrer Partei darin, die Verfassung der Türkei wieder zu demokratischen Grundrechten zurückzuführen. Dazu gehören die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit sowie das Recht auf Meinungs- und Gesinnungsfreiheit. Die türkischen Sozialdemokraten kritisieren die Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte – eine gewerkschaftliche Organisierung von Lehrern und Beamten ist verboten –, und sie nennen konkrete Beispiele von Repression, die gegen Frauen und Männer oder gegen ganze Stadtteile und Städte veranlaßt werden. Frau Tanyolaç, Erziehungsministerin von 1970 bis 1980, verweist auf die Anwendung des Paragraphen 1402 des Strafgesetzbuches, der dazu führt, das LehrerInnen, Beamte oder Angestellte in öffentlichen Institutionen aufgrund der Mitgliedschaft in einer Organisation oder aufgrund ihrer Gesinnung aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden. Obwohl viele von ihnen, wie z. B. der Generalsekretär des Lehrervereins, Binali Seferoglu, freigesprochen wurden, werden sie anschließend an der Ausübung ihres Berufes gehindert.

Die Frauenstiftung „Gänseblümchen" verteilt Wahlgeschenke

Der ehemalige Bürgermeister von Ankara, der Sozialdemokrat Dincer, schildert den Mißbrauch der staatlichen Stellen: Insgesamt gibt es 400 sozialdemokratische Bürgermeister in der Türkei. Ihre Arbeit wird dadurch erschwert, daß sie bei der Zuweisung von staatlichen Mitteln offen benachteiligt werden. In Stadtteilen und Städten, deren Bevölkerung mehrheitlich sozialdemokratisch wählt, passiert es, daß über Nacht das Wasser abgestellt, weniger Autobusse zugeteilt, Schulen geschlossen oder andere soziale Leistungen gekürzt werden. In Ordu wurde nach der Wahl das staatliche Krankenhaus mit 400 Betten einfach geschlossen. Jetzt erleben die privaten Krankenhäuser einen Aufschwung. Eine Katastrophe für diejenigen, die kein Geld haben. Solche Maßnahmen führen den Bürgern vor Augen, was ihnen blüht, wenn sie sozialdemokratisch wählen. Kein Wunder, daß das Bekenntnis zur SHP sehr verhalten ist.

„Wir werden alles versuchen, um die Frauen aufzuklären. Wir werden ein eigenständiges Frauenministerium einrichten, wenn wir die Regierung bilden, und werden dafür sorgen, daß die Ausbildung der Frauen besonders gefördert wird", erklärte Frau Tanyolaç. Sie schildert den derzeitigen Versuch, Frauen auf traditionelle Rollen zurückzuverweisen. Die Propaganda geht aus von der Frauenstiftung (vor allem finanziert von westeuropäischen und US-amerikanischen Unternehmen) der Ehefrau des Präsidenten Semal Özal. Die Frauenstiftung „Gänseblümchen" wirbt vor Wahlen mit der Verteilung von Kochtöpfen und Schuhen, gibt Wohltätigkeitspartys für die Reichen, verteilt Geschenke, wenn die Wählerinnen der Regierungspartei ANAP Treue schwören. Sie gibt Ratschläge für gesittete Kleidung und achtet streng darauf, daß die Emanzipation der Frauen keineswegs politisch

IFFF ARCHIVE ATATÜRK KÜLTÜR VAKFI



Anders sehen dies die Vertreterinnen der Frauenbewegung, die – trotz Gefahr von Haft und Folter – Frauen mobilisiert haben, die bereit sind, wieder eine Frauenorganisation zu gründen. Nachdem die größte Organisation (IKD) 1980 verboten wurde, bildeten sich kleinere Gruppen in einigen Großstädten. Viele dieser Mitglieder wurden über Nacht verhaftet, gefoltert und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Das Engagement ist mit einem hohen Risiko und großem persönlichem Einsatz verbunden.

Mit wieviel Kraft und Zuversicht diese Frauen aus allen Schichten der Bevölkerung, darunter sehr viele Intellektuelle, die Gründung einer Frauenorganisation vorantreiben, ist bewundernswert. Sie hoffen auf ein breites Bündnis von Frauen, die bereit sind, den Prozeß der Gleichberechtigung und der Demokratisierung zu beschleunigen. Sie wollen gemeinsam frauenspezifische Forderungen entwikkeln, um so über den Zusammenhang von Frauenrechten und sozialen Bedingungen, über die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt aufzuklären.

Vieles, was an Reformen unter Atatürk erreicht wurde, ist nicht weiterentwickelt bzw. verharrt unter den Einflüssen der islamischen Religion im Alten. Die Abhängigkeit der Frau vom Mann gilt als angemessen und die Bindung der Frau an den Mann mit allen Methoden der Unterdrückung als akzeptabel. Vor allem Frauen auf dem Lande dulden die Allmacht des Mannes, ertragen schweigend die Gewalt, die Prügel, die von ihnen als „Rosen des Mannes" tituliert werden.

Frauen der Bewegung wollen das Familienrecht ändern

Das Bürgerliche Recht in der Türkei kennt den Mann als Familienvorstand, der auch über eine Erwerbstätigkeit der Frau entscheiden, bzw. diese verhindern kann. Ein Ehebruch der Frau gilt automatisch als Straftat, während der Ehebruch eines Mannes nur unter bestimmten Voraussetzungen dieselbe Rechtsqualität erreicht: Ehebruch im Haus oder eine dauerhafte Beziehung außerhalb der Ehe. Frauen können ohne Zustimmung des Mannes nicht geschieden werden. Allerdings ist eine Zustimmung des Ehemanns noch nicht die Gewähr dafür, daß der Richter die Ehe scheidet. Er kann – sogar, wenn die Ehepartner getrennt leben – verfügen, daß die Ehe nicht aufgelöst wird. Das und andere Strafrechtsbestimmungen wollen die Frauen ändern. Deshalb arbeiten sie gemeinsam mit Rechtsanwältinnen an einem Programm zur Reform des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Scheidungs- und Familienrechts, aber auch an Bestimmungen, die die Gewalt von Männern in der Ehe unterbinden sollen. Diese Bestrebungen sind dem Özal-Regime ein Dorn im Auge, weil dadurch die allgemeine Politisierung der Frauen gestärkt und vorangetrieben wird. Deshalb reagieren die staatlichen Kontrolleure und Spitzel so brutal und unerbittlich, wenn sie von der Gründung neuer Frauenorganisationen hören.

Mit ihren Verhaftungen und Folterungen wollen die Özal-Regierung und die Geheimpolizei die Frauen davon abhalten, sich zusammenzuschließen. So ging es beispielsweise Bilgesu Erenus, einer Schauspielerin, die in der Istanbuler Frauenbewegung aktiv ist. Sie wurde verhaftet und soll am 19. August in Ankara verurteilt werden. Mit ihr stehen weitere Frauen vor Gericht, die wegen des Vorhabens, eine Frauenorganisation gründen zu wollen, mit Haftstrafen zwischen zehn bis fünfzehn Jahren, beantragt vom Staatsanwalt, rechnen müssen. Eine von ihnen, Pakize Çakmak, eine Kurdin, wurde im zentralen Gefängnis in Ankara, Merkez Cezaevi, von einem Spezialteam (DAL) so gefoltert, daß ihr Leben in Gefahr ist. Fünfzehn Tage vor Prozeßbeginn weiß Frau Çakmak noch nicht, weshalb sie verhaftet wurde und verurteilt werden soll.

Der türkische Menschenrechtsverein

Obwohl die Türkei das Antifolterabkommen der Vereinten Nationen unterschrieben hat, hält sich die Regierung keineswegs daran. Deshalb wird die IFFF, die einen Sitz in der UNO-Menschenrechtskommission hat, die Möglichkeit nutzen und über die türkischen Menschenrechtsverletzungen berichten. Sie wird ihr Mandat einer türkischen Frau übertragen und so die Gelegenheit schaffen, daß eine türkische Vertreterin die Verstöße offenlegen kann. Daß dieses Vorhaben wiederum Verfolgungen und Haft bedeuten kann, ist nicht ausgeschlossen. Trotzdem haben die VertreterInnen des Menschenrechtsvereins in Ankara zugesagt, die Einzelfälle zu dokumentieren und bei der UNO-Menschenrechtskommission zu vertreten.

Die Arbeit des Vereins, der neben einer Frauenkommission weitere Kommissionen zur Meinungsfreiheit, zur Situation in den Gefängnissen sowie zu sozialen und arbeitsrechtlichen Bedingungen gebildet hat, ist beeindruckend. Generalsekretär Acim Birdal berichtete, daß seit 1980 über 650 000 Festnahmen erfolgten, daß Folterungen zur Normalität gehören, 71 000 Urteile ergangen seien und 172 Menschen an den Folgen der Folter gestorben sind. Über 348 000 Personen können nicht ins Ausland reisen, weil ihnen kein Paß gegeben wird, und 13 000 im Ausland lebenden Türken wurde die türkische Staatsangehörigkeit entzogen.

Acim Birdal schilderte, daß von 1980 bis 1984 insgesamt 208 Todesurteile ausgesprochen und 50 Menschen hingerichtet wurden. Der Menschenrechtsverein hat über 150 000 Unterschriften gesammelt. Er verlangt eine Generalamnestie für die politischen Gefangenen. Die Mitglieder hoffen, daß sowohl die Aufmerksamkeit der internationalen Presse als auch die der demokratischen Organisationen zunimmt. Damit könnte das Özal-Regime gezwungen werden, die Menschenrechte zu achten und eine Opposition im Lande zuzulassen. Gerade die Informationen über die Menschenrechtsverletzungen seien so wichtig, weil, so Birdal, die türkische Regierung den Beitritt in die Europäische Gemeinschaft beantragt habe.

TÜRKIYE EKONOMIK VE SOSYAL ETÜDLER VAKFI

Disziplinierung von Gewerkschaftsmitgliedern

Von deutschen politischen Organisationen sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, als Eintrittsvoraussetzung demokratische Verhältnisse zu fordern. Die IFFF wird mit Europaabgeordneten und Bundestagsabgeordneten Kontakte aufnehmen und über ihre Gespräche berichten. Gleichzeitig muß – so die Präsidentin der Frauenliga Frau Romberg – das Thema Türkei auf die Tagesordnung des Europa-Wahlkampfes 1989.

Wie eingeschränkt die gewerkschaftlichen Organisationsmöglichkeiten sind, erläuterte in einem Gespräch der Vorsitzende der Gewerkschaft Otomobil-IS, Ilhan Dağkiliç. Um als Gewerkschaft anerkannt zu werden, sind 10 Prozent Mitglieder einer Branche notwendig. Damit die Gewerkschaft Tarifverträge abschließen kann, muß sie nachweisen, daß 51 Prozent einer Belegschaft Mitglieder sind, d. h., diese Mitglieder müssen ihre Mitgliedschaft von einem Notar bestätigen lassen, dafür 10 000 Lira (Durchschnittsverdienst 129 000 Lira) bezahlen und danach damit einverstanden sein, daß sowohl die Arbeitgeber als auch das Arbeitsministerium den Namen des Gewerkschaftsmitglieds erfahren. Diese Prozedur hält nicht nur viele davon ab, in eine Gewerkschaft einzutreten, sie benachteiligt auch die Mitglieder untereinander. Wer beispielsweise der Otomobil-IS beitritt, muß eher mit Disziplinierungen rechnen. An der Tagesordnung sind Kündigungen wegen Mitgliedschaft und gerichtliche Verfahren wegen der Anerkennung der Gewerkschaft für den jeweiligen Betrieb. Dadurch kommt es zu Verzögerungen beim Abschluß von Tarifverträgen usw. Von 1984 bis 1988 sind rund 8 000 Angehörige (25 Prozent) der insgesamt 30 000 Mitglieder zählenden Otomobil-IS wegen ihrer Mitgliedschaft entlassen worden. Ihr Generalsekretär Celal Özdahl ist im Prozeß gegen Kutlu und Sargin, die Generalsekretäre der kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei mit angeklagt. Er wurde 20 Tage festgehalten, gefoltert und muß mit einer hohen Gefängnisstrafe rechnen.

Der Prozeß gegen Kutlu und Sargin sowie weitere 14 Angeklagte, darunter eine Frau, findet vor einem Sondergericht statt. Vorsitzender ist ein Vertreter des Militärs. Er und seine Stellvertreter wurden von der Regierung ernannt. Kutlu und Sargin stehen wegen ihrer Gesinnung und wegen Gründung einer gemeinsamen kommunistischen Arbeiterpartei vor Gericht. Der Staatsanwalt hat die Todesstrafe beantragt.

Je mehr über den Prozeß gegen Kutlu und Sargin und die 14 Angeklagten berichtet wird, je mehr über die Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt wird und die nationalen Regierungen aufgefordert werden, Maßnahmen gegen das Özal-Regime einzuleiten, um so eher haben die demokratischen Kräfte in der Türkei eine Chance.

Nur wenn auch die bundesdeutsche Bevölkerung ihre Verantwortung wahrnimmt und einen Beitritt der Türkei in die EG solange verhindert, bis die mindesten demokratischen Regeln eingehalten werden, ist auf absehbare Zeit mit einem Nachgeben der Machthaber in Ankara zu rechnen. Das Europaparlament kann auf türkische AbgeordneteInnen so lange verzichten, wie manche bundesdeutschen UrlauberInnen auf eine Reise in den türkischen Süden, bis auch dort die Gedanken frei sein können.

Solidarität mit Pakize Çakmak

„Am 19. August findet der Prozeß gegen Pakize Çakmak statt. Sie hatte die Absicht, in Ankara einen Demokratischen Frauenverein zu gründen. Bis heute weiß sie nicht, weswegen sie angeklagt ist. Pakize Çakmak wurde gefoltert.

Ich fordere, daß die Folter sofort eingestellt wird, Pakize Çakmak ärztlich versorgt wird, daß Pakize Çakmak freigelassen wird."

Die Delegation der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit bittet, zur Unterstützung von Pakize Çakmak eine Postkarte mit diesem Inhalt an folgende Adresse zu schicken:

Syn Mehmet Topaç
Adalet Bakangi'na
Ankara, Türkei

TÜRKİYE EKONOMİK VE SOSYAL TARİH VAKFI

pax et libertas

WILPF

Volume 53 Number 3 September 1988

WILPF in Action

Published quarterly by the Women's International League for Peace and Freedom

FRG WILPF Delegation in Turkey

Turkey is vacationland number one this year for Germans, English and Dutch, with low prices for all who pay in dollars, pounds or marks. The Turkish government makes special efforts to paint the country's cultural image close to Western expectations and at the same time to give the impression that it is a liberal state. Under this romantic-oriental/modern European facade is a country in which freedom cannot be said to exist.

Our 14-member delegation spoke with representatives of many organizations, with former political prisoners and prisoners' families, and with the Minister of Labor. We observed the trial of the General Secretaries of the Communist and Workers' Parties, Kutlu and Sargin, a trial which symbolizes undemocratic conditions and shrinking freedom of opinion and organization. We held a press conference on 2 August in Ankara pointing to the violations of human rights in Turkey and the unacceptability of the country's entry into the European Community. Democratic organizations of women and youth and political parties are outlawed. Arbitrary arrests of people for their opinions are common, and torture is widely used as a method of forcing confessions despite Turkish signature on the UN Convention against Torture. Women prisoners are raped and are tortured as brutally as men.

We called for an end to these conditions; for the amnesty of political prisoners, for the institution of democratic rights, for the right of the Kurdish minority to keep its language and culture, and for freedom for Kutlu and Sargin. We will convey our findings to the UN Human Rights Commission and will continue to oppose Turkey's entry in the European Community.

—*Karin Roth, Frankfurt, FRG*

TÜRKİYE İNSAN HAKLARI ARAŞTIRMA VAKFI

Neue Stimme Oktober 1988
Ökumenische Monatsschrift

CHRISTIANE BUSCH:

Die Demokratie steht vor Gericht

Ankara, 30. Juli bis 3. August 1988

Vom 30. Juli bis 3. August 1988 hielt sich eine Delegation der Internationalen Frauenliga unter Leitung ihrer Präsidentin, Eleonore Romberg (MdL der Grünen in Bayern), und der Koordinatorin dieser Delegation, Karin Roth (IG Metall-Hauptvorstand, Grundsatzabteilung), in Ankara auf, um sich in Begegnungen mit gesellschaftlichen Gruppen und durch die Beobachtung eines Prozesses ein Bild über die Entwicklung in der Türkei zu machen. Die Autorin, Teilnehmerin an dieser Delegation, faßt die Eindrücke zusammen.

– D. Red. –

Manche Türken sind noch heute stolz darauf: Die Türkei war das erste Land, das sich schon 1923 von der imperialistischen Herrschaft befreit hat. Und dann verweisen sie zornig darauf, daß am 12. September 1980 (wie schon 1960 und 1970) die demokratische Entwicklung durch einen Militärputsch abgebrochen und umgestülpt wurde.

Um den Kristallisationspunkt eines Prozesses konzentriert sich im August 1988 der Widerstand vielfältiger demokratischer Kräfte. Im Herbst 1987 war die Gründung einer Vereinigten Kommunistischen Partei in der Türkei angekündigt worden. Haydar Kutlu, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, und Dr. Nihat Sargin, Generalsekretär der Arbeiterpartei, wollten zu diesem Zweck in die Türkei zurückkehren. Schon auf dem Flughafen wurden sie festgenommen. 19 Tage lang werden sie verhört, gefoltert.

Zahlreiche Foltermethoden sind inzwischen bekannt geworden. Sie reichen von Schlägen und Elektroschocks über das Aufhängen an zusammengebundenen Armen und Wasserstrahl bis zur Medikamenten-Folter. Es gibt auch Anklagen, sogar Urteile gegen derart aktive Polizisten, obwohl den Opfern in der Regel die Augen verbunden werden.

Da in der Türkei zwischen Festnahme und Verhaftung nur 15 Tage liegen dürfen, stellen Kutlu und Sargin schließlich selbst Strafantrag, um die Angelegenheit an die Öffentlichkeit zu bringen. Am 5. 12. 1987 werden sie dem Haftrichter vorgeführt. Dann dauert es vier Monate, bis die Anklageschrift vorgelegt wird (14. März 1988). Sie enthält im wesentlichen zwei Punkte:

- Zustimmung zu den Grundsätzen des Kommunismus,
- Schwächung der nationalen Gefühle.

Bezeichnend sind Sätze der Anklageschrift wie die folgenden: „Der Grundsatz des Kommunismus lautet: Tod dem, der nicht mit uns ist, es gibt keinen mittleren Weg... Jeder talentierte, aufgeschlossene und unternehmerische Mensch ist in den Augen der Kommunisten ein Faschist und muß sterben."

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Der Prozeß beginnt schließlich am 8. Juni 1988. Kutlu und Sargin werden vor ein Sondergericht gestellt. Dieses sogenannte Sicherheitsgericht wurde am 1. Mai 1984 eingerichtet. Es ist aus Militärs zusammengesetzt und aus Richtern, die von der Regierung berufen wurden. Der Staatsanwalt hat die Möglichkeit, jederzeit durch Telefonanruf Verhaftungen vornehmen zu lassen. Grundlage der Anklage sind die Paragraphen 140–143. Sie wurden am 23. 6. 1936 ins türkische Strafgesetzbuch übernommen; Vorlage dafür war das italienische Strafrecht unter Mussolini. In den Jahren 1938, 1946, 1949, 1951 und 1983 gab es jeweils Verschärfungen dieser Paragraphen. Als Strafmaß kommt auch die Todesstrafe in Betracht.

Zusammen mit den Generalsekretären Kutlu und Sargin sind 14 weitere Personen, Rechtsanwälte und Gewerkschaftssekretäre, angeklagt. Das zeigt die Stärke und Vielfalt des Widerstands. Inzwischen haben sich 711 Anwälte zur Verteidigung der Angeklagten bereiterklärt, unter ihnen 88 Anwältinnen. Sie kommen aus dem ganzen Land; aus Istanbul fährt z. B. alle zehn Tage ein Bus nach Ankara.

Das Interesse der türkischen Bevölkerung an diesem Prozeß ist groß. Aber Türken haben keinen Zutritt zu den Verhandlungen – nur ausländische Delegationen und die Presse. Zum 5. Verhandlungstag ist außer einem Vertreter des Europaparlaments und einer griechischen und einer französischen Delegation auch eine Delegation der Internationalen Frauenliga, Sektion BRD, angereist: Frauen unterschiedlichen Alters und aus ganz verschiedenen Berufen.

Schlußfolgerungen

Das Sicherheitsgericht tagt im Gebäude der ehemaligen Republikanischen Volkspartei Ecevits. Unsere Frauendelegation wird vor dem Gebäude von einer Schar von etwa 300 Türkinnen und Türken begrüßt. Eine Polizeikette hindert sie daran, sich dem Gebäude zu nähern. Durch rhythmisches Klatschen äußern sie ihren Protest.

Auch für die Delegationen und die Presse ist der Zugang zum Gerichtssaal nicht einfach. Sie werden durchsucht, müssen die Pässe abgeben und werden durch den Keller in den Saal geführt.

Dieser Saal ist klein. Die Anwälte haben nicht genug Platz, sitzen deshalb zwischen den Delegationen. Drei Meter über allen anderen sitzt das Gericht. Es müßte sich vorbeugen, wollte es den Angeklagten Haydar Kutlu sehen, der unten seine Verteidigungsrede hält – gegen die Holzwand. Er redet davon, wie die Türkei aus einem Rechtsstaat zu einem Staat geworden sei, der Befehle erteile. Er spricht vom Verfall der Kultur seit 1980 – und nicht nur der politischen Kultur.

Die Delegation hat Gelegenheit, mit Anwälten zu reden, VerteterInnen des Menschenrechtsvereins, mit Vertretern einer unabhängigen Gewerkschaft, mit Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen, mit Vertreterinnen und Vertretern des Vereins für die Angehörigen Verhafteter, mit Intellektuellen, die unter Berufsverbot stehen, mit Journalistinnen und Redakteuren – es ist immer das gleiche Bild: Einschüchterungen, Folterungen – vor allem auch von Familienangehörigen –, Zensur, Einschränkung der Koalitionsfreiheit. Und trotzdem oder gerade deswegen: überall Widerstand gegen die Herrschenden.

Am Ende ihrer Reise stellen die Frauen der Delegation in Pressekonferenzen in Ankara und später in Frankfurt folgende Forderungen:

Die Türkei, die ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft beantragt hat, muß, bevor sie an einen EG-Beitritt denkt, solche Voraussetzungen erfüllen, die demokratische Verhältnisse ermöglichen und gewährleisten... Zur Erreichung der Demokratie halten wir folgende Maßnahmen für notwendig:

- *Herstellung der Gesinnungsfreiheit;*
- *Herstellung der Organisationsfreiheit, dazu gehört die Kommunistische Partei ebenso wie die Zulassung der Frauen-, Friedens- und Jugendbewegung;*
- *um dies zu ermöglichen, ist die Abschaffung der §§ 140, 141, 142, 143 des Strafgesetzbuches umgehend erforderlich;*
- *Abschaffung der Todesstrafe;*
- *das Recht der ethnischen Minderheiten, ihre Muttersprache und Kultur zu bewahren, besonders der kurdischen Bevölkerung;*
- *Freilassung aller politischen Gefangenen;*
- *Beendigung der Folter und Vergewaltigung von Frauen bei Verhören;*
- *Freiheit für die Generalsekretäre der kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei, Kutlu und Sargin, sowie der weiteren 14 Angeklagten;*
- *Zulassung der türkischen Bevölkerung zum Prozeß gegen Kutlu und Sargin.*

Bei einem Gespräch mit den Vertretern einer Zeitung, die sich vor kurzem wegen eines Artikels über das Attentat auf den Regierungschef eine Hausdurchsuchung gefallen lassen mußte, wird die Frauendelegation gefragt, wie es denn in der BRD mit der Demokratie bestellt sei. Man habe da von Berufsverboten gehört; auch mit den Medien sei wohl nicht alles ganz so, wie man es sich demokratischerweise wünschen würde. – Doch das ist nicht Thema der Reise.

TÜRKIYE SOSYAL BILIMLER VAKFI

Metall Nr. 17/19.8.1988

Folter unter der Sonne

Sonne, Meer, Gastfreundschaft – die Türkei hat sich zu einem der beliebtesten Reiseländer der Bundesdeutschen gemausert. Wer sieht da schon hinter die Kulissen des um den EG-Beitritt bemühten Landes, in dem die Menschenrechte noch immer mit Füßen getreten werden?

Besonders Frauen und Jugendliche sind der Regierung ein Dorn im Auge. Schon das Vorhaben, eine Frauen- oder Jugendorganisation zu gründen, kann zur Verhaftung führen. So hat die Schauspielerin Bilgesu Erenus, deren Prozeß am 19. August beginnt, mit einer 15jährigen Haftstrafe zu rechnen, weil sie sich in der Frauenbewegung betätigt hat.

Die deutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit hat sich vor Ort informiert, wie es Regimegegnern ergeht. In den Gefängnissen wird weiter gefoltert, Frauen werden häufig vergewaltigt. Prozesse gegen politische Gefangene werden hinausgezögert und oftmals nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten (siehe METALL 25-26/88).

Seit dem Militärputsch 1980 wurden, so der türkische Verein für Menschenrechte, 650 000 Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung verhaftet. 172 Menschen sind an Folgen der Folter gestorben.

Folteropfer: „Sonne, Meer, Gastfreundschaft" Foto: a.i.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

Türkei: Die „Rosen“ werden gefoltert

Bis zum heutigen Tag werden Frauen in der Türkei gering geachtet. Die Männer führen die Herrschaft mit einer fast unangetasteten Selbstverständlichkeit, und die Frauen – hauptsächlich in ländlichen Gebieten – ordnen sich unter und ertragen die Gewalt mit Geduld. Diejenigen Frauen, die sich gegen alte gesellschaftliche Strukturen und gegen wirtschaftliche Abhängigkeit zur Wehr setzen, erfahren Repression und Verfolgung von Anfang an.

„Das Schlimmste ist, daß noch viel zu viele Frauen die Schläge ihrer Männer als ‚Rosen der Zuneigung‘ hinnehmen“, erzählte uns eine türkische Frau, die gemeinsam mit anderen Frauen trotz Verfolgung und persönlicher Bedrohung einen Frauenverein gründen will. Sie weiß, daß dieses Bestreben bereits genügt, um von der Polizei verhaftet und verhört zu werden. Sie weiß auch, daß einige der Frauen, die mit ihr gemeinsam mehr Frauen organisieren wollen, deshalb schon gefoltert wurden. Die Polizei geht gegen Frauen mit derselben Brutalität und Agressivität wie gegen Männer vor. Zusätzlich wird aber während der Folter die Würde der Frauen durch den vorherrschenden Männlichkeitswahn besonders kraß verletzt.

Die Frauen, die wegen ihrer Gesinnung verhaftet und gefoltert wurden, berichten, mit welchen Methoden die türkische Regierung versucht, Angst zu verbreiten, damit Frauen sich nicht mehr für ihre Emanzipation einsetzen. Sie greift meist die engagiertesten Frauen heraus, unterstellt ihnen eine Gesinnung, die nicht „erlaubt“ ist, und läßt sie verhaften.

So ging es beispielsweise einer türkischen Schauspielerin, die sich für die Gründung eines Frauenvereins einsetzte. Sie wurde ohne Angabe von Gründen verhaftet. Der Staatsanwalt hat für sie und weitere mitangeklagte Frauen zwischen zehn und 15 Jahren Haft beantragt. Eine Frau, mit ihr zur gleichen Zeit verhaftet, wurde so gefoltert, daß Gefahr für ihr Leben bestand. „Bogaschaukel“ – Hände zurückgedreht und daran aufgehängt –, Elektroschocks und andere bekannte Methoden der Folter sind an der Tagesordnung. Wenn die Folterer den Eindruck haben, daß dadurch noch mehr an Zugeständnissen erpreßt werden kann, werden die Frauen auch vergewaltigt und sexuell gedemütigt.

Welche Qualen die Frauen durchmachen, welche Ängste sie Tag und Nacht haben, können wir nur ahnen. Aber welcher Mut und welche Kraft in ihnen steckt, das haben wir – eine Delegation der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – in Ankara erfahren, als wir mit ehemaligen weiblichen Gefangenen sprachen und uns bei Rechtsanwälten und dem Menschenrechtsverein informierten. Auch sie sind nicht sicher, ob sie nicht verhaftet und angeklagt werden. Allein die Tatsache, daß Rechtsanwälte politische Gefangene verteidigen, kann zur Anklage führen.

Die stellvertretende Generalsekretärin der sozialdemokratischen Partei (SHP), Frau Tanyolaç, sieht die wichtigste Aufgabe des SHP darin, zu erreichen, daß die Türkei wieder zu demokratischen Verhältnissen zurückkehrt und die Grundrechte, die seit 1982 eingeschränkt wurden, wieder in Kraft treten. Das Grundrecht für Meinungs- und Organisationsfreiheit ist für sie dafür die wichtigste Voraussetzung.

Solange Frauen- und Jugendorganisationen der Parteien verboten sind, kann eine Partei keine Jugend- oder Frauenarbeit betreiben. Es ist absurd, daß Frauenkommissionen in den Parteien dafür ein Ersatz sein sollen. Bezeichnend ist, daß mit allen Mitteln die Organisierung und Politisierung der Frauen verhindert werden soll.

Die rechtliche Grundlage der Verhaftungen bilden die Paragraphen 141, 142 und 143 des türkischen Strafgesetzbuches. Danach kann jede/r verhaftet werden, dem man eine staatsfeindliche Meinung unterstellen kann. Was gedacht werden darf, bestimmt das Regime.

Seit dem 12. September 1980 ist alles, was auf Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zielt, verboten. So wurden nach dem Putsch die Rechte der Gewerkschaften eingeschränkt. Für Lehrer ist es verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Organisationen der Friedensbewegung sind nicht erlaubt, nur die Organisation der Ärzte/innen gegen den Atomkrieg konnte vor Gericht ihre Legalität als Verein durchsetzen. Seit über einem Jahr warten sie nunmehr auf die Anerkennung ihrer Satzung durch den Innenminister.

Wie willkürlich und brutal das türkische Regime gegen demokratische Kräfte vorgeht und mit welchen Mitteln es keine Opposition duldet, kann man im Prozeß gegen die beiden Generalsekretäre der Kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei, Kutlu und Sargin, sowie weitere Mitangeklagte, darunter der Generalsekretär der Gewerkschaft Otomobil-Jş – die Mitglied im IMB ist –, direkt erfahren. Gegen sie wurde wegen ihrer Gesinnung und ihrem Vorhaben, eine gemeinsame Partei zu gründen, die Todesstrafe beantragt. Ein Sondergericht wird demnächst darüber entscheiden. Der Protest gegen das Verfahren wächst, auch im Ausland.

Eleonore Romberg

Türkische Mädchen: Gefangen in den Strukturen des Patriarchats Foto: Glaser

COPYRIGHT ARCHIV FÜR KUNST & GESCHICHTE

Frauenliga verurteilt Folter in der Türkei

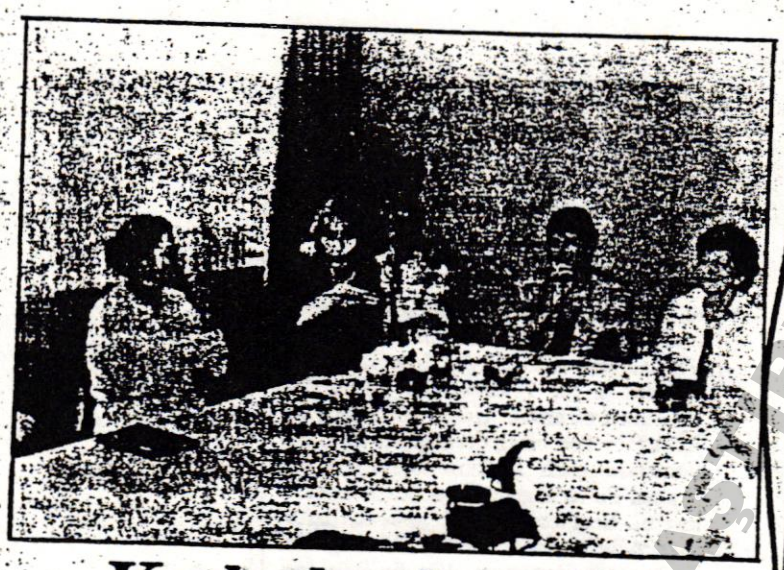
lk. Die nach ihrer Darstellung „undemokratischen Verhältnisse in der Türkei" hat die deutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Frankfurt verurteilt. Unmittelbar nach der Rückkehr von einer dreitägigen Informationsreise nach Ankara beklagten die Frauen Folterungen von politischen Häftlingen, Behinderung bei gewerkschaftlicher Arbeit sowie bei der Bildung von Frauenorganisationen. Wie die Präsidentin der Liga, Eleonore Romberg, berichtete, hat die Delegation noch „vor Ort" die türkische Regierung aufgefordert, „umgehend demokratische Verhältnisse herzustellen". Dazu müsse unter anderem die Todesstrafe abgeschafft werden, die Organisations-, Meinungs- und Pressefreiheit gewährleistet sowie das Internationale Antifolterabkommen eingehalten werden. Außerdem forderte die Frauenliga eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen in der Türkei.

FAZ 4.8.88.

Tausend Untersuchungen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Sargın-Kutlu Dav



Kadınlar heyeti hiç boş durmadı

BM'de danışma statüsüne sahip ve İnsan Hakları Komisyonu üyesi Uluslararası Kadınlar Birliği'nin Federal Almanya Şubesine mensup 14 kadın 30 Temmuz ve 3 Ağustos tarihleri arasında bulunduğu Ankara'da yoğun temaslarda bulundu. TİP ve TKP genel sekreterlerinin duruşmasına katılan heyet, SHP Genel Merkezi'nde genel sekreter yardımcılarıyla görüştü. Bayan Bakan İmren Aykut'la 1,5 saatbirarada olan heyet, İnsan Hakları Derneği, Savaşa Karşı Hekimler Derneği'nin yanısıra, işkence gören çok sayıda kadınla da konuştu.

S
m
Ya
Ba
sav
mu
başvur

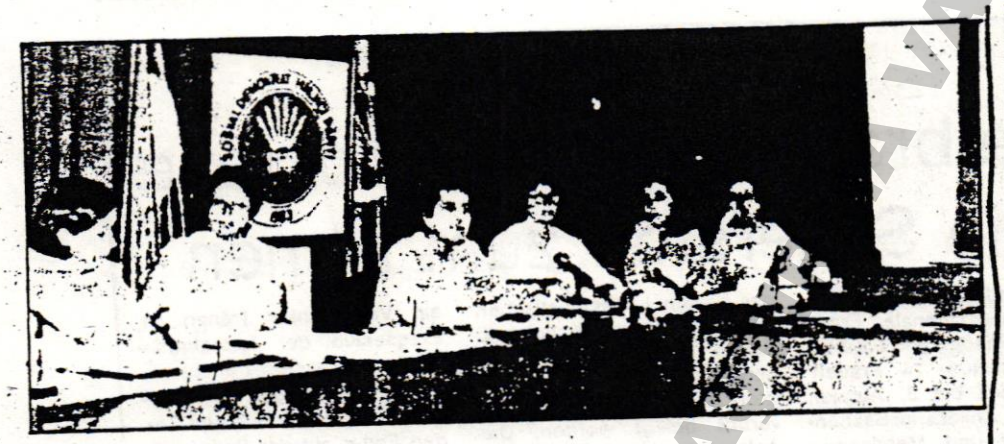
Bayan Bakan'la 1 buçuk saatlik görüşme

Kadınlar heyeti, Ankara'da bulundukları sırada Çalışma Bakanı İmren Aykut ile 1 buçuk saat süren bir görüşme yaptı. Uluslararası Kadınlar Birliği üyesi kadınların çeşitli sorularını yanıtlamakta zorluk çeken İmren Aykut "Sizlere kim bilgi veriyor bilmiyorum ama, yanlış bilgiler veriyorlar. Biz size dökümanlar verelim, doğru bilgiler edinin" şeklinde konuştu. Aykut'un ülkede sendikal hakların varolduğunu söylemesi üzerine İG Metal sendikası sekreterlerinden Karin Roht, "Peki, o zaman niye DİSK'in faaliyetleri yasak" diye sordu. Bakan Aykut bu soru üzerine, "DİSK teröre bulaştığı için hakkında dava açıldı" dedi. Bakan'ın bu sözlerine bir gün sonra DİSK Genel Başkanı Abdullah Baştürk sert bir tepki gösterdi.

Sendikal alanda İLO standartlarına uyulduğunu, demokrasiye geçildiğini de savunan Aykut'un söylediklerine ilişkin bir değerlendirme yapan heyetteki kadınlar, bakan'ın söylediklerini ikna edici bulmadıklarını söylediler.

TÜRK SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Türkiye Postası 12.8.88



SHP merkezinde Tanyolaç ve Dinçer'le sohbet

Kadınlar Heyeti, Ankara'da SHP genel sekreteri yardımcıları Güler Tanyolaç ve Ali Dinçer'le de görüştüler.

31 Temmuz günü SHP Genel Merkezi'nde yapılan görüşmede kadın politik tutukluların durumu, Sargın ve Kutlu davası, işkence konuları ele alındı. SHP Genel Sekreter Yardımcısı ve aynı zamanda Sargın ve Kutlu'nun avukatlarından Güler Tanyolaç, SHP'nin anti demokratik ve insan haklarına aykın tüm davranışlara karşı çıktığını belirtti ve bu tutumu sürdürmekte kararlı olduklarını ifade etti.

"Türkiye'de işkencede kadınlar iğfal ediliyor?

Barış ve Özgürlük İçin Uluslararası Kadınlar Birliği Federal Almanya Örgütü adına 30.7.1988 - 3.8.1988 tarihleri arasında Türkiye'de incelemelerde bulunan ve Sargın ve Kutlu davasını izleyen heyet, incelemeleri sonucunda; Türkiye'de asgari demokratik hakların sağlanmadığını, insan haklarının vahşice zedelendiğini, keyfi tutuklama ve işkencelerin günlük olay haline geldiğini, insanların yalnızca düşüncelerinden dolayı tutuklanıp yargılandıklarını, kadın ve gençlik örgütlerinin, barış ve silahsızlanma amacını taşıyan örgütlerin yasak olduğunu , komünist ve işçi partilerinin kurulmasına izin verilmediğini tesbit ettiklerini açıkladı.

Ankara dönüşü Frankfurt DGB Haus'da basın toplantısı düzenleyen **Uluslararası Kadınlar Birliği** heyeti Türkiye'de düşünce ve örgütlenme özgürlüğünün sağlanması, 140, 141 ve 142. maddelerin ve idam cezasının kaldırılması, polis sorgusunda işkence ve kadınların iğfal edilmesinin önlenmesi, Haydar Kutlu, Nihat Sargın ve tüm politik tutukluların serbest bırakılması, kamuoyuna Kutlu ve Sargın aleyhine açılan davayı izleme olanağının verilmesi ve etnik azınlıklara, özellikle de Kürt halkına anadilini konuşma ve kültürünü geliştirme hakkı sağlanmasını istedi.

Uluslararası Kadınlar Birliği ayrıca, Birleşmiş Milletlerdeki danışmanlık statüleri çerçevesinde tüm olanaklarını Türkiye'de insan haklarının çiğnendiğini duyurmak için kullanacaklarını, Birleşmiş Milletler İnsan Hakları Komisyonu'na Türk Hükümetinin kendisinin de imzaladığı İnsan Hakları Sözleşmesinin uygulanmadığını bildireceğini açıkladı.

Örgütlenme özgürlüğünün demokratik hukuk devleti olmanın önkoşulu olduğunu belirten heyet ,Türkiye'nin bugün için Avrupa Topluluğu'na üyeliğinin olanaksız olduğuna karar verdiklerini söyleyerek Türkiye'de demokratik bir düzen yerleşmediği sürece bu üyeliği engellemeye çalışacaklarını belirtti.

TÜRKİYE EKONOMİK VE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI VAKFI

Türkiye Postası 12.8.88

15.8.88

Türkei

Alle brauchen die Demokratie wie Sauerstoff zum Atmen

Die bundesdeutsche Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit (IFFF) schickte 14 Frauen vom 30. Juli bis 3. August 1988 nach Ankara in Sachen Demokratie und Menschenrechte in der Türkei. Viele lange und ausführliche Gespräche haben wir geführt.

Fortschrittliche Frauen wollen eine breite demokratische Frauenorganisation gründen und eine Zeitung herausgeben. Die Ärztinnen und Ärzte gegen Atomkrieg wollen über Ankara hinaus in anderen Städten und über die Türkei hinaus mit Ärzten in anderen Ländern zusammen für den Frieden arbeiten. Die Gewerkschaften wollen Arbeiter und Angestellte, auch solche, die im öffentlichen Dienst arbeiten (etwa 2/3 aller Erwerbstätigen), ohne staatliche Restriktionen organisieren und um elementarste Rechte kämpfen. Die Kurden (10 Millionen) wollen ihre Sprache sprechen und ihre Kultur pflegen dürfen und wenigstens als nationale Minderheit autonom sein. Die von den fortschrittlichen Parteien allein legale Sozialdemokratische Volkspartei erfährt unzählige Behinderungen, vor allem durch das undemokratische Wahlgesetz.

Wir sprachen auch mit Journalisten der einzigen fortschrittlichen Tageszeitung „Cumhuriyet", sie wurden und werden verhaftet und zensiert. Mit Mitarbeitern des Menschenrechtsvereins, denen politische Prozesse gemacht werden. Mit Rechtsanwälten, die angeklagt werden, z. B. wegen der Verteidigung der beiden kommunistischen Generalsekretäre Kutlu und Sargin, oder den Paß entzogen bekommen. Universitätsprofessoren sind mit Berufsverbot belegt worden. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Das ist die Türkei heute: eines der Lieblingskinder der USA als NATO-Stützpunkt, schickt sie sich jetzt an, in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Damit soll dem schwachen inländischen und erst recht dem starken ausländischen Kapital ein weiteres Terrain als Billiglohnland erschlossen werden. Uns empfing denn auch die Arbeitsministerin offiziell und bestritt ungehalten unsere Beobachtungen und Informationen.

Wir haben mit Frauen gesprochen, die im Gefängnis waren und gefoltert wurden. Sie sprachen davon, daß alle bekannten Foltermethoden nicht nur gegen Männer, und das ist schlimm genug, sondern mit gleicher Brutalität auch gegen Frauen geübt werden. Mehr noch: Frauen werden gedemütigt und vergewaltigt. Nicht einmal vor Schwangeren schrecken sie zurück. Alles Erdenkliche wird eingesetzt, um Geständnisse zu erpressen, selbst Schreie der Kinder. Die Zahlen gefolterter Menschen sind kaum zu zählen, die Folterer schwer identifizierbar, weil den zu Folternden die Augen verbunden werden. 172 Frauen und Männer sind seit dem Putsch durch Folter gestorben. Uns haben Frauen das Schicksal von Folteropfern erzählt. Wir selber mußten miterleben, wie ein Vater unter Tränen im Presseklub der fortschrittlichen Journalisten berichtete, daß sein 25jähriger Sohn Mustafa Gulmez in nur fünf Tagen Folter auf der Polizeistation in Edirne zu Tode kam.

Der Menschenrechtsverein hat all die Menschenrechtsverletzungen vor die europäische Menschenrechtskommission gebracht. Die beschriebene Folterpraxis z. B. findet statt, obwohl die Regierung der Türkei die europäische und die UNO-Antifolterkonvention unterschrieben hat. Unsere IFFF-Delegation hat ihren diesjährigen beratenden Sitz bei der UNO-Menschenrechtskommission an eine türkische Frau, die dort selbst berichten soll, abgetreten.

Nichts hat mich in letzter Zeit mehr beeindruckt als das mutige Engagement der Menschen, insbesondere der vielen couragierten Frauen, mit denen wir zusammenkamen. Wie würdevoll bescheiden sie ihr persönliches Schicksal im Hintergrund hielten und wie sehr sie uns dankten für unsere Solidarität, die mir doch so gering erschien. Für sie alle ist der Prozeß gegen die beiden Generalsekretäre Haydar Kutlu und Nihat Sargin ein Symbol für den Kampf um Demokratisierung. 711 Rechtsanwälte aus dem ganzen Land verteidigen sie. Die rote Nelke, die jede von uns Kutlu und Sargin ganz schnell vor Prozeßbeginn am 1. August, dem 5. Verhandlungstag, überreichte, war unser Zeichen internationaler Frauensolidarität.

Johanna Hund

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ PARTİSİ VAKFI

UZ 5.8.88

Frauendelegation berichtet aus der Türkei

Systematische Vergewaltigung, um Geständnisse zu erzwingen

Frankfurt. ppa – Bewegt und bewegend berichteten nach ihrer Rückkehr am Mittwoch nachmittag die Teilnehmerinnen einer Delegation der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit über ihren viertägigen Besuch in der Türkei.

In zahlreichen Gesprächen mit Gefangenen und ihren Angehörigen hatten sie Einzelheiten über Folterpraxis erfahren und bei dem Prozeß gegen die Führer der Kommunistischen und der Arbeiterpartei der Türkei, Haydar Kutlu und Nihat Sargin, selbst erlebt, welchen unmenschlichen Bedingungen die Angeklagten in dem streng abgeschirmten Justizgebäude ausgesetzt sind, wie es in ihrer Erklärung heißt.

Die Präsidentin der Internationalen Frauenliga und Abgeordnete im Bayrischen Landtag, Eleonore Romberg, berichtete, daß seit dem Militärputsch 1980 in der Türkei 650000 Menschen wegen angeblicher politischer Vergehen festgenommen und gefoltert wurden. 71000 Personen stehen unter Anklage. 172 Frauen und Männer sind in dieser Zeit unter der Folter gestorben. Gewerkschafter hätten nachgewiesen, so Eleonore Romberg, daß sich unter den Gefolterten auch 40000 Lehrer befanden, von denen 25000 Berufsverbot erhielten.

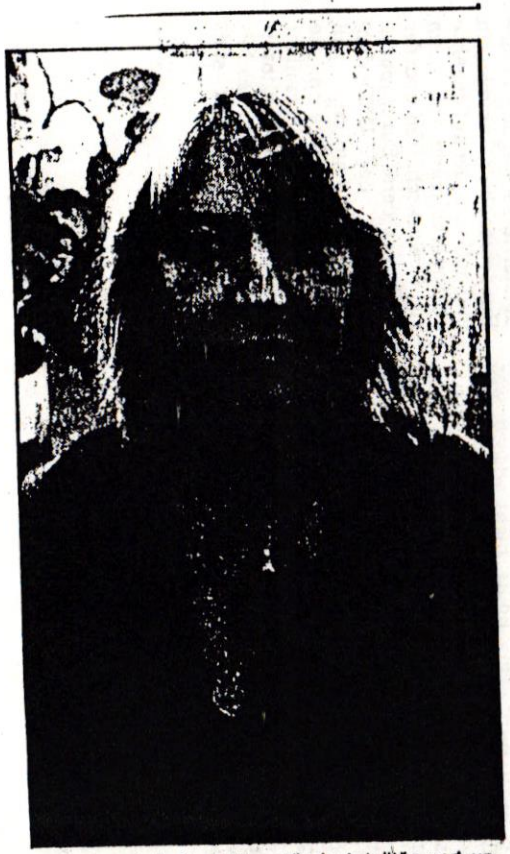
Die Sekretärin beim Vorstand der IG Metall, Karin Roth, nannte die Situation der inhaftierten Frauen besonders unerträglich. Systematisch werden weibliche Häftlinge vergewaltigt, um sie zu Geständnissen zu zwingen. Folterinstrumente, die aus den Nazi-KZ's bekannt sind, gehörten heute noch in der Türkei zu vielen Vernehmungen. Karin Roth wies besonders auf die Situation von zwei Türkinnen hin, deren Prozeß für den 8. August angesetzt ist, obwohl sie bis heute nicht wissen, was man ihnen vorwirft und ihre Anwalte noch immer keinen Einblick in die Gerichtsakten bekamen. Eine dieser beiden Frauen sei durch die Folter lebensgefährlich erkrankt. „Die Türkei ist ein Folterstaat" sagte die IG-Metall-Funktionärin unmißverständlich.

Die Sprecherinnen der Delegation berichteten, daß sie vor ihrem Abflug in Ankara der türkischen Presse eine Erklärung übergaben. Darin fordert die internationale Frauenliga vollständige Gesinnungsfreiheit, Freiheit der Organisation auch für die Kommunistische Partei und die ihr nahestehenden Frauenorganisationen, die Abschaffung aller Paragraphen, die demokratisches Verhalten mit Zuchthausstrafen belegen, die Abschaffung der Todesstrafe, die Achtung der Rechte ethnischer Minderheiten, wie zum Beispiel der Kurden, die unverzügliche Beendigung von Folter und Vergewaltigung sowie Freiheit für Kutlu, Sargin und alle politischen Gefangenen.

Für diese Forderungen wollen die Frauen eine breite Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik entwickeln und hoffen dabei auf die aktive Unterstützung vor allem der Gewerkschaften und der SPD. Vor dem Europaparlament und der UNO-Menschenrechtskommission will die Delegation fordern, die Zustände in der Türkei nicht hinzunehmen und den internationalen Druck auf das Militärregime weiter zu steigern.

TÜRKİYE SOSYALİST ARAŞTIRMA VAKFI

Weser Kurier (Bremen) 18.8.88



Karin Bergdoll: Begleitumstände totalitär und unglaublich bedrückend. fo/pst

Gesinnungs-Justiz gegen Arbeiterführer

Internationale Frauenliga beobachtete Prozeß in Ankara / Appell zur Rettung junger Türkin

Von unserer Mitarbeiterin Ariane Kaletta-Caron

Bremen. Der Türkei solle vorläufig der Status eines EG-Vollmitglieds vorenthalten werden. Das hat die bundesdeutsche Sektion der mit Sitz und Stimme in der UNO-Menschenrechtskomission vertretenen „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" gefordert. Der Grund: Mit einer angsterzeugenden Gesinnungs-Justiz verletze das Land nach wie vor elementare demokratische Spielregeln. Darüber hinaus verstoße es systematisch und in schwerster Weise, ähnlich den Staaten Südafrika und Chile, gegen das selbst mitunterzeichnete Anti-Folter-Abkommen der Vereinten Nationen.

Eine 14köpfige Delegation der Sektion hatte Anfang August als Beobachter an dem in Ankara geführten, international beachteten Prozeß gegen die beiden Arbeiterführer Haydar Kutlu und Dr. Nihat Sargin teilgenommen. Als eine der beiden Bremer Teilnehmerinnen berichtete Karin Bergdoll, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bremer Universität, dem WESER-KURIER von ihren Erfahrungen anläßlich dieses Prozesses.

Kutlu und Sargin, die Führer der „Kommunistischen" und der „Arbeiterpartei", waren — wie berichtet — im November vergangenen Jahres verhaftet worden, als sie mit der Absicht der Gründung einer Vereinigten Arbeiterpartei in die Türkei zurückkehrten. Diese Absicht, dazu eine „staatsfeindliche Haltung" sowie das Eintreten beider Politiker für die kulturelle Eigenständigkeit der Kurden ist nach Schilderung von Karin Bergdoll Gegenstand der jetzigen Verhandlung vor einem „Staatssicherheitsgericht" — also einem Sondergericht. Die Anklage stütze sich auf die international umstrittenen, im Gefolge des Militärputsches von 1980 in das türkische Strafgesetzbuch aufgenommenen „Gesinnungsparagraphen" 140 bis 143, die bereits das Vorhaben der „Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Grundordnung" sowie der „politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse" unter Zuchthaus- beziehungsweise Todesstrafe stellten ohne diese Tatbestände jedoch näher zu definieren.

Als „totalitär und unglaublich bedrückend" beschreibt Karin Bergdoll die von ihr wahrgenommenen Begleitumstände der Prozeßführung. Beide Angeklagten hätten Angehörige der sie verwahrenden Sicherheitsorgane der Anwendung von Foltermethoden bezichtigt; diese Anschuldigungen seien jedoch weder durch das Staatssicherheitsgericht noch durch andere Justizorgane verfolgt worden.

Der durch die Staatsführung in sein Amt eingesetzte Gerichtsvorsitzende habe das Recht, jede Frage der Anwälte ohne Begründung zurückzuweisen. Teilnehmerinnen der Liga-Delegation seien durch das Gericht mit dem Hinweis gemaßregelt worden, Lächeln oder das Übereinanderschlagen der Beine verletzte die Würde des Gerichts.

Dagegen bewerteten demokratisch gesinnte türkische Kreise das Gerichtsverfahren als einen „Jahrhundertprozeß" von außerordentlich exemplarischem Charakter. Das zeige auch die Verteidigung der beiden Beschuldigten durch zusammen 711 Anwälte aus dem ganzen Land, alles Mitglieder des wegen der „Gesinnungsparagraphen" hart am Rande der Legalität arbeitenden „Fortschrittlichen Anwälte-Vereins".

Am Rande des Prozesses führten die Liga-Mitglieder zahlreiche Gespräche, in denen ihnen von leidvollen Erfahrungen im politischen Alltag der Türkei berichtet wurde — zum Beispiel vom Schicksal der jungen Türkin Pakrize Cacmak, die einen demokratischen Frauenverein hatte gründen wollen. Nach einer brutalen Tortur liege sie mit lebensgefährlichen Unterleibsverletzungen in ihrer Zelle, ohne ärztliche Hilfe zu erhalten. Mit einer Postkartenaktion hat sich die Frauenliga bei der türkischen Staatsführung für Pakrize Cacmak eingesetzt. Diesem Appell soll mit Hilfe des Bremer Senats verliehen werden.

TÜRKİYE EKONOMİK VE SOSYAL ETÜDLER VAKFI

... Luc Beyer de Ryke

Président d'une délégation européenne au procès des dirigeants communistes turcs à Ankara

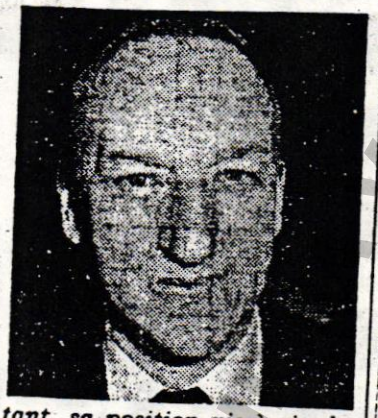
— Vous arrivez d'Ankara où vous avez assisté, en tant que président d'une délégation d'observateurs du Parlement de Strasbourg, au procès des deux dirigeants du parti communiste unifié de Turquie, MM. Haydar Kutluk et Nihat Sargin, qui sont notamment accusés d'avoir voulu créer un Etat marxiste-léniniste et d'avoir fondé un parti illégal... Vous, qui êtes député européen du parti libéral belge, étiez-vous à l'aise pour juger un régime qui viole les droits de l'homme-?

— Etant un ancien journaliste, j'ai conservé le regard vigilant. Ceci dit, le gouvernement civil de M. Turgut Ozal est certes libéral sur le plan économique, mais il semble néanmoins subir le poids d'un pouvoir autre que civil qui freine son évolution vers une démocratie à l'Européenne. Aux Turcs qui se proclament Européens, nous disons : agissez d'abord en Européens. Et pour commencer : libérez les prisonniers politiques et abolissez la torture.

— MM. Kutluk et Sargin, selon leur version, ont été torturés

— Après de multiples démarches auprès des autorités et notamment de M. Ozal, nous n'avons pas pu rencontrer les détenus, mais le procureur nous a permis *in extremis* de les voir à travers une porte-vitrée dans une chambre modeste du Palais de sécurité d'Etat à Ankara, sans pouvoir pour autant leur parler. Au regard de leur aspect physique, les deux dirigeants communistes ne présentaient aucun signe apparent de sévices. Mais il est connu que certaines pratiques de torture ne laissent pas de traces. Pour en avoir le cœur net; nous avons demandé qu'ils soient examinés par une Commission de la Croix rouge internationale. En vain. De même, la libération de MM. Kutluk et Sargin, exigée à maintes reprises par le Parlement européen, est restée sans réponse.

— Une réclusion à vie, voire la peine capitale, les attend. Quelle sera dans ce cas, selon vous, la réaction du Parlement européen, et partant, sa position vis-à-vis de la demande d'adhésion de la Turquie à la Communauté économique européenne ?



— Pour l'Assemblée de Strasbourg, le pays qui n'observe pas les critères européens de respect des droits de l'homme n'est pas mûr pour devenir membre de la C.E.E. La Turquie, à mon avis, ne l'est pas du tout; ainsi par exemple, si la torture n'est plus systématique, elle est encore exercée sur certains prisonniers politiques. Et les auteurs de la torture sont condamnés en première instance pour être blanchis en appel.

— Ce procès, qui aurait dû s'ouvrir le 8 juin, n'a cessé depuis d'être ajourné ou reporté. N'avez-vous pas l'impression que le régime du président Evren cherche à gagner du temps après avoir été piégé par MM. Kutluk et Sargin qui ont décidé en novembre dernier de mettre fin à un exil de huit ans pour rentrer au pays. Pourtant, ils s'attendaient à être arrêtés à leur descente d'avion.

— C'est possible. Une certitude : les deux accusés ont été les premiers à être piégés par un régime qui crie sur tous les toits que la Turquie est devenue démocratique. Ce procès, en somme, est avant tout idéologique; la personne des inculpés revêt une importance relativement secondaire. La Turquie est pour le moment une société qui est traversée par des courants contradictoires qui vont d'une volonté d'ouverture à l'Europe à la répression pure et simple. Il est temps qu'elle trouve sa propre *perestroïka*.

Propos recueillis par

ABED ATTAR.

TÜRK TARİH KURUMU VAKFI

Le Soir
23.8.88

4 AGUSTOS 1968
4
PERŞEMBE
4 AUGUST 1968/JR
DONNERSTAG 8722
D 6703 A

Tercüman

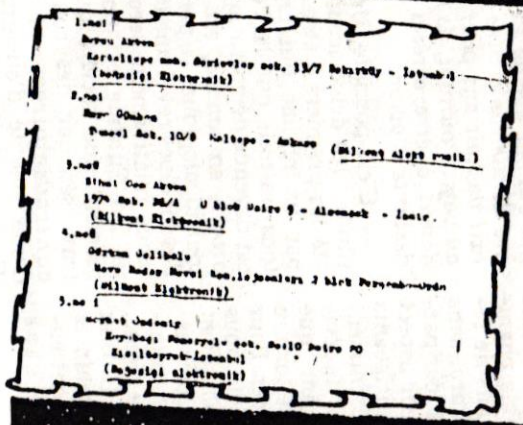
Halkın ve olaylara

HER SABAH BİR GAYRETİN, BİR OLUŞUN, HER SÖZÜN TAZE BİR BAŞLANGIÇTIR

Üniversite giriş sınav sonuçları ilk defa, yıllard

"Tıp, Mühendislik, Hukuk" tercih sıralama

Süperler elekt



MUTLULUK TABLOSU: Kızları Elif Burcu Akten'in üniversite birinci basamak imtihanlarında birinci olması, Akten ailesini sevince boğdu. Kızlarını aralarına alan baba Yılmaz, anne Zehra ve kardeşi Demet Akten'in mutluluk tablosu.

AİLE SEVİNCİ: Üniversite giriş sınavlarında Türkiye 2'nolsi olan Emre

GÜNCELLEME ÖĞRETMİ: Üniversite

İmtihanın 5 ş

"Elek

İlk 3, üç büyük şehir

Sınavın birincisi İstanbul, Ankara, üçüncüsü de İzmir ler içinde şampiyonluk İzmir'i Aydın, İstanbul ve İç ediyor

Erkekler daha fazla

Üniversiteye girmeye hak ka adayların yüzde 66'sı erke de 34'ü kız

Bilkent'in zaferi

İktidarın Mart 1989 seçimlerinden kaçtığını ileri süren Baykal, ANAP'ın referanduma gitmesini istedi HABERİ 7. SAYFADA

Demirel DYP grubunda sert konuştu

DYP

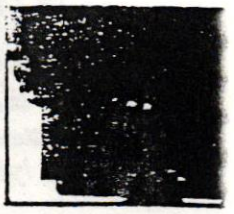
"ANAP seçim değil, baskın istiyor"

"Baskına ortak olmayacağız..."

Oy dengesi
Erken seçim için Anayasa değişikliği en az 300 oy gerektiriyor. DYP destek vermeyince ANAP oylarıyla gerçekleşecek bir değişiklik, ancak halk oylamasıyla yürürlüğe girebilecek

Millete gitmek
"Erken seçim" dediğimiz zaman Türk milleti buna büyük çapta, okey diyecektir"

HABERİN DEVAMI 7. SAYFADA



Enflasy

"Se

Merkez Bankası, m... cesi beklenen "pa... enflasyonu azdırı...

Mehmet Ali Kışlalı bildiriyor

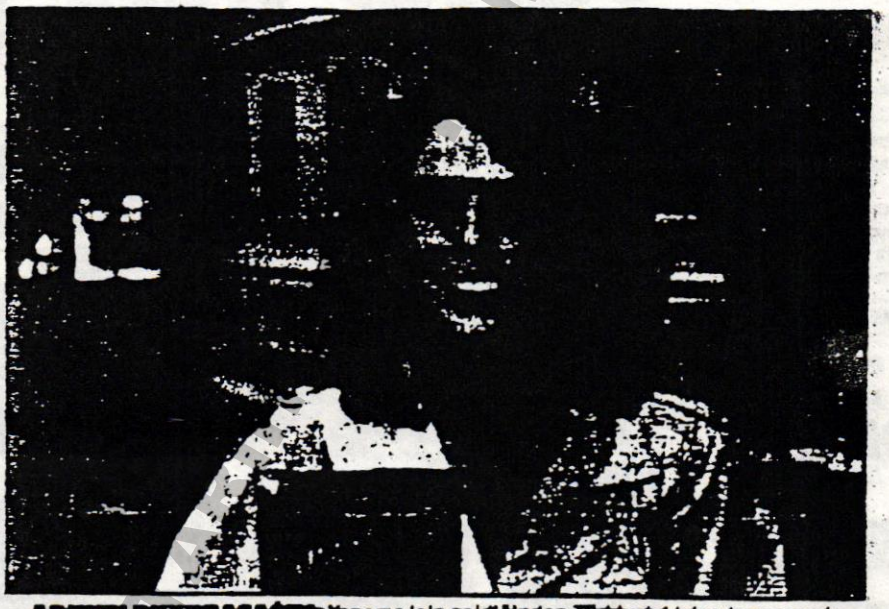
Ankara, Carlucci'nin gelişine hazır

Türkiye ABD'den rahatsız

Vuralhan, ABD yönetiminin "Kongre" bahanesine inanmıyor

"Karşıdırlar" değil
Türkiye ABD'nin istediği her kolaylığı sağladı ama, Washington kendisinden beklenenleri yapmıyor. Bu tepkimiz Carlucci'ye de anlatılacak, "ABD bize yardımcı, ama biz de ABD'ye yardım ediyoruz" denilecek

YAZISI 7. SAYFADA



ADINIZI DUYURACAĞIM: Yarışma için geldiğinden Türkiye'yi iyice tanıyamadığını belirten Kanadalı güzel Jody Keeble, "Bir gün gelip ülkenizin fotoğraflarını çekeceğim ve Türkiye adını Kanada'da daha çok duyuracağım" dedi.

Kanadalı güzel Jody, ülkemize hayran kaldı ve "Bu güzellikleri neden tanıtmıyorsunuz?" diye sordu

"Cennette yaşıyorsunuz"

Biraz gayret
"Sizin yeri güzelliklerinize bile sahip olmayan ülkeler bütün dünyaya adını duyururken, siz bu imkânı neden kullanmıyorsunuz?"

HABERİ 7. SAYFADA

REFERANDUM

...ANAP'ın... ...referanduma... ...gitmesini istediği... ...Demirel "Anayasa değişikliği için... ...seçimsiz siyasi iktidarın... ...sürdürülmesi gerçeği gibi ideze etmektir. Seçimlerin... ...kalması, ekonomik dengeleri sarsacağından, bu ülkenin de hayrına olmaz..."

ANAP'ın referanduma gitmesini istediği yolundaki görüşler üzerine ANAP kurmayları bir başlık içerisinde şöyle: "Kendisi kimle evliliğe razı ki?"

DYP'nin "ANAP'ın istediği şartlarda" bir erken seçime "hayırlısı şartıyla" destek vermeyeceği kesinleşmişti. Ama ANAP, "Demirel döndü" görüntüsü

(Devamı Sa: 9.Sü: 7'de)

Haydi hayırlısı

Dişi komünist müfettişler de tehdit etti!

HABERİ 8. SAYFADA

Yeşil Ha...
gerginlik ...
...ası asker...
"Yar" sonu...

Bir Rum asker...
dan sonra Rum ...
...liği, muhalefet...
olmasını istedi

HABERİ 9. SAY...

...ıyasa şartı olduğunu, âdil ...hale getirilmesi gerektiğini ...lıyorlarsa, iyi niyet sahibi

HABERİ 6. SAYFADA

Rauf Denktaş, Antalya'da ABD Rum lobisi ve Kıbrıs'la ilgili gelişmeleri değerlendirdi

"Lobileri güçlü, dâvâları zayıf"

...Denktaş, Akşamlar'da Rum asıllı Dukakis'in şansını olmasının fazla abartıldığını ...söyledi. "Kim seçilirse seçilsin, Kıbrıs meselesini iki halklı, bağımsız ... Devletin tek bir kişi dâ Kıbrıs'la ilgili bir karar veremez. Bütün işler ... ve Türkiye'yi gözden çıkaramaz gerekir. İki, bu da zor" dedi.

HABERİ 6. SAYFADA

Komünist parlamenterler Türkiye'yi şimdide "nezaketsizlik"le suçladı

Hem suçlu, hem güçlü

TKP dâvâsı için 14 kişilik yeni bir "bayan müfettişler heyeti" geldi

Sayın ve Nezaketsiz

Eylemci parlamenterler kendi çirkinliklerinin değil, Türk makamlarının randevu vermemesinin "saygı ve nezaket kurallarını çiğnemek" olduğunu söylediler.

HABERİ 6. SAYFADA

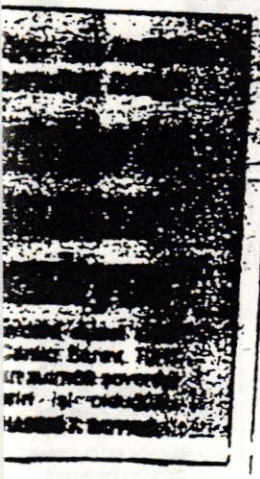
59 teröristi daha yakalandı

PKK öldürüyor

Cizre'de

Cizre'deki operasyonda ise çeşitli cinayet eylemlerinden aranan dört terörist, silâhlarıyla birlikte, etkisiz hale getirildi. Operasyon sürüyor.

HABERİ 7. SAYFADA



Adını Celal Bayar koymuştu

Başbakan'ın kızı Fatin Rüştü Zorlu, Fikret Otyam'ın eşi Fatin Rüştü, Bayar'ın kızı Semiha (Eyüboğlu) ve bugün 16 yaşına basan genç Fatin Rüştü Zorlu'nun en büyük idolü, babası olduğu büyük devlet adamının büyük bir hayranı olabilmek. Genç Zorlu, elektrik mühendisi olmak istiyor (yanda).

Fatin Rüştü Zorlu 16 yaşında

Bayar'ın dostu

Bayar, Fikret Otyam adını Fatin Rüştü'ye çevirdiği bebeğe, "Cenâb-ı Allah sana Fatin Rüştü Zorlu kadar zekâ, benim yaşımdan çok yaşamak nasip etsin" demişti.

HABERİ 6. SAYFADA

TÜRKİYE ... VAKFI

Türkiye ile ilgili bölüm KGB'nin 8. şubesidir

Dişi komünist müfettişler de tehdit etti!

HABER MERKEZİ

Kutlu-Sarga davâsı için Ankara'ya gelen ve büyük bir bölümü komünist partilerin temsilcileri olan 14 kişilik "Barış ve Hürriyetler İçin Milletlerarası Kadınlar Birliği" heyetine, vatandaşlar, "Bir bu dişi müfettişler heyeti eksikti" sözleriyle tepkilerini dile getirdiler. Her zamanki "işkence teraneleri"ni yine dile getiren kadınlar heyetinin, Türkiye'de komünist parti kurulması için kamuoyu meydana getirmeye çalıştıkları ve bu konuda büyük bir çaba sarfettikleri gözlendi. Temasları ile ilgili olarak bir de basın toplantısı düzenleyen Birlik Başkanı Elenore Romberg, Bulgaristan'da zulüm altında inleyen Türkler'le ilgili soruları duymamazlıktan gelerek, "Türkiye, işkenceye karşı imzalanan sözleşmeyi onaylamasına rağmen, bütün dünyada bilinen işkence usullerini kullanmaya devam ediyor. Kadınlar da aynı insanlık dışı işkenceye maruz kalıyor" dedi. Bütün temaslarını kapalı kapılar ardında yapmaya gayret sarfeden Romberg ve beraberindekiler, "Türkiye'ye Kutlu-Sarga davâsını takip etmek, neden komünist parti kurulmadığını araştırmak için" geldiklerini söyledi. Romberg, basın toplantısında bol keseden tehditler de savurarak, Türkiye'nin AT üyeliğini engellemek için ellerinden gelen her şeyi yapacaklarını söyledi.

Türkiye'nin Avrupa Topluluğu'na başvurduğunu da hatırlatan Romberg şöyle dedi:

"Türkiye'de insan haklarının zedelendiğini ve demokratik geçişe karşı yapılan uygulamaları göz önünde bulundurduğumuzda Türkiye'nin AT'ye üyeliğinin bugün için imkânsız olduğu kanısına vardık. Türkiye'de demokratik bir düzen yerleşmediği sürece böyle bir üyeliği engellemek için elimizden gelen her şeyi yapacağız.

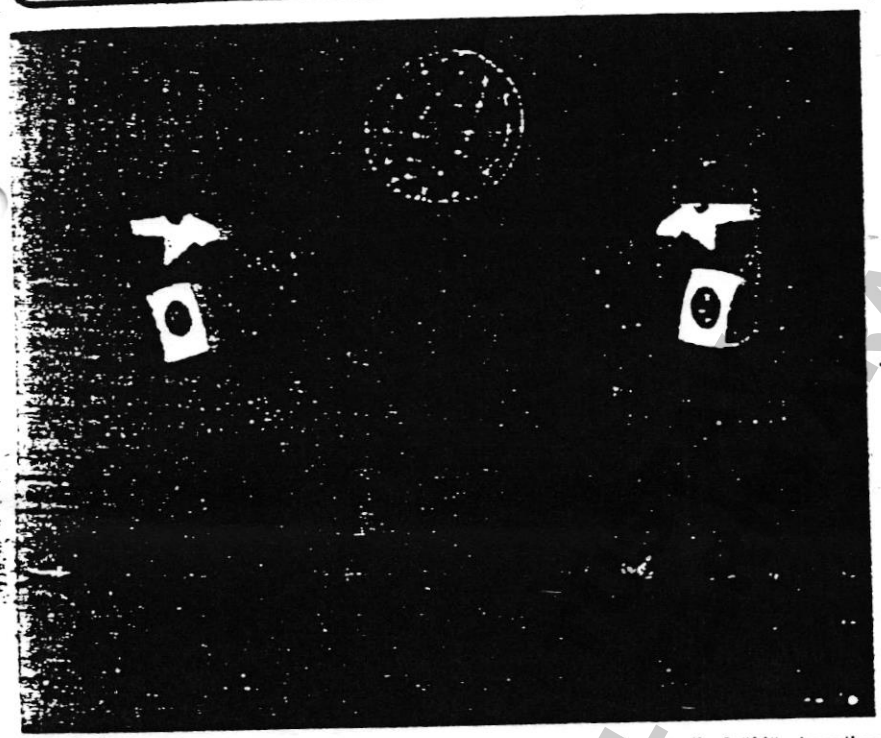
Türkiye'de anademokratik uygulamaları kendi ülkelerimizin parlamentolarına, Avrupa Parlamentosu'na, BM İnsan Hakları Komisyonu'na, Türkiye'de Türk hükümetinin imzalamış olduğu işkence sözleşmesinin uygulanmadığını anlatacağız."

Basın toplantısından sonra Çalışma ve Sosyal Güvenlik Bakanı'nı ziyaret eden "dişi müfettişler" heyetinden 5 kişi âdeta sendikacılık dersi alarak ayrıldılar. Türkiye'nin çalışma şartlarını anlatan Aykut'a, "Türkiye'deki hak ve hürriyetler kısıtlıdır. Hatta DİSK de bu yüzden kapatılmıştır" diyen üyeler, Aykut'tan şu cevabı aldı:

"DİSK kapatılmadı, faaliyetleri durdurulmuştu. DİSK'in faaliyetleri sendikal bir olaydan dolayı değil, terörle olan bağlantısından dolayı durdurulmuştu. Konu şu anda yargıdadır. Bağımsız yargı vardır, kimse ona müdahale edemez. Dâvâ devam etmektedir, bir an önce sonuçlanmasını biz de istiyoruz. Karara etki yapmayız."

Aykut, daha sonra heyet başkanı Elenore Romberg'e ülkesinde, hükümetin yargıya müdahale edip edemediğini sordu. Romberg'in, "Bizde böyle bir dâvâ yok" demesi üzerine Aykut, "Sendikalar terörle irtibat kurmamalar da öndan yok" diye konuştu.

Türkiye'deki kadın haklarına değinen İmren Aykut, kadınların, ekonomiye katılması için başlatılan projelerin kademe kademe uygulamaya konulduğunu söyledi.



rek propaganda yapan Komünist Parti lideri George Marchais ile birlikte. "Türkiye'de işkence var. Kürt halkı özgürlüğüne kavuşmalıdır. Ermeni soykırımı iddiaları doğrudur" gibi demeçleriyle Avrupalılar'ı kışkırtan TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu KGB'ye dolaylı yoldan aynı hizmetleri veriyorlar. Hedefi Batı demokrasilerini yıkmak olan bir KGB için Marchais, Kutlu ve bu tip yüzlerce lider (!) muhtemel maşa'lar olmak kalıyorlar.

"Türkiye sorumlusu" olan KGB'nin 8.Şube'si, Ankara'nın Avrupa ile temaslarını baltalamakta; Türkiye içinde tahrik yoluyla olaylar çıkartmayı denemekte uygun maşalar bulmakta bugün de güçlük çekmiyor.

KGB VE TÜRKİYE

KGB'nin Türkiye Cumhuriyeti'ni hedef alan faaliyetleri, sabotajları, demokrasiyi yıkma teşebbüsleri sadece MİT'i değil, Batı Avrupalı istihbaratçıları da gayet yakından ilgilendiriyor. KGB ajanlarının Türk-Moskova'da uzun uzun söz edildi..."

NATO'daki bir uzmandan bu sözleri yorumlamasını istedim:

"Gayet basit! KGB, bugün de Marx'ın, Lenin'in tavsiyelerini dinliyor, onların gösterdikleri taktikle faaliyet gösteriyor. Bir ülkeye komünist rejimi getirmek isteyenler askeri darbe, canla bedel'den kaçınmak için mücadele verirler. Çünkü canlı'dan komünizm'e geçiş çok daha kolay olur. KGB, özellikle Türkiye'de askerlerle sivilleri karşı karşıya getirmek için uğraşır ve komünist piyonlarını da bu amaçla yönlendirir. Türkiye'den gelen her darbe haberi en çok Moskova'yı sevindirmiş, umutlandırmıştır. KGB'nin oyununu bozan tek unsur Türk Silâhlı Kuvvetleri oluyor. KGB, seneler uğraşıp ihtilâl ortamını yarattıktan sonra askerlerin de seneler iktidarda kalmasını arzu ediyor, bekliyor. Avrupa ve Güney Amerika'da bazı ülkelerde başardıklarını Türkiye'de başaramadılar, çünkü ordu yönetimi çok kısa zamanda sivillere devretti..."

NATO'daki bir başka uzman ise, Moskova'nın Türkiye'deki gelişmeleri yakından izlediğini, ancak Türkiye'de komünist bir ihtilâl ortamının yaratılmasının çok zor olduğunu, bu nedenle de yeterli görülmediğini, Amerikan aleyhtarı bir hava estirilmesine neden olduğunu söyledi.

John Barron sözlerine şöyle devam ediyor:

"Türk gazeteleri, 1964'den beri Ankara'daki ABD Elçiliğinde danışmanlık yapan Edwin Martin ile Deniz Yüzbaşısı E.M.Morgan'ın E.M. başharflerini taşıdıklarına dikkat çektiler. Albay Dickinson'un Türkiye'deki havalelerinden sorumlu CIA şefi olduğu sonucuna çıkarıldılar. Türk yöneticiler bu belgeleri GERÇEK kabul ettiler ve o zamanlar ABD'ye en yakın olanlar bile sert tepki gösterdiler. Birçok Türk subayı daha da öfkeli görünüyordu."

Senatör Hayrullah Tuncaksan tarafından ortaya çıkarılan sözkonusu belgelerin gerçekte "KGB tarafından kandırılmış sahte belgeler" olduğunu öne süren Barron iddialarını şöyle sürdürüyor:

"Ne var ki, KGB hiçbir zaman Amerikan bürokrasisinin belgelerini tam anlamıyla taklit edemedi. Amerikalı sorumlular derhal Türk makamlarına belgelerdeki şekil ve stil hatalarını göstererek belgelerin [illegible] bildirdiler. Bu da yeterli görüldü. Amerikan aleyhtarı bir hava estirilmesine neden oldu."

Rosi Wolf-Almanasreh-de Carvalho Esteves

Redaktion Leserbriefe
Tercüman

Postfach 4012
6078 Neu-Isenburg

Frankfurt, den 15.8.1988

Betr.: Ihre Berichterstattung vom 4.8.1988
Türkeireise einer Bundesdeutschen Frauengruppe

Sehr geehrte Damen und Herren,

an der von Ihnen kritisierten Reise habe ich auch teilgenommen. Mit Erstaunen habe ich deshalb Ihre Berichterstattung zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich jetzt erst reagiere, da ich nicht die türkische Sprache beherrsche und auf Übersetzungen angewiesen bin, hat es etwas länger gedauert.
Folgendes möchte ich aber zu Ihrem Bericht feststellen:

1. Mit Verwunderung las ich, daß ich "Kommunistin" bin und die Türkei unzulässig kritisiert haben.
Ich war aber zu keiner Zeit Mitglied einer Kommunistischen Partei gewesen. ich bin auch keine - wie sie nun vielleicht vermuten könnten - "Sympathiesantin" von Kommunisten.
Ihre Redaktion macht es sich zu einfach, wenn sie Kritik damit vom Tisch fegen will, indem sie Kritikerinnen unzulässig zu diskriminieren versucht, anstatt sich sachlich mit der vorgebrachten Kritik zu befassen.
Ähnliche Verhaltensweisen sind mir in der Türkei seitens offizieller STellen begegnet. Genau dies zeigt mir, daß es mit demokratischen Verhältnissen und vor allem auch dem Demokratieverständnis (!) von einer Zahl türkischer verantwortlicher Bürger und Politiker nicht so weit her ist.

2. Die "Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit" ist gerade k e i n e "kommunistische" Organisation. Im Gegenteil: sie ist eine recht bürgerliche! Sie entstand Anfang dieses Jahrhunderts, wurde in Deutschland zu Beginn des 3. Reiches verboten.Ihre bundesdeutsche Sektion ist relativ klein, weil sie sich nur schwer von diesem Schlag erholt. Dafür ist sie in anderen Ländern, u.a. in den USA recht groß und aktiv. Die sozialistische "Gegen"organisation ist die (IDFF) Internationale demokratische Frauenföderation (sie ist enger liiert mit den sozialistischen Ländern).
Sie sehen, auch hier irren Sie sich !

3. Die Frauen, die innerhalb der Frauenliga mit in der Türkei waren, kamen aus den unterschiedlichesten sozialen und politischen Bereichen. Sie waren sehr wohl in der Lage sich eine eigene Meinung zu bilden und durch ihre vielen Gespräche - mit unterschiedlichen Menschen und Organisationen (eben nicht nur "kommunistischen",wie Sie utnerstellen wollen) zu differenzieren und abzuwägen, welche

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Informationen "wahr" sind und welche vorsichtig geprüft werden müssen.

Wenn wir alle dennoch zu dem Ergebnis gekommen sind, daß die Demokratie in der Türkei noch nicht hergestellt ist, dann sollten Journalisten diesen Eindruck zumindest einmal kritisch prüfen und sich genauer anhören, welche persönlichen Beobachtungen die Frauen gemacht haben.

4. Völlig unbegreiflich ist mir Ihre Auffassung, daß wir uns "unzulässig" einmischen. Wo sind sind wir denn ?? Eben nicht in einem diktatorischen Staat , sondern in einer Bundesrepublik, wo wir zwar auch vieles kritisieren können und sollen, aber dies immerhin öffentlich und frei tun könnnen!
Es gibt nur eine Welt! Und wir sind als Menschen füreinander verantwortlich. Und ich fühle mich sowohl als Mensch dafür verantwortlich, wenn türkische Familien in der Bundesrepublik menschenunwürdig oder ungerecht behandelt werden wie dafür, wenn anderswo auf der Welt Menschenrecht verletzt oder gar mißachtet werden - ja, auch dann, wenn der Verdacht besteht !
Die Türkei möchte Mitglied der Gemeinschaft europäischer Völker werden, mit anderen Staaten gleichberechtigt zusammenarbeiten. Glauben sie wirklich, daß mich das als Bürgerin dieser Europäischen Gemeinschaft "nichts gangeht" und daß ich mich unzulässig einmische, wenn ich etwas in der Türkei kritisiere ? Das kann ich Ihnen nicht abnehmen!

5. Auch wenn Sie konservative Vorstellungen vertreten, so dürfte die Verletzung der Menschenrechte, Mißhandlungen in Gefängnissen und bei der Polizei, Todestrafe, Gesetze, die die Zulassung von demokratischen Organisationen verbieten dennoch auch von Ihnen als undemokratisch empfunden werden. Denn so, wie ich als Liberale toleriere, daß es in einer guten Demokratie auch gestandene "Konvervative" gibt, so sollten Sie doch tolerieren, daß es Leute wie mich gibt, oder ??

Ich würde mich freuen, wenn Ihr Demokratieverständnis dazu führen würde, meinen Brief ganz abzudrucken !

Mit freundlichen Grüßen

Rosi Wolf-Almananasreh

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI VAKFI

88.461. 9.8.

Ø Karin Roth
VB

Initiativantrag A 10

Außen-, Friedens-, Sicherheits-, Deutschlandpolitik

Türkei

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bundesparteitag ist empört über die neuerlichen Urteile gegen oppositionelle Kräfte in der Türkei. Neben hohen Freiheitsstrafen wurden 8 Todesurteile ausgesprochen.

Nach wie vor stehen Hunderte, die keine Straftaten begangen haben, nur wegen ihrer politischen Überzeugung vor Gericht und werden in Gefängnissen festgehalten.

Die Situation in den Gefängnissen widerspricht den Mindestanforderungen der UNO-Charta. Immer wieder versuchen die Gefangenen, mit Hungerstreiks die schlimmsten Auswüchse zu beseitigen.

Obwohl die Türkei die Anti-Folter-Konvention unterschrieben hat, sind Folterungen an der Tagesordnung. Mit Folter erpreßte Aussagen werden vor Gericht verwendet.

Die Gerichtsverfahren widersprechen rechtsstaatlichen Normen, z.B. werden Anwälte bei der Verteidigung behindert und die Verfahren verschleppt. Hinter den in der Öffentlichkeit beachteten Veränderungen verbirgt sich immer noch ein Regime, das die Menschenrechte mit Füßen tritt.

Der SPD-Bundesparteitag ist solidarisch mit den Kräften in der Türkei, die für Menschenrechte, Demokratie und Meinungsfreiheit eintreten. Er fordert mit ihnen gemeinsam: Abschaffung der Todestrafe, Abschaffung der Folter und eine Generalamnestie für politische Gefangene.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Karin Bergdoll
Alwinenstr. 33

2800 Bremen 1

19.08.1988

Bremische Zentralstelle
für die Verwirklichung
der Gleichberechtigung
der Frau

Liebe Frauen,

ich habe an einer von der "Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" organisierten Frauendelegation in die Türkei teilgenommen. Wir haben am 1. August den Prozeß gegen die aus der Emigration in die Türkei zurückgekehrten Generalsekretäre der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kutlu, und der Türkischen Arbeiterpartei, Nihat Sargin, beobachtet und mit vielen Männern und Frauen über die Menschenrechtssituation in der Türkei gesprochen, z. B. mit VertreterInnen des Fortschrittlichen Anwältevereins, mit Müttern des Vereins der Angehörigen der politisch Verfolgten, mit Ärzten zur Verhinderung eines Atomkrieges, mit Vertreterinnen von vier Frauengruppen, die Frauenorganisationen gründen wollen, mit VertreterInnen der Sozialdemokratischen Partei der Türkei, mit vielen politisch verfolgten und gefolterten Einzelpersonen.

Die Gespräche haben ein erschütterndes Bild von den Verhältnissen in der Türkei hinterlassen. Es wird seit dem Militärputsch von 1980 systematisch gefoltert, Menschen werden willkürlich verhaftet, jahrelang widerrechtlich in Untersuchungshaft gehalten, ausschließlich wegen ihrer Gesinnung oder vermuteten Gesinnung zu hohen Haftstrafen und zum Tode verurteilt. 650.000 Menschen wurden seit dem Putsch verhaftet, 71.000 allein wegen ihrer Gesinnung, 208 Menschen wurden zum Tode verurteilt, 50 bereits hingerichtet, 172 Menschen wurden nachweislich zu Tode gefoltert, allein 20.000 Lehrer mit Berufsverboten belegt.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Frauen unterliegen den gleichen Repressionen wie Männer, sind aber zusätzlich geschlechtsspezifischen Foltern ausgesetzt, z. B. Vergewaltigungen (auch vor den Augen ihrer Männer, Väter und Brüder) und weiteren ausgefeilten Demütigungen und Beschimpfungen. Den unglaublichen Zynismus gegenüber den Leiden der Frauen macht ein uns übermitteltes Gespräch mit dem General Turgut Sunal (Gründer der dem Militär nahestehenden Partei MDP) überdeutlich. Dem General wurde vorgehalten, daß in der Türkei Frauen mit Gegenständen vergewaltigt werden. Seine brutale Antwort auf diese Anklage lautete, daß er diese Äußerungen für unwahrscheinlich halte, da es bei der türkischen Polizei genug junge, kräftige Polizeibeamte gebe.

Ich bitte Sie, sich angesichts der menschenverachtenden und frauenverachtenden Verhältnisse in der Türkei dafür einzusetzen, daß durch politischen Druck, auch aus dem Land Bremen, die Demokratisierung des türkischen Staates erreicht wird, daß vor allem der von der Türkei gewünschte Beitritt in die EG so lange verhindert wird, bis in der Türkei nachprüfbar demokratische Verhältnisse hergestellt sind.

Vor dem Hintergrund der extremen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei wird auch die Zwangssituation der in unserem Land politisches Asyl suchenden türkischen Frauen noch einmal deutlich und damit die Notwendigkeit, unsere türkischen Schwestern in jeder Form bei der Asylsuche zu unterstützen.

Zur weiteren Information stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung. Ich lege die in der Türkei verbreitete Presseerklärung der "Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" bei.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Begdoll

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

我是中国的一名对外汉语教师，我热爱自己的工作和所教过的每一位留学生；同时，以伸张正义为己任。

今日，得知 Haydar Kutlu 和 Nihat Sargin 两位先生在狱中受难，我愿加入声援他们的行列，为他们早日获得自由，声明我的正义立场。

特此声明。

张沁

1988.10.10.

Ich bin eine chinesische Lehrerin, die Ausländern Sprachunterricht erteilt. Ich liebe meine Arbeit sehr und auch alle Studenten, die ich unterrichtet habe. Darüberhinaus betrachte ich es als meine Pflicht und Aufgabe, für Gerechtigkeit einzutreten. Heute mußte ich erfahren, daß Haydar K u t l u und Nihat S a r g i n im Gefängnis Leid ertragen müssen. Deshalb reihe ich mich in die Solidarität ein und fordere die sofortige Freilassung der beiden. Ich tue meine herzliche Verbundenheit kund. Das erkläre ich hiermit.

Zhang Qin

Peking, 10.10.88

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Telefon : 0203/340395
Telefax : 0203/339229
Telex : 855367 inmed d
Adresse: Moltke Straße 45
4100 Duisburg 1

B E M
Pressezentrale Einheit

TÜSTAV SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

İSVEÇ PARLAMENTOSU DÖNENLERE HAMİLİK KARARI ALDI

o İsveç'te 5 partinin genel başkanları Başbakan Turgut Özal'a telgraf çekerek ülkeye dönen siyasi mültecilere kötü muamele edilmemesini istedi

Stokholm 9.12.1988 (BEM) - İsveç'te siyasi mülteci olarak bulunan ve yarın Türkiye'ye dönecek olan DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi Ekrem Aydın ve Makina Mühendisleri Odası İstanbul eski Başkanı Nurettin Yalçın'an durumunu ele alan İsveç Parlamentosu, hamilik kararı aldı. Öte yandan İsveç Sosyal Demokrat İşçi Partisi, Komünist Parti, Merkez Parti, Halkçı Parti ve Muhafazakar Parti genel başkanları Başbakan Turgut Özal'a telgraf çekerek ülkesine dönen siyasi mültecilere kötü davranılmamasını istedi.

İsveç Parlamentosu'nun kararında ülkesine dönme kararı alan Türkiyeli politik göçmenlere uygulanacak muamelenin yakından izlenmesi, kötü muameleye karşı girişimde bulunulacağı ve sahip çıkılacağı belirtilirken, bu karar Türkiye hükümet yetkililerine ulaştırıldı.

İsveç'ten Türkiye'ye dönecek olan Ekrem Aydın ve Nurettin Yalçın'ın uçağa binişini İsveç Tv'sinin her iki kanalı da birer ekip göndererek filme alacağını açıkladı. Bu arada, İsveç Metal sendikası da politik göçmenlere sahip çıkılacağını açıkladı ve gelişmeleri sonuna kadar izleyeceklerini duyurdu.

Öte yandan, Ekrem Aydın ve Nurettin Yalçın ile birlikte Türkiye'ye Sosyal Demokrat İşçi Partisi Milletvekili Ulla Brit Abrink, VPK (Komünist Parti) Milletvekili Maggi Michaelson ~~ile~~ ve gazeteci Stefan Hadberg de ~~yarın uçakta yerini alacak.~~ gidiyor.

für Türkische Redaktion

Telefon : 0203/340395
Telefax : 0203/339229
Telex : 855367 inmed d
Adresse: Moltke Straße 45
4100 Duisburg 1

B E M
Pressezentrale Einheit

Federal Almanya Cumhurbaşkanı Murat Tokmak'a mektup gönderdi

DÖNEN MÜLTECİLERE AVRUPA
HÜKÜMETLERİ SAHİP ÇIKIYOR

- İsveç Dışişleri Bakanlığı, Türkiye hükümetine ülkelerine dönecek siyasi mültecilerle ilgili uyardı
- İngiltere ve İsveç'in İstanbul'daki Başkonsolosları, siyasi mültecilerin döndüğü gün havaalanında olacaklarını bildirdi

Duisburg 9.12.1988 (BEM) - Avrupa'nın çeşitli ülkelerinde siyasi mülteci olarak bulunan 8 sendika ve demokratik örgüt yöneticisi yarın değişik uçaklarla ülkelerine dönerken, konu Avrupa'da devlet ve hükümetler düzeyinde de ilgiyle ele alındı. Federal Almanya Cumhurbaşkanı Weizsaecker, DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi Murat Tokmak'a bir mektup gönderdi. Öte yandan İngiltere ve İsveç Dışişleri Bakanlıkları konuyu yakından izleyeceklerini bildirdi. Bu arada, ülkeye dönecek olan siyasi mültecilerle çeşitli TV'ler, Radyo ve gazeteler yaptıkları söyleşileri yayınlıyor.

WEİZSAECKER'İN MEKTUBU

Federal Cumhurbaşkanı Dr. Carl Friedrich von Weizsaecker yarın Türkiye'ye dönecek olan DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi ve Maden-İş Sendikası Genel Başkan Vekili Murat Tokmak'a gönderdiği mektubunda "Demokratik gelişmeye katılabileceğiniz ümidini taşıyorum" dedi. Cumhurbaşkanı adına Dış Politika Bölüm Başkanı Berthold von Pfetten tarafından kaleme alınan mektupta şöyle denildi:

"Sayın Cumhurbaşkanı 14.11.1988 tarihli yazınız için size teşekkür etmemi rica etti. Kendileri mektubunuzu dikkatle okudular ve yurdunuza döndükten sonra Sayın Cumhurbaşkanının yakından izlediği demokratik gelişmeye katılabileceğinizi ümid ediyorlar."

İSVEÇ DIŞİŞLERİNİN GİRİŞİMİ

Ülkeye dönecek siyasi mültecilerle dayanışma komitesinin girişimi üzerine konuyla ilgili bilgi veren İsveç Dışişleri Bakanlığı, Tür-

../..

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

kiye Hükümetini aradıklarını ve konuyu yakından izlediklerini duyurduklarını açıkladı. Bakanlığın açıklamasında, Türkiye Hükümeti'nde dönecek olanlara kötü muamele uygulanmaması talebinde bulunulduğu da ifade edildi.

Bu arada dönen politik göçmenlerle dayanışma komitesini telefonla arayan İsveç'in İstanbul Başkonsolosu gelişmelerle ilgili olarak sürekli bilgi rica etti ve politik göçmenleri karşılamak üzere 10 Aralık günü Yeşilköy Havaalanında olacağını bildirdi.

İNGİLTERE KONSOLOSUNUN TUTUMU

Öte yandan İngiltere'nin İstanbul Başkonsolosu da konuyu yakından izlediklerini ve İngiliz pasaportu taşıyan sendikacı Nafiz Bostancı'nın Türkiye'ye geleceği 10 Aralık günü havaalanına gelerek kendisini karşılayacağını belirtti.

GELENLERE REFAKATÇI ÇOK

İngiltere'den İstanbul'a dönecek olan Genel-İş Sendikası Marmara Bölgesi eski başkanlarından Nafiz Bostancı ile birlikte İngiltere İşçi Sendikaları (TUC)'nın Genel Başkanı Tony Christopher, Avrupa Parlamentosu üyesi Alf Lomas, İngiltere'nin ilk zenci Milletvekili Diane Abbot, Türkiye'nin Dostları Örgütü'nü temsilen Cam Matheson, Hukukçu Larry Grant, Guardian Gazetesi'nden Saumas Milne, Morning Star Gazetesi'nden Roger Trask ve BBC'den 7 kişilik bir televizyon ekibi geliyor.

Bu arada Federal Almanya'dan dönecek olan DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi ve Maden-İş Sendikası Genel Başkanvekili Murat Tokmak, yine DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi ve Banksen Genel Başkan Vekili Turhan Ata ve İKD Merkez Yönetim Kurulu üyesi öğretmen Yüksel Selek ile birlikte SPD Eyalet Parlamenteri Eberhart Lorenz ve yine eyalet parlamenteri Yeşiller Partisi üyesi Rose Marie Glazer İstanbul'a geliyor.

İsveç'ten dönecek olan DİSK Genel Yönetim Kurulu üyesi ve Maden-İş Sendikası Genel Başkan Vekili Ekrem Aydın ve Makina Mühendisleri Odası İstanbul Şubesi Eski Başkanı Nurettin Yalçın ile birlikte Sosyal Demokrat İşçi Partisi Milletvekili Ulla Brit Åbrink ve gazeteci Stefan Hadberg uçağa binecek. Aynı uçakta, Danimarka'da bulunan İKD Genel Başkanı ve 1977 Senatör adaylarında Bakiye Beria Onger ile damadı İGD Merkez Yönetim Kurulu üyelerinden Haluk Tan İpekçi de ülkeye dönmek için Kopenhag'dan binerek yerlerini alacaklar.

Öte yandan Dünya Sendikalar Federasyonu Avrupa Komitesi Sekrete-

../..

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

teri Courbe Jan Françoise ile gazeteci Lachenol Critian da Federal Almanya'dan dönecek olan politik göçmenlerle aynı uçakla Türkiye'ye gidecek.

MÜLTECİLER AVRUPA TV'LERİNDE

Siyasi mültecilerin Türkiye'ye dönüşü Avrupa TV'lerinin de önemli bir konusu oldu. Federal Almanya'da da özel bir anten gerektirmeden izlenebilen Lüksemburg Televizyonu (RTL) Murat Tokmak'la yaptığı söyleşiyi 5 dakika verirken, Bremen Radyosu' Tokmak'a 8 dakika ayırdı.

İsveç Televizyonu da dün gece Ekrem Aydın ve Nurettin Yalçın'la yaptığı söyleşiye yerverdi. Bu arada, Turhan Ata'nın dün Stutgart'ta düzenlediği basın toplantısını Süd Deutsche Rundfunk (Güney Almanya Radyosu) yayınlarken, Federal Almanya'nın en büyük haber ajanslarından DPA da geniş yerverdi. Öte yandan Federal Almanya'nın en çok satan haftalık dergilerinden STERN de ülkeye dönen siyasi mültecilerle yaptığı söyleşilere ilk çıkacak sayında yerverecek.

YEŞİLKÖY'DE TRAFİK

İnsan Hakları Evrensel Beyannamesinin 40'ncı yıldönümüne denk düşen 10 Aralık günü İstanbul Yeşilköy Havaalanı da sıkışık bir tarfiğe sahne olacak. Londra'dan Airways ile uçan Nafiz Bostancı 14.00'de İstanbul'a inerken, Stokholm'den havalanan SAS uçağında Ekrem Aydın ve Nurettin Yalçın bulunacak. Aynı uçak Kopenhag'dan Beria Onger ve Haluk Tan İpekçi'yi de alarak saat 16.00'de Yeşilköye inecek. Frankfurt'tan uçacak olan Lufthansa uçağında bulunan Murat Tokmak, Turhan Ata ve Yüksel Selek ise 17.00'de İstanbul'a ulaşacak.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

BANKA VE SİGORTA İŞÇİLERİ SENDİKASI
Gazeteci Erol Dernek Sok. Hanif Han No: 11 Kat: 3 80070 Beyoğlu-İstanbul
Tel: 152 90 05-152 90 06-152 90 07-152 90 08

Sayın
Turhan ATA

İstanbul, 29.11.1988

Sayın Meslektaşım,
Değerli Dost,

Ülkemizde, insan hak ve özgürlükleri konusunda verilen mücadelenin en yoğun ve en sıcak olduğu şu günlerde, bu mücadeleye yıllardır vermekte olduğunu bildiğimiz katkınızı bundan böyle ülke içinde sürdürme kararınızı sevinçle destekliyoruz. İnanıyoruz ki, her şeyi göze alarak başlattığınız bu sorumlu ve yürekli girişim, en temel insan haklarından biri olan vatandaşlık hakkı haksız bir biçimde elinden alınmış olan tüm politik göçmenlerin ülkeye dönüşü için atılmış önemli adımlardan biri olacaktır.

Dönüşünüzün, ülkemiz emekçilerinin yükselttiği özgürlük ve demokrasi mücadelesine somut katkılar getireceğine olan inancımızı vurgularken, BANKS'ın somut destek ve dayanışmasıyla yanınızda olacağını bildiririz.

Selam ve saygılarımızla.

B A N K S
BANKA ve SİGORTA İŞÇİLERİ
SENDİKASI

Meral EKİM
Genel Başkan

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Gewerkschaft
Handel, Banken und Versicherungen im DGB

Landesbezirksleitung Baden-Württemberg

Gewerkschaft HBV Landesbezirk · Willi-Bleicher-Straße 20 · 7000 Stuttgart 1

Herrn
Turhan A T A

Unterer Klingelbrunnen 28
7014 Kornwestheim

Ihre Nachricht / Ihre Zeichen	Unsere Zeichen	Datum
	Rü-me	28. November 1988

Lieber Turhan,

ich habe wegen der Rückreise von Dir und weiteren DISK-Kollegen in die Türkei mit dem stellvertr. HBV-Vorsitzenden Dieter Steinborn gesprochen.

Kollege Steinborn wird an namhafte Vertreter der Bundesregierung schreiben und diese auffordern, mit türkischen Stellen in Kontakt zu treten, damit Eure Einreise in die Türkei ohne Eingriffe des dortigen Regimes erfolgen kann. Soweit es dem Kollegen Dieter Steinborn möglich ist, wird er auch direkt türkische Regierungsstellen anschreiben.

Im übrigen wird von unserer Seite mit dem DGB-Bundesvorstand wegen Eurer Rückreise Verbindung aufgenommen.

Nach Rücksprache mit dem 1. und 2. Vorsitzenden unserer Organisation, Lorenz Schwegler und Dieter Steinborn, ist es mir leider nicht möglich, Dich bei Deiner Rückreise in die Türkei zu begleiten.

Ich wünsche Dir von ganzem Herzen alles Gute und bitte Dich nochmals, nach Deiner Ankunft in der Türkei uns sofort zu benachrichtigen.

Mit kollegialen Grüßen

Dein

- Klaus Rücker -
Landesbezirksleiter

TÜRKİYE SOSYAL BİLİMLER ARAŞTIRMA VAKFI

Cumhurbaşkanlığı makamı
Dışpolitika bölüm başkanı

5.12.88 Bonn

Sayın bay Tokmak,

Sayın cumhurbaşkanı 14.11.88 tarihli yazınız için size teşekkür etmemi rica etti. Kendileri mektubunuzu dikkatle okudular ve yurdunuza döndükten sonra sayın cumhurbaşkanının yakından izlediği demokratik kalkınmaya (Aufbau kelimesinin tam karşılığı imar veya bayındırlıktır - tercümanın notu) katılabileceğinizi ümid ediyorlar.

Dostça selamlarla,

Berthold von Pfetten

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: NDR ile Arzu-İsmail görüşü. Telefonla.

Görüşülen kişi:

Görüşme tarihi: 18. 11. 1987.

Görüşmenin sonucu: NDR. Bizi çok araştırıyorlar. Nicin rahatsız ediyorsunuz. Haber vermeyeceğiz gibi yaklaşım gösterdiler.

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: Morgenpost

Görüşülen kişi: Fran Bertram

Görüşme tarihi: 30.11.1987

Görüşmenin sonucu: Bu konuyla ilgili bu hafta içinde bir yazı yazacak. Bize de gönderecekler.

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: -MSB-Spartakus Fachhochschule Soz. pädagogik
-Fachschaftrat

Görüşülen kişi: Fachhochschule Soz. päd.

Görüşme tarihi: Anfang der Kampanye

Görüşmenin sonucu: Telegramm - VV - Wandzeitung
Unterschriftsammlung

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum:

Görüşülen kişi: Ingried Kurz

Görüşme tarihi: Kampagnen başında

Görüşmenin sonucu: BdW - VDJ = ein delegation ~~ge~~ mit der Delegation ein Protest brief bei der General Konsulat Hamburg abgeben.....
- Unterschrift briefe - Telegramm

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: Grüne - Altona

Görüşülen kişi: -

Görüşme tarihi: 17.11.87

Görüşmenin sonucu: Bu konuyu başka bir arkadaşına iletecağini söyledi.

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

Bu konuda yapacağımız tüm çalışmaları destekleyecekler

Başka Bonn bürolarından arayacaklarını söylediler.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: SPD - Nord (Kümmelstr. 8)

Görüşülen kişi: Fr. Margit von Hacht (Tel. 462326)

Görüşme tarihi: 17.11.1987

Görüşmenin sonucu: Kendisinin yetkili olmadığını Perşembe günü (19.11.) toplantıya getireceğini, ilgili yere ileteceğini söyledi

Ne yaptılar/ne yapacaklar: Bonn Büyükelçiliği Hamburg Elçiliğine mektup ya da telgraf çekebilirsiz dediler (?)

Gelindi

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: (Organisation) TAZ

Görüşülen kişi: (Name) Rudael?

Görüşme tarihi: (Datum) 17.11.87

Görüşmenin sonucu: (Ergebnis) Beziehungen zu türk. Kollegen
an unseren d. Parlamente

Ne yaptılar/ne yapacaklar: Beziehe i.d. TAZ yazı çıktı

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: ARD (Gazellenweg 57)

Görüşülen kişi: Şef Redaktör / Heiko Engelkes

Görüşme tarihi: 19.11.87

Görüşmenin sonucu: Aldığı bilgiyi Türkeiye'deki muhabirine soracağını söyledi.

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI POSTAV

Görüşülen kurum: Aster HWP –

Görüşülen kişi: GAL Temsilcisi, Ju So, MSB, SHB temsilcileri

Görüşme tarihi: 17.11.87 und 19.11.87

Görüşmenin sonucu:

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

Bonn Büyükelçiliğini aradılar.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: Tagesthemen Redaktion /telefonla

Görüşülen kişi: Herr Lührs

Görüşme tarihi: 18.11.87

Görüşmenin sonucu:

Haberi yokmuş, araştıracaklarmış

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: Kurtuluş

Görüşülen kişi: Emin

Görüşme tarihi: 18.11.1987.

Görüşmenin sonucu: Merkezi destek veriyorlar.

Ne yaptılar/ne yapacaklar: Toplantıya çağırıcağız!

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: Av - Der - Cem

Görüşülen kişi: Muammer

Görüşme tarihi: 18. 11. 1987

Görüşmenin sonucu: Demokratik dayanışmaya - her türlü hukuksuzluk durumunda gösteriyoruz. Gösterecegiz. Ancak örgüt olarak olup bir teşkilatlanma yapmadık. Bilgi - istediler bilgi verdik.

Ne yaptılar/ne yapacaklar: Toplantıya gelmeye bilirler.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: FDP

Görüşülen kişi: Heir Hünnicks (V. des Bürgerschaft)

Görüşme tarihi: 27.11.87

Görüşmenin sonucu: Dışişleri Bakanını arayıp bu konuyu görüşeceğini, konum yapacağı etkinliğin etkisinin fazla olabileceğini söyledi. Biti haberdar edecek. Gelişmelerle ilgili bilgi istiyor.

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI GÜSTAV

Görüşülen kurum: DFJ – Altona

Görüşülen kişi: Barbara Hömberg

Görüşme tarihi: 18.11.87

Görüşmenin sonucu: DFJ, Internationales Frauenbündnis adına protesto mektubu yazacaklarını ve kendisinin Bonn Büyükelçiliğini arayacağını söyledi

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Ekler

Görüşülen kurum: SPD - Landesbüro

Görüşülen kişi: Landesvorsitzender

Görüşme tarihi: 19.11.87

Görüşmenin sonucu:

Bu konuda açıklama yapacak.

Ne yaptılar/ne yapacaklar: Açıklama protesto yapıldı

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Hamburg

Görüşülen kurum: Dr.

Görüşülen kişi: Dr. Ursula Brochs

Görüşme tarihi: Kasım 87

Görüşmenin sonucu: telefaj gönderildi

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

Görüşülen kurum:

Görüşülen kişi: Prof ve Docentler HWP'den
Zehrer, Zachert, Hansen, Schmi, Volkmann

Görüşme tarihi: 19.11.87

Görüşmenin sonucu:

Olayı inanılır ve çağı dışı bulmuşlar.
Bu konuda çevresini bilgilendirecekler

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

Bonn Büyükelçiliğini aradılar.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: SPD - Landtagsorganisation

Görüşülen kişi: Ortwin Runde (Pressereferent Bente)

Görüşme tarihi: 20.11.87

Görüşmenin sonucu: Bezirk Versammlungsitem Jens diye bir mitlet elektronik isim verildi ve kendisi ile telefonda görüştük.

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

Delegasyona katılıp, katılmayacaklarını Çarşamba günü 25.11.87 tarihinde bize bildirecekler, Benim açıklamamı yaptılar.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: Konkar

Görüşülen kişi: Ünver

Görüşme tarihi: 17.11.1987

Görüşmenin sonucu: Konkar olarak, Kıbrıs ve Sanayi ile ilgili dayanışmaya ve bize düşecek görevle hazırız dediler.

Ne yaptılar/ne yapacaklar: İmza kampanyasına katılacaklar. Protesto telgrafı çekecekler.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: Radio Hajenstr.

Görüşülen kişi:

Görüşme tarihi: 17.11.87

Görüşmenin sonucu:

Verecegimiz içerikle yayın yapacaklar.

Ne yaptılar/ne yapacaklar: yayın yapıldı.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

HH

Görüşülen kurum: Bund Deutscher Pfadfinder

Görüşülen kişi: —

Görüşme tarihi: 17.11.87

Görüşmenin sonucu:

Bizi destekliyorlar bu konuda imza kampanyası yapılırsa iyi olur dediler

Ne yaptılar/ne yapacaklar:

Bonn Büyükelçiliğini aramışlar.
aradılar

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Görüşülen kurum: VIA

Görüşülen kişi: —

Görüşme tarihi: 17.11.87

Görüşmenin sonucu:

Bu konuya başkanlarına ileteceklerini söylediler.
kendilerini tekrar bilgilendirmemizi söylediler.

Ne yaptılar/ne yapacaklar: Aylık Bültende geniş yer
verecekler

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Türkiye'de

DEMOKRASİ

ve

T.B.K.P.

Türkiye Birleşik Komünist Partisi

TİP ve TKP Genel Sekreterleri NİHAT SARGIN ve HAYDAR KUTLU'nun TBKP'ni yasal olarak kurmak amacıyla ülkelerine dönüşlerinin üzerinden 5 ayı aşkın bir zaman geçti.

Her iki Genel Sekreter de ülke toprağına ayak basar basmaz gözaltına alındılar.Günlerce ağır işkenceden geçirildiler.Neydi bu insanların suçu ? Gangsterlik mi yapmışlardı yoksa insan mı öldürmüşlerdi ?

Hayır, her iki insan da partilerini birleştirip TBKP'ni kurmak için yurda döndüler.Onlar hapisteyken ülkede genel seçimler yapıldı.Türkiye Birleşik Komünist Partisi'ne, seçimlere katılmak bir yana dursun, kurulma olanağı bile tanınmadı.

Şimdi ise, her iki Genel Sekreter için hazırlanan iddianamede 1000 yıla varan hapis cezaları isteniyor.Yakında mahkemeleri başlayacak.Tüm dünyanin gözü üzerimizde.Ülkemiz bir demokrasi sınavı verecek.

- önümüzdeki günlerde başlayacak olan mahkeme konusunda bilgilendirmek,

Toplantı yeri ve tarihi :

Haus der Vereine, Rückertstr, 7
(eski ESV 1897, Goethestr. Opel Willner'in yanı)

14.05.1988, cumartesi, saat 14^{00}

adresinde bir toplantı yapılacaktır.

Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın Dostları

V.i.S.d.P. D. Scheringer, Am Dürrnhof 7, 8073 Kösching

TÜRKİYE SOSYAL ARAŞTIRMA VAKFI

DIE FRIEDENSLISTE
Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911 / 55 72 84

den 13. Juni 1988

Prozeß gegen Kutlu und Sargin geht am 17. Juni weiter

Es soll ein "Jahrhundertprozeß" werden, bei dem die Herrschenden in Ankara "für alle Zeiten mit dem Kommunismus in der Türkei aufräumen" wollen. Doch die vollmundige Ankündigung des eitlen Generalstaatsanwaltes Nusret Demirel wurde schon am ersten Verhandlungstag im schwer bewachten Staatssicherheistgefängnis in Ankara überraschend durchkreuzt. Die beiden Generalsekretäre Dr. Nihat Sargin (Türkische Sozialistische Arbeiterpartei) und Haydar Kutlu (Türkische Kommunistische Partei), denen man nach freiwilliger Rückkehr in die Heimat jetzt einen Schauprozeß macht, haben sich die Sympathie der türkischen Presse erworben.

Das liegt an der jeder freiheitlichen Ordnung spottenden Behandlung der Journalisten, denenen bewaffnetes Gerichtspersonal jeden Zutritt zum Verhandlungsraum verweigerte, in den lediglich 120 Zuhörer passen. Neben Kutlu und Sargin stehen noch vierzehn weitere Gewerkschafter, Journalisten und Rechtsanwälte in diesem Prozeß vor Gericht, da man sie der aktiven Unterstützung der beiden kommunistischen Angeklagten verdächtigt. Die wie in einen engen Hühnerpferch, der von vier Soldaten streng bewacht wird, eingesperrten Angeklagten haben nur wenig Bewegungsmöglichkeit in dem stickigen Gerichtssaal, an dessen Stirnwand in goldenen Lettern ein Leitspruch von Staatsgründer Mustafa Kemal "Atatürk" prangt: "Gerechtigkeit ist die Grundlage des Eigentums".

In dieser höhnischen Anspielung bewegt sich auch der Jargon der Anklageschrift, die an deutschen Stammtischen entworfen worden sein könnte und jedem juristischen Wahrheitsanspruch ins Gesicht schlägt. In dem 231 Seiten lagen Schriftstück, dessen Verlesung am ersten Verhandlungstag, am 8. Juni, nach der Passage von Seite 99 eingestellt wurde, heißt es beispielsweise: "Prinzip der Kommunisten ist es, jene zu töten, die nicht auf ihrer Seite stehen". Oder: "...Ihre Taktik ist es, dem Volk nach der Revolution das Geld zu rauben". Und dies: "In den Augen der Kommunisten ist jeder begabte, erfindungsreiche und fähige Mensch ein Faschist, der sterben muß...."

Nihat Sargin und Haydar Kutlu können mit dem Tode bestraft werden, wenn das mit einem Militärrichter und zwei Militärstaatsanwälten besetzte Staatssicherheitsgericht unter dem Vorsitz des Zivilrichters Vehbi Benli nach womöglich langwieriger Verhandlung zu dem Schluß kommen sollten, als Gründungspräsidenten der Vereinigten Türkischen Kommunistischen Partei, die bei ihrer Rückkehr legalisiert werden sollte, hätten sie einen "politischen Umsturz" in der Türkei geplant. Das nach wie vor die Geschicke des Staates am Bosporus beherrschende Militär macht sich dabei die aus dem Mussolini-Faschismus entlehnten Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches zu eigen, die jede "kommunistische Propaganda" unter schärfste Strafe stellenund den Führern von kommunistischen Parteien die Hinrichtung androhen.

Die schlichte Lesart bei der Auslegung dieser Gesetze ist, daß "eine soziale Klasse nicht die Herrschaft über eine andere Klasse" ausüben

TÜRKEI SOLIDARITÄT ANTIFASCHISTISCHE WACHE

Freiheit für Haydar Kutlu und Nihat Sargin!

Nihat Sargin und Haydar Kutlu - die zwei Generalsekretäre der Türkischen Kommunistischen Partei und der Türkischen Arbeiterpartei, die vor einigen Monaten in ihre Heimat zurückgekehrt sind um einen Vereinigungs-Parteitag vorzubereiten stehen vor dem Türkischen Gericht.
Sie waren kurz nach Eintreffen auf dem Flugplatz verhaftet worden, wurden brutal gefoltert und Verhört. Nun sollen sie verurteilt werden, dafür, daß sie Demokratie wollen.
Unsere Solidarität gehört ihnen. Aus diesem Grund machen wir ein Solidaritätsfest im Club!!

Solidaritäts-Fest! 12.08.88

LETZTE Meldung-LETZTE Meldung-LET

Ein Vertreter der Soli-Initiative f. Menschenrechte in der Türkei kommt! Auch einer der als Prozessbeobachter dabei war, und uns das neueste exklusiv berichten kann!!!
evtl kommt eine Türkische Folkloregruppe!!!

Wir bemühen uns um türkische Spezialitäten!!!

Uns fehlt nur noch eins:

I H R

Ab: 19³⁰ Uhr

Im: Che Guevara Club
Finkenstr. 11, 85Nbg
6588661

Eintritt: 2.- DM

TÜRKİYE SOSYAL BİLİMLER ARAŞTIRMA VAKFI

V.i.S.d.P.: Jürgen Gechter, Finkenstr.11, 8500 Nürnberg

ZUKUNFTSWERKSTATT

SONNTAG, 17. JULI 1988, 17.00 UHR

ANKARA 1988 — DER «JAHRHUNDERTPROZESS»

Wolfgang Herbert war in Ankara und berichtet über die derzeit laufenden Strafprozesse gegen die Generalsekretäre Haydar Kutlu (TKP) und Nihat Sargin (TIP) sowie weitere vierzehn Angeklagte vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara und die Lage der Menschenrechte in der Türkei

Sermin Özel liest Gedichte des türkischen Dichters Nazim Hikmet (Übersetzungen ins Deutsche)

Cämal Kaya spielt türkische Lieder auf der Saz

Es wird türkischer Tee aus dem Samowar gereicht.

Es laden ein

Jacqueline Wolff- von Knobelsdorff
Claudia Moeser

Eintritt DM 8.--

b.w.

Im Rahmen einer internationalen Delegation von Juristen und Parlamentariern hielt sich Wolfgang Herbert vom 16.06.1988 bis 23.06.1988 als Prozeßbeobachter in Ankara auf. Dort findet zur Zeit vor dem Staatssicherheitsgericht ein Strafverfahren gegen 16 Personen statt, die beschuldigt werden, kommunistische Propaganda betrieben zu haben und Mitglieder der Türkischen Arbeiterpartei oder der Türkischen Kommunistischen Partei zu sein. Hauptangeklagte dieses Prozesses sind Dr. Nihat Sargin und Haydar Kutlu. Dr. Nihat Sargin ist Lungenfacharzt und Generalsekretär der Türkischen Arbeiterpartei. Haydar Kutlu ist Generalsekretär der Türkischen Kommunistischen Partei. Beide wurden bei ihrer Rückkehr aus dem Exil im November 1987 auf dem Flughafen von Ankara von Kräften der Staatssicherheitspolizei verhaftet und von einem Polizeiauto mit verbundenen Augen in das Gebäude des Staatssicherheitsdienstes gebracht. Die Verhaftung erfolgte, obwohl die beiden von einer Gruppe von zweiunddreißig Parlamentariern, Journalisten und Juristen begleitet wurden. Sie wurden im Gebäude des Staatssicherheitsdienstes neunzehn Tage ohne Kontakt zur Außenwelt verhört und gefoltert. Der Prozeß, der internationales Aufsehen bewirkt, wurde am 08. 06. 1988 eröffnet und dauert noch an.

S e r m i n Ö z e l lebt in Nürnberg. Ihre Liebe gilt der türkischen Lyrik und hier vor allem den Gedichten von Nazim Hikmet. Auf mehreren Veranstaltungen in Nürnberg hat sie seine Gedichte rezitiert und aus ihnen vorgelesen.

C ä m a l K a y a lebt ebenfalls in Nürnberg. Er spielt Saz, ein türkisches Saiteninstrument und singt dazu volkstümliche Lieder und Lieder nach türkischen Gedichten.

N a z i m H i k m e t ist einer der bedeutendsten türkischen Dichter des 20. Jahrhunderts. Er wirkte bahnbrechend in der türkischen Lyrik, indem er den "vers libre" einführte. Damit wurde er zum Vorbild vieler junger Lyriker. In seinen Werken griff er immer wieder das Elend der unterdrückten Massen auf. Schon in den 20er Jahren mußte Hikmet die Türkei verlassen und lebte im Exil in Moskau. Wegen des politischen Inhalts seiner in der türkischen Zeitschrift "Aydinlik" veröffentlichen Gedichte wurde er in Abwesenheit verurteilt und nach seiner Rückkehr in die Türkei in Haft genommen. Im Jahre 1938 wurde er erneut verurteilt und wurde erst 1950 aufgrund zahlreicher internationaler Proteste frühzeitig entlassen. Er verließ die Türkei und lebte bis zu seinem Tod in Sofia, Warschau und Moskau, wo er am 03.06.1963 starb.

Um Anmeldung wird gebeten
Zukunftswerkstatt, Wolfgang Herbert, Claudia Maeser,
Am Heisenstein 9, 8704 Uffenheim. Tel.: 09842/2872

Solidarität mit dem türkischen Volk
Freiheit für Nihat Sargin und Haydar Kutlu

Allen Versprechungen zum Trotz ist die türkische Regierung nicht bereit, die vollen demokratischen Rechte und Freiheiten für alle ihre Bürger herzustellen. Dies zeigt sich auch bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 29. November, bei denen die Arbeiterpartei und die Kommunistische Partei der Türkei nicht kandidieren dürfen, weil sie seit Jahren bzw. Jahrzehnten verboten sind. Damit steht die Türkei allein in Europa, andererseits drängt die Türkei in die EWG. Das Folgende zeigt jedoch mit aller Deutlichkeit, daß die Staatsorgane jegliche demokratische Regung mit brutaler Gewalt unterdrücken.

Die international angesehenen und geachteten Demokraten, die Generalsekretäre der türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der Kommunistischen Partei (TKP), Nihat Sargin und Haydar Kutlu, sind in ihr Heimatland zurückgekehrt, um in offener Diskussion für die Legalisierung der verbotenen Parteien einzutreten. Dies ist für den Demokratisierungsprozeß in der Türkei von entscheidender Bedeutung.
Beide wurden bei ihrer Ankunft in Ankara am 16.11.87 noch auf dem Flugfeld verhaftet und ins Sicherheitsgefängnis verschleppt. Sie wurden brutal mit Handschellen und verbundenen Augen abgeführt. Seitdem wird ihnen jeglicher Kontakt, insbesondere mit ihren Anwälten und Ärzten ihres Vertrauens verwehrt. Sie sind vollkommen isoliert. Mitreisende demokratische Persönlichkeiten, Parlamentarier des Europaparlaments und vieler nationaler Parlamente, Juristen und Journalisten versuchten ohne Erfolg die Verhaftungen zu verhindern. Der Delegation wurde jeglicher Kontakt mit den Inhaftierten verweigert, auch nachdem bekannt wurde, daß Haydar Kutlu wegen Herzbeschwerden nach einem Arzt verlangt hat. Wir sind in großer Sorge um die Gesundheit und das Leben der beiden Generalsekretäre. In den türkischen Gefängnissen herrschen unmenschliche Zustände, Gefangene werden erniedrigt, geschlagen und gefoltert.

Haydar Kutlu (l.) und Nihat Sargin werden weiterhin im Polizeipräsidium von Ankara verhört, – ohne daß ihnen Rechtsbeistand gewährt wurde. Arbeiterpartei und KP der Türkei fordern in einer gemeinsamen Erklärung, daß die Rechtsanwälte die Möglichkeit erhalten, mit den Verhafteten zu sprechen.

TÜRKİYE İŞÇİ PARTİSİ/MARKSİST-LENİNİST

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen und hat die Menschenrechtsdeklaration unterzeichnet. Auch die europäische Menschenrechtskonvention und die Schlußakte von Helsinki. Sie ist Mitglied im Europarat.

Artikel 3 der Menschenrechtskonvention lautet: „Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden". Die Türkei verstößt hiergegen und auch gegen das Recht eines Inhaftierten auf unverzügliche Entscheidung eines unabhängigen Gerichtes und Beistand eines Anwaltes (Art. 5 und 6).
Es gibt keinen Grund, die beiden Demokraten, die offen und in friedlicher Absicht in die Türkei gekommen sind um ihre Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Organisationsfreiheit wahrzunehmen, weiter zu inhaftieren.

Unterstützen Sie unsere Forderungen:

- **Sofortige Freilassung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu!**
- **Freiheit für alle Demokraten in der Türkei und ungehinderte Rückkehrmöglichkeit für alle politischen Emigranten!**
- **Aufhebung des Verbots aller demokratischen Parteien, einschließlich der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der Kommunistischen Partei (TKP)!**

Ich unterstütze diesen Aufruf:

.....

(Name) (Adresse) (Beruf/Funktion)

Bitte einsenden an: Solidaritätsinitiative "Freiheit für alle türkischen Demokraten"
c/o Michael Sack, Hauzenbergerstraße 32, 8000 München 21

Schicken Sie Protestbriefe an die Türkische Botschaft in Bonn: Utestraße 47, 5300 Bonn 1 und an das türkische Konsulat in München: Menzingerstraße 3, 8000 München 19

Spendenkonto: Postscheck München 29 53 51 - 801, BLZ 700 100 80, Michael Sack, Kennwort: Türkeisolidarität

Herausgeber: Solidaritätsinitiative „Freiheit für alle türkischen Demokraten"
V.i.S.d.P. : Michael Sack, Hauzenbergerstraße 32, 8 München 21, E.i.S.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI TÜSTAV

SOLIDARITÄTSINITIATIVE "FREIHEIT FÜR ALLE TÜRKISCHEN DEMOKRATEN"

Rechtsanwalt Michael Sack
Barerstr.82 8000 München 40
Telefon: 2 72 22 20

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde!

Als Mitglied der internationalen Begleitdelegation, welche die beiden Generalsekretäre der verbotenen Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der seit über 60 Jahren verbotenen Kommunistischen Partei (TKP) bei ihrer Rückkehr in die Türkei begleiteten, habe ich unmittelbar erlebt, daß die Türkei noch weit entfernt ist von voller Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte. Die beiden türkischen Demokraten, die freiwillig und in friedlicher Absicht in ihre Heimat zurückkehrten, wurden noch auf dem Flugfeld vor unseren Augen und gegen unseren Protest verhaftet und ins Polizeigefängnis gebracht. Dabei wurden ihnen Handschellen angelegt und die Augen verbunden. Dies war am 16. November. Bis heute wurde ihnen jeglicher Kontakt mit Anwälten, Angehörigen und Ärzten ihres Vertrauens untersagt. Dies verstößt gegen die europäische Menschenrechtskonvention, deren Mitunterzeichner die Türkei ist.
Die Delegation, bestehend aus Abgeordneten des europäischen Parlaments, nationaler Parlamente, Juristen und zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten sowie vielen Journalisten, hat während ihres einwöchigen Aufenthalts in Ankara und Istanbul mehrfach versucht, mit offiziellen Stellen Kontakt aufzunehmen. Alle Gespräche, so z.B. mit dem Staatsanwalt beim Staatssicherheitsgericht, mit Staatssekretären des Ministerpräsidenten und des Justiz- und Innenministers konnten unsere Besorgnis über die Behandlung der beiden verhafteten Demokraten, über ihren Gesundheitszustand und über das weitere Vorgehen des Staatsapparates nicht zerstreuen.
Im Gegenteil: Unser Eindruck, daß in der Türkei auch heute noch Menschenrechte mit Füßen getreten werden, daß die freie Meinungsäußerung, die Freiheit sich zu organisieren und politische Parteien zu gründen mit aller Gewalt unterdrückt wird, wurde noch verstärkt. Auch die Parlamentswahlen am 29. November haben keine Bedeutung, wenn nicht **alle** demokratischen Parteien kandidieren können. Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem kommunistische und Arbeiterparteien verboten sind.
Im Gegensatz zur türkischen Presse, zur Berichterstattung in anderen europäischen Ländern, hat die bürgerliche Presse in der Bundesrepublik die Verhaftungen weitgehend totgeschwiegen. Unsere türkischen Freunde haben immer wieder betont, wie wichtig der internationale Protest und die internationale Solidarität ist. Wir haben selbst gespürt, daß die türkische Regierung, die ja Mitglied in der EWG werden will, sehr empfindlich reagiert.

Mittlerweile haben sich in zahlreichen Städten Solidaritätskomitees gebildet, welche die Forderung nach sofortiger Freilassung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu, nach Freiheit für alle türkischen Demokraten und Aufhebung des Parteienverbots unterstützen.
Verschiedene Abgeordnete der SPD und der GRÜNEN haben protestiert und die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Juristen und Ärzte, Künstler und Wissenschaftler unterstützen die Forderung. Auch in München hat sich ein Solidaritätskomitee gegründet und ich möchte Sie bitten, für Ihre Organisation oder auch als Einzelperson mitzuarbeiten. Wichtig ist aber auch die Unterstützung der Forderung durch Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Politiker, Künstler, Juristen, Gewerkschafter, Betriebsräte usw.

Das nächste Treffen ist am **Montag. 7. Dez. 87, 19 Uhr, Goethestr.53, Parterre.**

Am **Samstag, 28. Nov. 87, 10 bis 15 Uhr,** führen wir am **Goetheplatz (Postamt)** einen **Informationsstand** durch.

Wenn Sie unsere Forderungen unterstützen wollen, schicken Sie bitte den beiliegenden Abschnitt zurück.
Im Namen der türkischen Demokraten bedanke ich mich für Ihre Bereitschaft zur Solidarität.

Mit freundlichem Gruß

München, den 25.11.1987

Michael Sack

TÜRKEISOLIDARITÄTSKOMITEE MÜNCHEN

(4)

SOLIDARITÄTSINITIATIVE "FREIHEIT FÜR ALLE TÜRKISCHEN DEMOKRATEN"

Rechtsanwalt Michael Sack
Barerstr.82 8000 München 40
Telefon: 2 72 22 20

München, den 10.Dezember 87

Die letzten Meldungen aus der Türkei:

* Atilla Coskun und Rasim Öz, Rechtsanwälte von Kutlu und Sargin wurden verhaftet
* Weitere 37 Personen wurden verhaftet im Zusammenhang mit der Anklage gegen Kutlu und Sargin
* Haydar Kutlu und Nihat Sargin wurden gefoltert. Sie haben dies gegenüber den Anwälten geschildert.

PROTOKOLL des Treffens am 7.12.87:

1. Aktuelle Berichte aus der Türkei
2. Stand der Aktivitäten unserer Initiative
   a) Aufruf: Jetzt 50 Unterschriften, darunter zahlreiche Bertiebsräte, Personalräte, Gewerkschaftssekretäre
   b) GEW Kreisverband München unterstützt den Aufruf
   c) Infostand wurde am 28.11. durchgeführt. Hauptsächlich Flugblätter verteilt.
3. Weitere Aktivitäten:
   a) Noch ansprechen: Kurden, andere ausländische Organisationen, z.B. Italiener (Nur), Jusos (Manfred), Hahnzog (MIchael)
   b) 10.12. Tag der Menschenrechte. Verteilung von FB in der Fußgängerzone.
** c) Infostand am 12.12. Ist angemeldet: Leopoldstr.35 (Marmorhaus)
** ab 10 Uhr. Bitte zahlreich teilnehmen !
   d) Veranstaltung: Dieses Jahr wohl nicht mehr machbar. Für Mitte Januar ins Auge fassen. Genauere Planung beim nächsten Treffen.

Nächstes Treffen: Montag, 21.12.87, 19 Uhr, Goethestr.53 (Paterre)

Unterschriftenlisten bitte zurückschicken, Wer noch Material braucht, bitte anrufen.

Michael Sack

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Stuttgart, 14.02.88

Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,

beim letzten Treffen hab en wir folgendes besprochen:

- Nach Pressemeldungen soll die Anklageschrift gegen Kutlu und Sargin Ende Februar fertiggestellt sein. Zu erwarten ist, daß der Prozeß schnell beginnt, damit den Rechtsanwälten keine Zeit zum bearbeiten der 2000seitigen Anklageschrift bleibt.
- Die Delegation soll versuchen mit zuständigen Regierungsstellen zu sprechen um ein Gespräch mit den Inhaftierten zu erreichen. Außerdem soll mit der türkischen Menschenrechtskommission gesprochen werden.
- Der Flug müßte also ca. in der 2. März-Woche stattfinden. Die Flugkosten sollen weitgehend über Spenden bezahlt werden.

Ausgehend von Vorgenanntem wird folgendes erledigt bzw. ist bereits erledigt:

1) Es wird ein Brief an die zuständigen Regierungsstellen formuliert um dort Gespräche zu bekommen. Der Brief muß beim nächsten Treffen vorliegen und ggfs. noch geändert werden.
2) Es wird ein Brief an die türk. Menschenrechtskommission geschrieben mit der Bitte um ein Gespräch und einer Pressekonferenz.
3) Wir erkundigen uns nach einem günstigen Flug. Ergebnis:
   Abflug 5.3.88 - Rückflug 11.3.88 - Kosten zwischen DM 749,-- und 769,--
   je nach Fluggesellschaft. Es ist ein normaler Linienflug, der allerdings eine Zwischenlandung hat. Wir sollten dies für den halben Preis allerdings in kauf nehmen.
   Trotz Spenden kann es sein, daß Jede/r noch einen Eigenbeitrag leisten muß.
4) Nächstes Treffen

   24. Februar 1988
   19 Uhr
   Türkisches Arbeiter- und Jugendzentrum
   Wilhelmstr. 26, Stuttgart-Bad Cannstatt

Wir bitten dringend um Teilnahme aller, die bereit sind mitzufliegen um alles im Detail durchzusprechen.

Mit freundschaftlichen Grüßen

Rainer Uhrmann
Arminstr. 36
7000 Stuttgart 1
Tel. 0711/602378

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Rainer Uhrmann Arminstr. 36 7000 Stuttgart 1
Heidi Scharf Dusiburger Str.13,7000 Stuttgart 50
Uwe Bordanowicz Am Wasserfall 5 7140 Ludwigsburg

25. Januar 1988

FREIHEIT FÜR ALLE DEMOKRATEN IN DER TÜRKEI
UND UNGEHINDERTE RÜCKKEHRMÖGLICHKEIT FÜR ALLE
POLITISCHEN EMIGRANTEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freunde!

Die Vorgänge anl. der Rückkehr der Generalsekretäre der türkischen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei am 16.11.1987 können uns nicht gleichgültig lassen. Einzelheiten hierzu könnt Ihr aus den beigelegten Materialien entnehmen.

Wir denken, daß im Großraum Stuttgart eine Initiative gebildet werden sollte, welche die demokratischen Bestrebungen in der Türkei unterstützt und die Freilassung der Inhaftierten fordert.

Zu einer ersten grösseren Besprechung möchten wir Dich herzlich einladen.

Sie findet statt

am Freitag, den 29. Januar 1988, ab 18.00 Uhr,
im Türkischen Zentrum in der Wilhelmstrasse 26,
7000 Stuttgart-Bad Cannstatt

Vorgeschlagene Themen:

- Bericht eines Delegationsteilnehmers aus Ankara
- Diskussion über eine Delegation aus Baden-Württemberg
- Möglichkeiten einer regionalen Initiative

Wir würden uns freuen, wenn Du trotz Deiner zeitlichen Belastung an der Besprechung teilnehmen könntest.

Mit freundlichen Grüssen!

gez.: Uhrmann
gez.: Scharf
gez.: Bordanowicz

i. A. Bordanowicz

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

10.DEZEMBER
INTERNATIONALER TAG
DER MENSCHENRECHTE

FREIHEIT
FÜR HAYDAR KUTLU
UND NIHAT SARGIN !

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI UND TÜRKISCH-KURDISTAN

Am 16. November 1987 reisten die beiden Generalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Nihat Sargin und der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) Haydar Kutlu in die Türkei zurück. Eine Delegation internationaler Mandatsträger und Journalisten, darunter die Stadträtin der Grünen Sophie Rieger, der Landtagsabgeordnete und Vertreter der Friedensliste in der Fraktion der Grünen Hans-Günter Schramm, der DKP-Stadtrat Herbert Stiefvater und der Ansbacher Journalist Hermann Müller, Mitglied des Präsidiums der VVN-Bund der Antifaschisten, begleitete die beiden. Nihat Sargin und Haydar Kutlu wollten im Auftrag ihrer Parteien in ihrer Heimat für eine legale Gründung der Vereinigten Türkischen Kommunistischen Partei der Türkei wirken,
die aus dem Zusammenschluß der TIP und der TKP hervorgehen wird.

Nihat Sargin und Haydar Kutlu wurden bei ihrer Ankunft in Ankara brutal festgenommen, in Handschellen und mit verbundenen Augen aufs Polizeipräsidium von Ankara verschleppt, wo sie völlig von der Außenwelt abgeschnitten waren. Die Staatsanwaltschaft der Sicherheitsgerichte der Türkei - die weiterhin existieren, obwohl der Ausnahmezustand schon aufgehoben wurde - hat der Polizei und dem Staatssicherheitsorgan zwei Wochen Zeit zum Verhör im Beisein von "Polizeiärzten" gegeben. In dieser Zeit wurden weder die Delegation, die sie begleitet hatte, noch ihre Anwälte zu den Generalsekretären gelassen.

Aufgrund verschiedener Aussagen seitens der Staatsanwaltschaft über den Gesundheitszustand der beiden wurde ihnen sogar die Untersuchung durch Ärzte ihrer Wahl verweigert. Auch die Ärztekammer der Türkei hat sich vergeblich darum bemüht, sie von Mitgliedern ihrer Vereinigung untersuchen zu lassen.

Sie waren zwei Wochen in Isolationshaft, in einer Sonderabteilung in Ankara, die DAL - Staatliches Untersuchungslabor - genannt wird. In den Dokumenten von Amnesty International wird dieser Ort als Folterzentrum bezeichnet, wo sehr viele politische Häftlinge nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 gefoltert worden sind, um ihnen Geständnisse abzupressen.
Schon während der Isolationshaft bezeichnete der zuständige Staatsanwalt Demiral Nihat Sargin und Haydar Kutlu ohne Gerichtsverhandlung als "Schuldige".

Die Regierungserklärung vom 14. November 1987 verbreitete Behauptungen, die nicht einmal in dem gegen die zwei Parteien vom Militärgericht eröffneten Verfahren erwähnt wurden.

Die Verhaftung und Isolationshaft ist nichts anderes als eine grobe Verletzung der internationalen Menschenrechtsnormen, die auch die Türkei anerkannt und unterzeichnet hat.

Nihat Sargin und Haydar Kutlu wurden am 4. Dezember von der Staatsanwaltschaft in Ankara verhört. Beim Verlassen des Gebäudes riefen sie den dort versammelten Menschen zu: "Wir wurden gefoltert!". Offiziell wurde gegen die beiden Generalsekretäre immer noch keine Anklage erhoben.

Sie wollten mit ihrem mutigen Schritt einen Beitrag zur Demokratisierung in der Türkei leisten. Das Vorgehen der türkischen Behörden zeigt der Weltöffentlichkeit, mit welchen Verbotspraktiken und Einschränkungen dieser Prozeß behaftet ist:
Ins türkische Strafgesetzbuch sind Gesetze Mussolinis aus dem faschistischen Italien übernommen worden. Mit deren Hilfe und Auslegung wird jeder Demokrat, die Demokratie selbst unterdrückt. Dies geschieht angeblich, um die Demokratie vor Kommunisten zu schützen. Den Verboten von DISK (progressiver Gewerkschaftsbund), des Friedensvereins der Türkei, aller Organisationen links der Sozialdemokratie und anderer demokratischer Vereine liegen diese Gesetze zugrunde.

Daß diese Gesetze mit der Demokratie nichts gemeinsam haben und die damit verbundene eingeschränkte Demokratie zu nichts anderem führt als zu Instabilität und - wie schon dreimal - zu Militärputschen, beweist die jüngste Geschichte der Türkei. Davon zeugen die Menschenrechtsverletzungen, Zehntausende von politischen Gefangenen, Hinrichtungen in der Türkei und Zehntausende, die im politischen Exil leben müssen.

Die Einreise von Nihat Sargin und Haydar Kutlu in die Türkei, um dort die demokratischen Rechte in der Praxis zu erkämpfen, hat die Frage nach Demokratie und Menschenrechten in diesem Land auf die Tagesordnung des politischen Lebens gesetzt. Bei den Parlamentswahlen am 27. November 1987 erzielte Ministerpräsident Özal mit einem antidemokratischen Wahlgesetzes mit einem Drittel der Stimmen zwei Drittel der Sitze im Parlament. Diese Wahlen haben auch

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

WILLKÜRAKT DES TÜRKISCHEN REGIMES GEGEN DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE!!!

Mit verbundenen Augen wurden sie aus dem Flugzeug gezerrt - die Generalsekretäre der türkischen kommunistischen Partei (TKP) Haydar Kutlu, und der Arbeiterpartei (TIP), Nihat Sargin.

Die beiden Exilpolitiker waren am 16.11.1987 nachmittags in Begleitung einer internationalen Delegation in ihre Heimat zurückgekehrt, um die legale Zulassung der vereinigten KP der Türkei zu beantragen.

Gleich bei der Landung fuhren 2 Busse aufs Rollfeld.

Zivilpolizisten versuchten, die beiden Generalsekretäre mit Gewalt von der Delegation zu trennen. Sie wurden in Handschellen mit verbundenen Augen abgeführt.

Nach ihrer Verhaftung sind sie in eine Sonderabteilung des Polizeipräsidiums eingeliefert worden, die unter der Kurzbezeichnung DAL (staatliches Forschungslabor) in den Berichten von Amnesty International mehrfach als Zentrum für Verhöre unter Folter erwähnt wird.

Nach der juristischen Lage, die ein Überbleibsel der offenen Militärdiktatur ist, sind die beiden demokratischen Politiker für ihre Tätigkeit nach den §§ 141, 142 und 146 von der TODESSTRAFE bedroht!!

In der Folgezeit hatte die internationale Delegation aufregende Auseinandersetzungen mit dem türkischen Staatsapparat auszufechten. Alle blieben auf der harten Linie:
Kein Besuch! Kein Gespräch! Kein Anwalt! Kein Arzt für Kutlu & Sargin!

Sie seien in den Händen der Sicherheitspolizei und würden so lange dort bleiben, wie es notwendig sei. Der Staatsanwalt ließ durchblicken, daß die Möglichkeit & Absicht bestünde, sie bis zu 15 Tagen bei der SiPo zu belassen und erst dann der gewöhnlichen Polizei zu überführen. Nach derzeit in der Türkei geltendem "Recht" können Anwälte erst dann mit ihren Mandanten sprechen, wenn ein Verfahren eröffnet worden ist. Das kann sich über Wochen und Monate hinziehen!

Staatspräsident Evren erklärte im Fernsehen, die beiden Generalsekretäre seien "Volksverräter, politische Verbrecher", schon im vorneherein ohne Gerichtsverfahren schuldig gesprochen, weil sie eben Kommunisten sind!!!

Am Mittwoch hat Haydar Kutlu einen Herzanfall im Polizeipräsidium erlitten. Die Generalstaatsanwaltschaft verweigert genaue Auskünfte über Kutlu`s Gesundheitszustand. Ebenso verweigert wird dem TKP-Gene-ralsekretär ein Arzt seines Vertrauens!

Um die Sicherheit der beiden Verhafteten muß gefürchtet werden!!!

SOLIDARITÄT JETZT!!!

Wir rufen dazu auf, in dieser brisanten Situation Solidarität zu beweisen, das Leben von Sargin & Kutlu zu retten und sich für die Freiheit aller Demokraten der Türkei und die Aufhebung des Verbots der türkischen Kommunistischen Partei einzusetzen!

Kommt alle zur PROTEST-& INFORMATIONSVERANSTALTUNG der VVN

Wann : Donnerstag 3.Dezember 19.oo Uhr

Wo : Frühlingsgarten Ansbach

zu Gast: Hermann Müller, VVN-BdA Vertreter in der internationalen Delegation berichtet über die Ereignisse an Ort & Stelle

Verantwortlich i.S.d.PG: Birgitta Eschenbacher

Am Heimweg 17, 8800 Ansbach

TÜRKİYE SOSYALİST İŞÇİ VAKFI

FREIHEIT FÜR

KUTULU UND SARGIN !!!

LIEBE FREUNDE,

wir sind mit Euch solidarisch und fordern Eure sofortige Freilassung!
Die TBKP muß legal in der Türkei arbeiten können!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !!!

SEVGI ARKADASLAR !

Bizler sizinle beraberiz ve sizlerin derhal serbes birakilmasi ni istiyoruz !
TBKP in Türkiyede legal kurulmasini!Bütün Politik tutuklularin serbes birakilmasini istiyorus!
Selamlar Sevgiler

AVUKA: Essen Şansal
Alila Çoskun
E liyle
KUTULU - SARGIN
St:Necatibey cad.
sevenler sok 2 //a11
lozan Ap. kat.4
Yenisehir
ANKARA / TÜRKEI

FREIHEIT FÜR

KUTULU UND SARGIN !!!

LIEBE FREUNDE,

wir sind mit Euch solidarisch und fordern Eure sofortige Freilassung!
Die TBKP muß legal in der Türkei arbeiten können!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !!!

SEVGI ARKADASLAR !

Bizler sizinle beraberiz ve sizlerin derhal serbes birakilmasi ni istiyoruz !
TBKP in Türkiyede legal kurulmasini!Bütün Politik tutuklularin serbes birakilmasini istiyorus!
Selamlar Sevgiler

AVUKA: Essen Şansal
Alila Çoskun
E liyle
KUTULU - SARGIN
St:Necatibey cad.
sevenler sok 2 //a11
lozan Ap. kat.4
Yenisehir
ANKARA / TÜRKEI

FREIHEIT FÜR

KUTULU UND SARGIN !!!

LIEBE FREUNDE,

wir sind mit Euch solidarisch und fordern Eure sofortige Freilassung!
Die TBKP muß legal in der Türkei arbeiten können!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !!!

SEVGI ARKADASLAR !

Bizler sizinle beraberiz ve sizlerin derhal serbes birakilmasi ni istiyoruz !
TBKP in Türkiyede legal kurulmasini!Bütün Politik tutuklularin serbes birakilmasini istiyorus!
Selamlar Sevgiler

AVUKA: Essen Şansal
Alila Çoskun
E liyle
KUTULU - SARGIN
St:Necatibey cad.
sevenler sok 2 //a11
lozan Ap. kat.4
Yenisehir
ANKARA / TÜRKEI

FREIHEIT FÜR

KUTULU UND SARGIN !!!

LIEBE FREUNDE,

wir sind mit Euch solidarisch und fordern Eure sofortige Freilassung!
Die TBKP muß legal in der Türkei arbeiten können!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !!!

SEVGI ARKADASLAR !

Bizler sizinle beraberiz ve sizlerin derhal serbes birakilmasi ni istiyoruz !
TBKP in Türkiyede legal kurulmasini!Bütün Politik tutuklularin serbes birakilmasini istiyorus!
Selamlar Sevgiler

AVUKA: Essen Şansal
Alila Çoskun
E liyle
KUTULU - SARGIN
St:Necatibey cad.
sevenler sok 2 //a11
lozan Ap. kat.4
Yenisehir
ANKARA / TÜRKEI

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

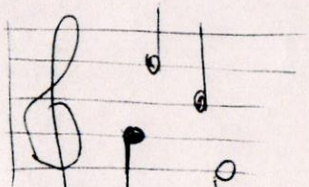
VOGLER
56 Wuppertal
SONNTAGSTR. 25

Wolfgang Fabel
8150 Kreuzstr. 174
Meiendorf

Hugo Reich c/o Jugendbildungsstätte Burg Waldeck
D-8801 Rütach

19/11.87

Auf, auf zum Kampf, zum Kampf,
zum Kampf sind wir geboren!



Es Tag wird kommen, an dem die Henker
dort sitzen werden, wo ihr jetzt seid
Dafür viel Erfolg und Voraussicht.

Ulf Lenz

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Schönes ...

Dorothee Bachmann

Kerstin Werner
Bahrfeldtstr. 15
3200 Hildesheim
BRD

Günther Bartel
Liepmannstr. 16
3000 Hannover 91

Adr.: Christine Pfannenmüller
Gut Wahlberg
D 8801 Aulach

Bei)

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Abs. INGE SORNEBUSCH
GUT WAHRSBERG
D- 8801 AURACH
BRD

Dieter Dirnberger
Gut Wahrsberg
8801 Aurach
BRD

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

11: Denn wer seine Lage erkannt hat,
wie sollte der aufzuhalten sein,
denn die Besiegten von gestern sind die
von morgen und aus gestern wird heute noch.

Mit lieben sozialistischen Grüßen

Demokratie ist Menschenrecht.
Das fürchtet die Volksfeindin
die Demokratie wie die
Pest zum Atmen. Deswegen
keine Diskriminierung und
Kriminalisierung von Sozia-
listen und Kommunisten.

HUGO MOSER, 8550 FORCHHEIM

Abs.:
Jutta Hilsche
Karlstr. 67
7100 Heilbronn

Es lebe der proletarische Internationalismus!
Es lebe die TBKP!
Tod dem Fasdismus
Harald Poppe
Feuer + Flamme dem türkischen Fasdismus

Abs.:
V. Klockenberg
P.B. 904
4930 Detmold
BRD

Absender:
Birgitta Eschenbacher
Am Heimweg 17
D-8800 Ansbach
BRD

Freiheit - Frieden - Sozialismus
hürriyet - barış - sosyalizm

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen: Platz / Namenszeichen			Gesendet: Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe-TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Türkiye Cumhuriyetti dış

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

İşleri bakanliği Informasyon burasu Ankara

Freiheit für Sargin und Kutlu

Freiheit für die türkischen Kommunisten

JKP - Kreis Ansbach, Deutschland

Bitte Rückseite beachten.

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.)	DM Pf	Wörter geändert	Absender: (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer; diese Angaben werden nicht mittelegrafiert) JKP - Ansbach Am Heimweg 17 8800 Ansbach
Wortgebühren	DM Pf	Wörter gestrichen	
Sonstige Gebühren	DM Pf	Wörter hinzugesetzt	
Zusammen	DM Pf	Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen	
Angenommen			

937 207 000-4 1.85 – 87654321 2xA5; Kl.38 rot

TÜRKİYE SOSYAL TARİH

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen: Platz / Namenszeichen			Gesendet: Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

=

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Türkiye Cumhuriyetti dış işleri bakanliği,
Informasyon Burosu/ANKARA TÜRKEI

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

sofortige Freilassung von Kutlu und Sargin!
Elfriede Müller, Oberdachstetten, Deutschland

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf
Wortgebühren ____ DM ____ Pf
Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf
Zusammen ____ DM ____ Pf
Angenommen

Wörter geändert
Wörter gestrichen
Wörter hinzugesetzt
Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegrafiert)

Elfriede Müller
Hauptstr. 1
8802 Oberdachstetten

937 207 000-4 1.85 – 87654321 2xA5, Kl.38 rcm

Verzögerungsvermerke

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen: Platz / Namenszeichen			Gesendet: Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

=

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Türkiye Cumhuriyetti dış işleri bakanliği
Informasyon Burosu ANKARA TÜRKEI

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Freiheit für Kutlu und Sargin und alle türkischen Kommunisten!
Dieter Grauf, Ansbach, Deutschland

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf
Wortgebühren ____ DM ____ Pf
Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf
Zusammen ____ DM ____ Pf
Angenommen

Wörter geändert
Wörter gestrichen
Wörter hinzugesetzt
Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegrafiert)

Dieter Grauf
Pfarrstr. 33
88 Ansbach

937 207 000-4 1.85 – 87654321 2xA5, Kl.38 rcm

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen Platz / Namenszeichen			Gesendet Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

İç işleri bakanliği özel kalem
Ankara TÜRKEI
Kutlu und Sargin sofort freilassen!
Franz Nachtrab, Ansbach,
Deutschland

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf
Wortgebühren ____ DM ____ Pf
Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf
Zusammen ____ DM ____ Pf
Angenommen

____ Wörter geändert
____ Wörter gestrichen
____ Wörter hinzugesetzt
Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)
Franz Nachtrab
Schaitberger Str. 20
8800 Ansbach

937 207 000-4 1.85 – 87654321 2xA5, Kl.38 rcm

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞTIRMA VAKFI

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Verzögerungsvermerke

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen Platz / Namenszeichen			Gesendet Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Cumhuriyet dış işleri başkanliği
Informasyon Burosu, Ankara, Türkei
Freiheit für Kutlu und Sargin

Fam. Olschewski, Rothenburg, Deutschland

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf
Wortgebühren ____ DM ____ Pf
Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf
Zusammen ____ DM ____ Pf
Angenommen

____ Wörter geändert
____ Wörter gestrichen
____ Wörter hinzugesetzt
Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)
Gustav Olschewski
Adam Hörber Str. 33
8803 Rothenburg o.T.

937 207 000-4 1.85 – 87654321 2xA5, Kl.38 rcm

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen: Platz / Namenszeichen			Gesendet: Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Ç işleri bakanliği özel kalem
ANKARA / TÜRKEI

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

Freiheit für Sargin und Kutlu
und alle türkischen Kommunisten!
Uli Bornebusch, Aurach, Deutschland

Bitte Rückseite beachten.

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf
Wortgebühren ____ DM ____ Pf
Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf
Zusammen ____ DM ____ Pf
Angenommen

____ Wörter geändert
____ Wörter gestrichen
____ Wörter hinzugesetzt
Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)

Uli Bornebusch
Gut Wahrberg
8801 Aurach

937 207 000-4 1.85 – 87654321 2xA5, Kl.38 rcm

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Verzögerungsvermerke

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen: Platz / Namenszeichen			Gesendet: Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Baş bakanlik özel kalem
ANKARA TÜRKEI

Bestimmungsort – Bestimmungs-TSt

sofortige Freilassung von Sargin und Kutlu!
Werner Kronberger, Ansbach, Deutschland

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen.
Bitte Rückseite beachten.

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf
Wortgebühren ____ DM ____ Pf
Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf
Zusammen ____ DM ____ Pf
Angenommen

____ Wörter geändert
____ Wörter gestrichen
____ Wörter hinzugesetzt
Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, **diese Angaben werden nicht mittelegrafiert**)

W. Kronberger
Späthstr. 8
88 Ansbach

937 207 000-4 1.85 – 87654321 2xA5, Kl.38 rcm

DEUTSCHE BUNDESPOST

Telegramm

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen: Platz / Namenszeichen			Gesendet: Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Baş bakanlik özel kalem

Bestimmungsort - Bestimmungs-TSt

Ankara / TÜRKEI

Wir fordern die Freilassung von

Kutlu und Sargin

Familie Häßlein, Lehrberg, Deutschland

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf

Wortgebühren ____ DM ____ Pf

Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf

Zusammen ____ DM ____ Pf

Angenommen

____ Wörter geändert

____ Wörter gestrichen

____ Wörter hinzugesetzt

Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegrafiert)

Fam. Häßlein

Am Felsenkeller 4

8802 Lehrberg

937 207 000-4 (1.85 – 87654321 2xA5, Kl.36 rcm

TÜRKİYE SOSYAL TARİH VAKFI

DEUTSCHE BUNDESPOST

Verzögerungsvermerke

Telegramm

Datum / Uhrzeit	Empfangen durch	Leitvermerk	Datum / Uhrzeit
Empfangen: Platz / Namenszeichen			Gesendet: Platz / Namenszeichen

Bezeichnung der Aufgabe -TSt | Wortzahl | Aufgabetag | Uhrzeit | Via/Leitweg

aus

Die stark umrahmten Teile sind vom Absender auszufüllen. Bitte Rückseite beachten.

Gebührenpflichtige Dienstvermerke

= =

Name des Empfängers, Straße, Hausnummer usw.

Basbakanlik özel kalem

Bestimmungsort - Bestimmungs-TSt

ANKARA / TÜRKEI

Ich fordere die sofortige Freilassung

von Kutlu und Sargin

Hans Webersberger, Ansbach, Deutschland

Feste Gebühr (Nur bei Auslandstel.) ____ DM ____ Pf

Wortgebühren ____ DM ____ Pf

Sonstige Gebühren ____ DM ____ Pf

Zusammen ____ DM ____ Pf

Angenommen

____ Wörter geändert

____ Wörter gestrichen

____ Wörter hinzugesetzt

Auf ungenügende Anschrift/ Besonderheiten/ Dienstzeit hingewiesen

Absender (Name und Anschrift, ggf. Ortsnetzkennzahl und Telefonnummer, diese Angaben werden nicht mittelegrafiert)

Hans Webersberger

Am Heimweg 17

8800 Ansbach

Tel. 0981 / 14444

937 207 000-4 (1.85 – 87654321 2xA5, Kl.38 rcm

Nürnberg

İşçiler,İnsanlarımız !

Türkiye Birleşik Komünist Partisi'nin yasal kuruluş çalışmalarını başlatmak üzere ülkemize dönen Türkiye Komünist Partisi Genel Sekreteri HAYDAR KUTLU ve Türkiye İşçi Partisi Genel Sekreteri NİHAT SARGIN,kendilerine eşlik eden Avrupalı parlamenterlerin gözleri önünde,indikleri Ankara Esenboğa havaalanında insanlık dışı bir uygulamayla gözaltına alındılar.
Her fırsatta Türkiye'nin demokratik bir ülke olduğunu iddia eden Evren ve Özal'ın gerçek demokrasiye ne kadar tahammül ettikleri gözler önündedir.
Uzun yıllardan beri yaşadığımız,çalıştığımız F.Almanya'da komünist partisi yasal olarak faaliyet gösteriyor.Ve Türkiye Avrupa'da komünist partisinin yasak altında olduğu tek ülke.Bu en başta bu yasağı koyanların ve uygulayanların bir yüz karasıdır.Ama ülkemizde bir komünist partisinin yasal olarak faaliyet gösterememesinden yurt dışında yaşayan bizler de etkileniyoruz.
Almanların ve diğer yabancı arkadaşlarımızın yüzlerine gururla bakmak varken,neden bu yüzkızartıcı olayı anlatmak zorunda kalalım ?
Herkes neden bize ülkemizde her on yılda bir generallerin başa geldiğini sorsun ?
Niçin cezaevlerimizin onbinlerce politik tutukluyla dolu olduğunu söylemek zorunda kalalım ?
Uygar dünya demokrasinin varlığını komünist partisinin yasal olup olmamasıyla ölçüyor.
Niçin ülkemiz demokrasinin tüm kurumlarıyla işlediği bir ülke olmasın ?
Türkiye insan haklarının eksiksiz uygulandığı,düşünce suçunun olmadığı bir demokrasiye layıktır.Bundan neden korkuluyor ?
Komünistler bugüne değin gizli çalışmak zorunda bırakıldıkları için mi ? Ne Türkiye Komünist Partisi 65 yıldır ne de Türkiye İşçi Partisi 1981'den bu yana gönüllü olarak gizli çalışıyor.Bu yasak onlara dayatılmıştır.Yoksa neden bugün ülkemizde yasal bir komünist partisinin kurulması için mücadele etsinler ?
Evren "Komünistler güdümlüdür.Dışarıdan direktif alıyorlar." diyor.
TKP ve TİP yıllardır ülkemizde gerçek bir demokrasi için mücadele veriyorlar.Bu güdümlülük müdür ? 30 yıldan beri F.Almanya'da çalışan bizlerin "Döviz makinası" olarak görülmesine karşı çıkan,Türkiye'ye gönderdiğimiz paralarla işyerleri açılmasını savunan Koç ve Sabancıların yerine işçi şirketlerine devlet yardımı isteyen komünistlerdir.
Bu güdümlülük müdür ?
Soygun düzeyindeki pasaport harçlarına karşı çıkan,gönül rahatlığıyla kesin dönüş yapabileceğimiz bir Türkiye için yıllarca mücadele veren komünistlerdir.Bunlar dışarıdan alınmış emirler midir ? Bizler de aynı şeyleri istemiyor muyuz ?
Evren ve Özal'ın demokratik olarak göstermeye çalıştığı Türkiye'ye dönen bu iki insanımızın tek bir suçu yok.İddia edilen "Gizli örgüt üyesi" olduklarıdır.Hem komünist partisini yasakla,hem üyelerini "Gizli örgüt üyesi" diye mahkum et,hem de komünistler yasal bir partinin kurulması için başvurunca "Siz gizli çalışıyorsunuz" diye konuş.
Bu akla,mantığa sığmayan bir anlayıştır !
Bu demokrasi ayıbına karşı ülkemizde insanlar ayağa kalkıyor.Bütün partiler komünist partisi üzerindeki yasakları kaldırılmasını savunuyor.Avrupa ülkeleri arasındaki saygınlığımız bu konuda alacağımız tutuma bağlıdır.
Şimdi TKP Genel Sekreteri HAYDAR KUTLU VE TİP Genel Sekreteri NİHAT SARGIN'ın serbest bırakılmaları istemini yükseltmeliyiz !
Saygın ve demokratik bir Türkiye'nin onurlu vatandaşları olarak bu bir görevdir.

Nürnberg ve çevresi Türkiye Komünist Partisi ve Türkiye İşçi Partisi Sempatizanları

V.i.S.d.P. R.Dollinger Kesslerplatz 19 85 Nbg.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Augsburg

Freiheit für alle Demokraten der Türkei

Allen Versprechungen zum Trotz ist die Türkische Regierung nicht bereit die vollen demokratischen Rechte und Freiheiten für alle ihre Bürger herzustellen.

Die folgenden Ereignisse zeigen erneut mit aller Deutlichkeit, daß die Staatsorgane angehalten sind, mit brutaler Gealt jegliche demokratische Regungen zu unterdrücken.

Die türkischen Demokraten, die beiden Generalsekretäre der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Nihat Sargin und Haydar Kutlu waren in ihr Heimatland zurückgekehrt, um für die Legalisierung ihrer Parteien einzutreten. Beide türkischen Arbeiterparteien sind seit Jahren mit einem undemokratischen Verbot belegt.

Sie wurden am 16. November 1987 bei ihrer Ankunft in Ankara verhaftet und verschleppt. Sie wurden brutal mit Handschellen und verbundenen Augen abgeführt. Mitreisende demokratische Persönlichkeiten, Journalisten und Abgeordnete des europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern, stellten sich dem Bus mit den verhafteten türkischen Demokraten in den Weg. Dabei wurden sie brutal behandelt und weggeschleppt.

Wir sind in größter Sorge um das Leben der beiden verhafteten türkischen Demokraten. In den türkischen Gefängnissen herrschen unmenschliche Zustände. Gefangene werden erniedrigt, geschlagen und gefoltert.

Wir fordern die sofortige Freilassung von Nihat Sargin und Haydar Kutlu! Ihr Leben muß gerettet werden!

Wir fordern Freiheit für alle Demokraten in der Türkei!

Wir fordern die Aufhebung des Verbots der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) und der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT) sowie aller anderen demokratischen Parteien!

K.P.d.T. - Sympatisanen AUGSBURG

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

AÇIKLAMA

TKP ve TİP Genel Sekreterlerinin ülkeye dönüş nedenleri üzerine resmi çevrelerce kamuoyunu yanıltıcı yorum ve değerlendirmeler yapılmaktadır.

Herşeyden önce belirtmek gerekir ki illegal çalışma hiç bir zaman komünistlerin kendi tercihleri olmamış, egemen çevrelerin koydukları yasaklar onları bu yola zorlamıştır. Bu nedenle yasal olarak çalışmak her zaman komünistlerin amacı olmuştur.

Bugün TİP ve TKP, çağımızın ve günümüzün koşullarına uygun yeni kimlikli bir parti olarak birleşmeyi ve yeni partinin çalışmasını yasal olarak başlatmayı amaçlıyorlar.

Açıklanan program tasarısında yeni parti, dünya barışının korunmasını toplumsal ilerlemenin ön koşulu saymakta, Türkiye'nin demokratik yenilenmesiyle bu sürecin yolunu açmayı amaçlamaktadır. Bu parti, Türkiye'de kurulacak, bütün kararlarını bağımsız olarak alacak ve uygulayacaktır. Bu parti Türkiye'nin ulusal bağımsızlığını, ulusal egemenliğini güçlendirmek için çalışacaktır. Yeni parti, bugün için kapitalizm koşullarında demokratik bir alternatif amacına yönelmektedir. Sosyalizme devrimci bir süreçle ve demokratik yoldan, demokrasiyi kazanma ve güçlendirme yolundan, halkımızın çoğunluğuna dayanarak geçmeyi amaçlamaktadır. Demokrasi, sosyalizmin de belirgin bir niteliği olacaktır. Bu parti terörizmin her çeşidine karşıdır, ve stratejisi şiddeti sonsuza kadar toplum yaşamından silmeye yöneliktir. Parti içi demokrasiyi azami geliştirmek, yeni parti için güçlenmenin vazgeçilmez koşuludur. Yasal ve kitlesel bir komünist partisi, Türkiye'de demokratik yaşamın güvencesi olacaktır. Ancak bu nitelikte bir parti, ülkemizde demokratik istikrarın sağlanmasına, ülkemizi bir barış etkeni durumuna getirecek yeni bir düşünce tarzının egemen olmasına katkıda bulunabilir.

Buna karşılık, Nihat Sargın ve Haydar Kutlu'nun dönüşleriyle ilgili resmi çevrelerce ileri sürülen bir dizi iddia gerçeği yansıtmamaktadır. Türkiye'nin özel koşulları gereği komünist partisinin yasal kurulamayacağı görüşü, soğuk savaş döneminin günümüzde artık köhnemiş bir dogmasıdır. Bu dogma komünist partisinin dışardan yönetildiği iddiasına dayandırılmaya çalışılıyor. Bu, günümüzde komünist partileri arasında geçerli olan ilişkilerin karakteriyle nesnel olarak çelişen ve iki parti yöneticisinin ülkeye dönüşleriyle balon gibi sönmeye mahkum olan bir iddiadır. Türkiye'nin komünist partisinin yasallaşması için henüz yeterince olgun olmadığı iddiası ise halkımızı hor gören bir anlayışın ürünüdür ve her türlü nesnellikten uzaktır. TİP ve TKP'nin bir terör örgütü olduğu iddiası, hem her iki partinin program ve politik faaliyeti ile hem de bu partilere karşı açılan davaların gerekçeli hükümleriyle yalanlanmaktadır.

İki Genel Sekreterin Türkiye'ye dönmelerinden önce hükümet çevreleriyle bir temasları olmamıştır. Ancak onlar bu çevrelerle görüşmeye hazır olduklarını açıklamışlardır. Bu tutum, komünist partisini yasal olarak kurma girişiminde bulunan politik liderler açısından doğal bir davranıştır. İki politik parti liderinin ülkeye dönüş amaçlarının seçim öncesi karışıklığa yol açmak, ya da bir provokasyon yaratmak olduğu ileri sürülüyor. Yasal olarak parti kurma girişimi ortalığı karıştırmak ya da provokasyon olarak nasıl yorumlanabilir? Böyle bir demokratik girişimin iddia edildiği gibi kimseye meydan okumak anlamına gelmediği de açıktır. Bu girişim yalnızca seçimler öncesinde bütün partilere demokratik çoğulculuk ve politik özgürlükler konusunda tutumlarını kamuoyuna açıklamak ve seçimlerden sonra açıklanan görüşleri doğrultusunda uygulamaya geçmek fırsatını vermektedir.

Uluslararası alanda yükselen dayanışma hareketi Türkiye'nin içişlerine karışma gibi bir anlam taşımamaktadır. Günümüzde her ülkenin demokrasi güçleri, ancak tüm ülkelerde de insan hakları ve demokrasinin gelişmesini savunarak kendi ülkelerindeki demokrasi ve insan haklarını daha fazla güvence altına alabileceklerinden, özgürlüklerin bölünmez olduğundan hareket ediyorlar. Avrupa İnsan Hakları Sözleşmesini, Helsinki Sonuç Belgesini imzalamış ülkeler açısından insan hakları ve özgürlükler sorunu yalnızca o ülkenin iç işleri olmaktan çıkmış bulunuyor. Türkiye'ye gelen yabancı delegasyonların amacının Türkiye'yi küçük düşürmek olduğu ileri sürülüyor. Oysa onların amacı demokratikleşme süreci bakımından Türkiye'ye destek olmaktır. İnsan hakları ve özgürlüklerin gerçekleşme derecesini yerinde saptayıp dünya kamuoyuna duyurmaktır. Herşey hükümetin tutumuna bağlıdır.

Nihat Sargın ve Haydar Kutlu'nun demokrasi girişimi, daha onların Türkiye topraklarına ayak basmalarıyla fikirsel ve ahlaki alanda güçlü bir konum kazanmıştır. Türkiye demokrasi güçleri, komünistlerin görüşlerini paylaşmasalar, hatta onlara karşı da olsalar, atılan bu adımın temel gerekçelerini meşru görmektedirler. Politik olarak başarıya ulaşmak, demokrasinin kesintisiz bir süreç haline gelmesinden yana olan herkesin birlikte davranabilmesine bağlıdır. Politik çoğulculuk, özgürlük ve karşılıklı hoşgörü gibi ortak değerler temelinde, komünist hareketin yasal olarak çalışmasını doğal sayan bir politik kültür bu süreç içinde egemen olacaktır.

Günümüzün acil talebi Nihat Sargın ve Haydar Kutlu'nun derhal serbest bırakılması, ve demokratikleşme sürecine katkıda bulunmaları için özgür politik faaliyetlerinin garanti altına alınmasıdır.

23 Kasım 1987

Türkiye İşçi Partisi
Merkez Komitesi

Türkiye Komünist Partisi
Merkez Komitesi

TÜRKİYE SOSYALİST BİRLİK PARTİSİ VAKFI

V.i.S.d.P.: Michael Führer, Germersheimer Str. 30, 8000 München 90. E.i.S.

Zoo-Shop Nord

Inh. Brigitte Sturm

IHR FACHGESCHÄFT FÜR HEIMTIERBEDARF,
AQUARISTIK UND GARTENTEICH

Ziegelsteinstraße 40 · 8500 Nürnberg 10 · Telefon 09 11/51 21 68

Elektro Manfred Ilgenfritz
Ausführung sämtlicher Elektroarbeiten

BERATUNG - PLANUNG

KUNDENDIENST Telefon 09 11 / 52.86 76

Am Bauernwald 30 · 8500 Nürnberg 10

SERVICE BEIM
Trauerfall

Wir beraten Sie ausführlich und pietätvoll in allen mit dem Trauerfall zusammenhängenden Fragen.
Auf Wunsch stehen wir zur persönlichen Beratung in unseren Geschäftsräumen oder auch in Ihrer Wohnung zur Verfügung.
Auf Ihren Wunsch übernehmen wir die gesamte Abwicklung des Trauerfalles und ersparen Ihnen dadurch viele anfallende Laufereien und Zeitversäumnisse.
Unsere Mitarbeiter sind an Werktagen von 7.30 – 17 Uhr und an Samstagen, Sonn- und Feiertagen von 8 – 13 Uhr in unseren Geschäftsräumen erreichbar.
Unter Tel. 221 77 können Sie uns jederzeit (Tag und Nacht) erreichen.
Die Bestattungsvorsorge Tel. 16-2411, 2. Etage bietet die Möglichkeit der Bestattungsregelung bzw. -festlegung bereits zu Lebzeiten.

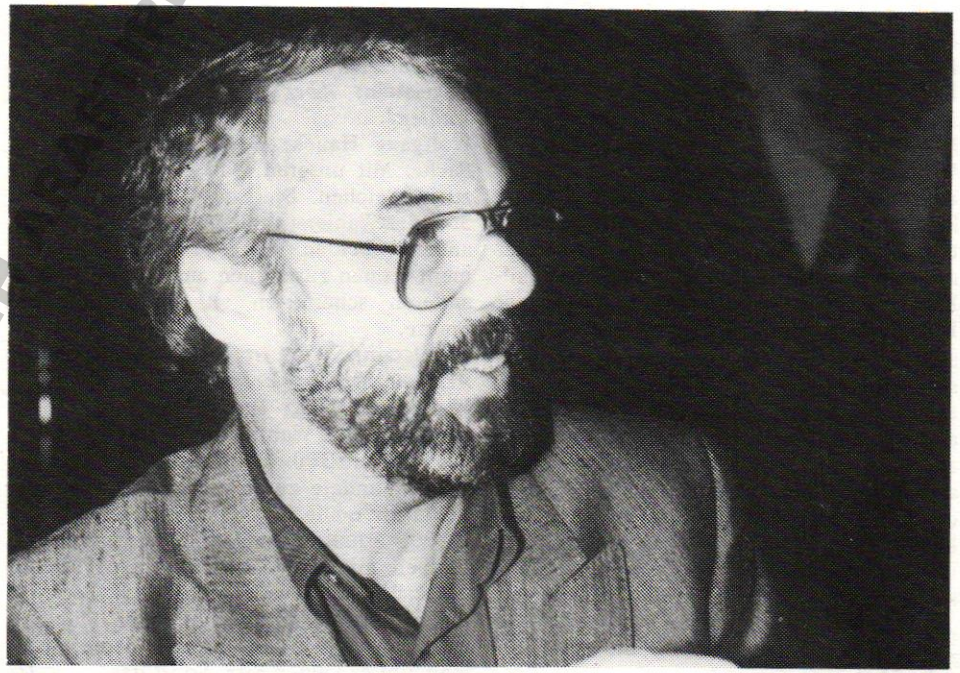
Bestattungsanstalt der Stadt Nürnberg
Gewerbliche Abteilung
Bischof-Meiser-Straße 1 · 2. und 3. Etage (Aufzug) · Telefon 221 77

Unter Tel. 221 77
Tag und Nacht
erreichbar

Das aktuelle Interview

Wolfgang Hauck im Einsatz für Menschenrechte

Ziegelsteiner Stadtrat in der Türkei



Ende letzten Jahres flog der Ziegelsteiner Stadtrat Wolfgang Hauck im Auftrag der Nürnberger SPD in die Türkei, um sich für die Inhaftierten Haydar Kutlu und Nikat Sargun einzusetzen. „der ziegelstein" befragt ihn nach seinem Engagement und seinen Eindrücken.

ziegelstein: *Wolfgang, kannst Du einmal kurz sagen, worum es da ging?*

Wolfgang Hauck: Herr Kutlu und Herr Sargun lebten in der Bundesrepublik im Exil. Sie sind die Generalsekretäre der türkischen Arbeiterpartei und der kommunistischen Partei, die sich zu einer legalen Partei zusammenschlossen, um gemäß dem Versprechen Özals am demokratischen Neuaufbau der Türkei mitzuarbeiten. Ihre Einreise wurde genehmigt. Beim Betreten der Heimat wurden sie sofort verhaftet.

ziegelstein: *Moment, Wolfgang, was heißt bei einer kommunistischen Partei legal? Manchen Leser wird das interessieren!*

Wolfgang Hauck: Beide wollten nicht im Untergrund und offen und frei arbeiten. Sie akzeptieren Verfassung und Gesetz und lehnen den politischen Umsturz ab. Politisch vertreten sie eine Art Eurokom-

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH

munismus wie etwa in Italien. Sie anerkennen demokratische Spielregeln.

ziegelstein: *Wie kam es zu Deiner Aktion?*

Wolfgang Hauck: Sofort nach der Verhaftung verfaßten Renate Schmidt und andere Mandatsträger einen Brief an die türkische Botschaft. Eine Delegation sollte sich vor Ort für die beiden Inhaftierten einsetzen, um wenigstens auf einen rechtsstaatlichen Prozeß hinzuwirken. Und da habe ich mich bereit erklärt, denn ich meine, wenn die Türkei Mitglied in der EG werden möchte, muß sie sich auch an die Menschenrechte halten und die Demokratisierung vorantreiben. Bei mir hatte ich einen Brief der Nürnberger SPD. Der Delegation gehörten Landtagsabgeordnete, ein Arzt und ein Rechtsanwalt an.

ziegelstein: *Was habt Ihr in der Türkei erlebt?*

Wolfgang Hauck: In Istanbul erklärten uns die Anwälte, daß sie nach 15 Tagen noch keinen Kontakt mit den Inhaftierten hatten. Auch der Präsident der Ärztekammer erklärte uns, daß ihm über den Gesundheitszustand keinerlei Kenntnisse vorlägen. In Ankara wollten wir dem Generalstaatsanwalt unter großer Anteilnahme der Presse das Bittgesuch persönlich übergeben. Der lehnt aber unter fadenscheinigen Gründen ab. Der Brief wurde von einer Sekretärin angenommen. Auf einer Pressekonferenz stellten wir den Zusammenhang zwischen einer EG-Mitgliedschaft und Rechtsstaatlichkeit her. Vertreter der Anwaltskammer und einer Menschenrechtsvereinigung versicherten uns, daß es in der Türkei seit 1980 **nachweislich** 50 Foltertode und 24 Selbstmorde politischer Gefangener gegeben hat.

ziegelstein: *Was habt Ihr erreicht?*

Wolfgang Hauck: Auf den ersten Blick wenig. Ich glaube aber, daß es uns gelungen ist, Öffentlichkeit herzustellen. Die Medien nehmen sich der Sache an. Die sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hat sich der beiden angenommen. Mir ging es um alle politischen Gefangenen in der Türkei. Folterknechte haben nichts in der EG verloren.

ziegelstein: *Was befürchtest Du für die beiden?*

Wolfgang Hauck: Schlimmstenfalls die Todesstrafe. Denn ihre Exiltätigkeit kann Ihnen als Untergrundarbeit zur Untergrabung der Demokratie ausgelegt werden, die es dort gar nicht gibt.

ziegelstein: *Aber dort waren doch erst Wahlen!*

Wolfgang Hauck: Das ist eine schlimme Sache. Mit unseren Wahlen sind die nicht zu vergleichen. Die Özal-Partei verfügt mit 36% der Wählerstimmen über 292 Sitze, die anderen beiden mit je 24-26% im Parlament kamen zusammen auf 108 Sitze. Alle anderen scheiterten an einer Art 20% Sperre.

ziegelstein: *Wie ist diese merkwürdige Arithmetik zu erklären?*

Wolfgang Hauck: Das kommt von einem merkwürdigen Wahlrecht. Nehmen wir eine Provinz mit 300.000 Wahlberechtigten, in der 4 Mandate zu vergeben sind. Alle Parteien, die nicht 25% der Stimmen, das sind 75.000 erhalten, bleiben unberücksichtigt. Bleiben mit einer Ausnahme alle Parteien unter diesem Level, so kann z.B. Partei A mit 80.000 Stimmen alle vier Mandate kassieren, für die 220.000 anderen Stimmen gibt es keinen Sitz. So ist das. *JU*

HAUSRAT WINKLER
BESSEMERSTR. 20, Ruf 51 31 92
Das FACHGESCHÄFT mit dem breiten Sortiment!
● Werkzeuge, Eisenwaren
● Garten-Bedarfs-Artikel
● Gartenmöbel
● Haus- und Küchengeräte, Elektrogeräte
● Glas-, Porzellan- u. Geschenk-Artikel

Vollbelegung durch schutzsuchende Frauen hin: „Da gibt es gräßliche Schicksale. Es kommen Frauen, die brutal von ihren Männern zusammengeschlagen wurden. Es ist schon vorgekommen, daß sie aus Angst im Wald übernachteten. Ich möchte mit dazu beitragen, wenigstens die Kinder, die ja völlig unschuldig in solche Situationen hineingeraten, aus dem Kreislauf der Gewalt herauszureißen. Die Gesellschaft hat die Verantwortung gegenüber in Not geratenen Frauen, denn Gewalt ist die extremste Form männlicher Herrschaft über Frauen."

Wie aus Hille Zeck Claudia Schönlein wurde

Kennengelernt hat die damalige Lehrerin Hille Zeck ihren Peter auf einem Lehrerball im Deutschen Hof. Claudia war ihr Faschings-Tarnname: „Ich werde einem wildfremden Mann gleich meinen Namen sagen!" Offensichtlich hat ihr die Bekanntschaft so gut gefallen, daß sie nicht nur den Namen Schönlein annahm, sondern von da an auch Claudia blieb.

Politisch interessiert waren sie beide, aber noch nicht parteipolitisch. An eine politische Karriere war überhaupt nicht zu denken: „Das kam ganz allmählich. Und dem Peter hat es immer mehr Spaß gemacht von Aktivitäten im Ortsverein bis zum Fraktionsvorsitz." Nach neunjähriger Berufstätigkeit widmete sich Frau Schönlein ganz der Familie und dem Haushalt, um ihrem Mann den persönlichen Rückhalt zu geben, den er in seinem streßigen Beruf benötigt. In ihrem Fall hat das sich so ergeben. Sie hätte sich die Rollenverteilung mit ihrem Mann auch anders vorstellen können. Frau Schönlein: „Entscheidend ist, daß die Rollenverteilung nicht gegen den Willen des einen Partners geschieht und daß sich beide in ihrer Rolle wohlfühlen."

Eigene Akzente

Ihre neue Rolle als Frau des Oberbürgermeisters sieht sie nicht im Repräsentieren, sondern als Ansprechpartnerin für Mitbürger. Gerne begleitet sie allerdings ihren Mann zu kulturellen Anlässen. Dabei interessiert sie die Kleinkunst ebenso wie Theater und Oper. Neben der Frauenpolitik liegen ihr vor allem Frieden und Umwelt am Herzen. Das Raketenabkommen freut sie schon gewaltig: „Unsere Regierung kann allerdings nichts dafür. Das ist das Ergebnis großer Veränderungen in der Sowjetunion. Hätte bloß Gorbatschow schon zu Zeiten von Helmut Schmidt das sagen gehabt!"

Wie viele Mütter, hat Claudia Schönlein Tschernobyl schwer geschockt. Traurig stimmt sie nur, wie schnell alles wieder vergessen wird. Wenn es geht, kauft sie auch Biokost, „nicht weil ich mir einbilde, so viel gesünder zu leben, sondern um diese Leute zu unterstützen und zu ermutigen, den richtigen Weg weiterzugehen." Wo es möglich ist, benutzt Frau Bürgermeister Straßen-, S- oder U-Bahn, da diesen Verkehrsmitteln wegen ihrer Umweltfreundlichkeit die Zukunft gehören muß.

Ganz zum Schluß etwas Privates? Die dreieinhalbjährige Birgit fragte neulich, als die Abwesenheit des Vaters mit seinen Amtspflichten entschuldigt wurde: „Und wann wird er wieder Papa?" *Ju*

Rosen-Apotheke
W. D. Erhard
Ziegelsteinstraße 130
Telefon 52 85 60

Föhren-Apotheke
Hermine Erhard
Ziegelsteinstraße 22
Telefon 52 57 07

T.C. ATATÜRK KÜLTÜR DİL VE TARİH YÜKSEK KURUMU ATATÜRK ARAŞTIRMA MERKEZİ

Wir stellen vor

Claudia Schönlein

Nürnbergs neue »First Lady«

Gespannt verfolgen Claudia und Peter Schönlein die ersten Wahlergebnisse

Den Titel einer „First Lady" weist sie weit von sich, Claudia Schönlein, die spätestens seit dem Wahlsieg ihres Mannes voll ins Rampenlicht der Nürnberger Öffentlichkeit geraten ist.

Wer bei ihr im Mögeldorfer Reihenhaus zu Gast ist, versteht, daß sie von der Glitzer- und Glamourwelt nichts hält, wie sie dem Geschmack mancher Polit-Gattin entsprechen mag. Gediegenheit und Solidität, wohin man schaut. Ein bürgerliches Wohnzimmer mit Klavier, ein kleines Biotop im Reihenhaus-Minigarten, das Sohn Martin mit eigenen Händen angelegt hat. Nirgendwo ein Hauch von Extravaganz. Eine freundliche Gastgeberin, offen und herzlich im Gespräch, ohne Allüren, die mit beiden Beinen auf dem Teppich bleibt. Zufriedenheit und Selbstbewußtsein verdankt sie nicht der Stellung ihres Mannes, sondern eigenem Selbstverständnis.

Mitbegründerin des Frauenhauses

Solange es die Zeit noch zuließ, war sie in der Frauenpolitik engagiert. Die ehemalige stellvertretende Vorsitzende der ASF (Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen) gehört zu den sieben Gründungsmitgliedern des Nürnberger Frauenhauses. Gerne denkt sie an die strapaziöse Aufbauphase zurück. Da war das Gerangel mit Behörden. Sozialreferent Kottke war zu überzeugen, der keinen Handlungsbedarf sah. Möbeltransporte mußten organisiert werden. Das Tapezieren nahmen die Frauen selbst in die Hand. Gefragt nach der Notwendigkeit weist Frau Schönlein auf die

Obst und Südfrüchte

frisch vom Erzeuger, aus den Gärten dieser Welt. Frische Landeier, Sauerkraut vom Faß und so manche Kleinigkeit mehr. Auf Bestellung frisches Geflügel – keine Mastzucht! Geschenkkörbe.

M. Ortner, Telefon 529283, Ziegelsteinstraße 152a

Handarbeiten Sie gerne?

BEI MIR ERHALTEN SIE ALLES WAS SIE DAZU BENÖTIGEN

WOLLE,
HANDARBEITSSTOFFE
STICKBILDER,
KURZWAREN

UND JEDERZEIT FACHLICHE BERATUNG, TIPS + TRICKS

Hanne's Handarbeiten

HANNE DIEZINGER – BIERWEG 76 – TELEFON: 52 98 20

Willkommen im Fachgeschäft!

500 blitzende Räder, Radsportmode und Zubehör auf einer Etage

Radsport-Zentrum Nord

im Nürnberger Spezialhaus Fahrzeug Riedel

Äuß. Bayreuther Str. 133–135 · Nürnberg-Nord · Tel. 51 25 20 + 56 57 47 · Sa. bis 13 Uhr, Di.–Fr. 8.30–18 Uhr, Mo. ab 14 Uhr

TÜSTAV SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Sind Sie doch mal ehrlich: Eigentlich ist Ihnen die SPD schon immer ganz sympathisch. Klar, sie hat ihre Fehler. Aber trotzdem, auch Sie haben sicher schon mit dem Gedanken gespielt, selbst aktiv zu werden, Politiker persönlich kennenzulernen, Farbe zu bekennen, Mitglied zu werden.

Nur fehlte Ihnen in diesem Moment gerade das Aufnahmeformular. Dem können wir abhelfen. Auf dieser Seite ist es abgedruckt. Nicht mehr lange zögern, ausfüllen und an Edi Jung, Heimstättenstr. 26, schikken. Wir würden uns über jede/n neue/n Mitstreiter/in freuen, ganz besonders aber über Sie!

Organisationsstatut § 13

(1) Die monatlichen Beiträge sind

Monatsnettoeinkommen in DM						
600 bis 1200	1200 bis 1500	1500 bis 2000	2000 bis 3000	3000 bis 4000	4000 bis 7000	über 7000
5,–	6,– 7,–	8,– 9,– 10,– 11,–	12,– 15,– 20,– 25,– 30,– 35,– 45,–	50,– 60,– 70,– 80,– 100,–	120,– 150,– 200,– 250,–	400,–

Erläuterung: Jedes Mitglied stuft sich im Rahmen der für ihn zutreffenden Gruppe selbst ein. Der jeweils erstgenannte Beitragswert stellt den erwarteten Mindestbeitrag dar.

(2) Für Mitglieder ohne Einnahmen oder mit geringfügigem Einkommen beträgt der monatliche Beitrag 3,– DM.

Beitrittsanmeldung SPD

Zuname / Vorname

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl Wohnort

Geburtsdatum

Füllt Ub aus: SPD-Bezirk ..... Bundestagswahlkreis SPD-UB Landtagswahlkreis SPD-OV

Geschlecht m w (bitte zutreffendes Kästchen ankreuzen)

Ausgeübter Beruf Gewerkschaft

Mitgliedschaft in Vereinen und anderen Organisationen

Beschäftigungsverhältnis (bitte nur ein Kästchen ankreuzen)

Angestellte(r) Beamter/Beamtin Landwirt(in) Schüler(in)/Student(in)
Arbeiter(in)/Facharbeiter(in) Berufssoldat Lehrling Selbständig
Hausfrau Rentner(in)/Pensionär(in)

Füllt PV aus: Zustellpostamt Beitrag

Und ich bestelle Vorwärts, weil er die sozialdemokratische Wochenzeitung ist. Pro Monat DM 8,50 frei Haus. JA/NEIN

(Datum) (Unterschrift des künftigen Mitglieds)

(Bitte in lesbarer Druckschrift ausfüllen)
Einlegen von Kohlepapier ist nicht erforderlich. Rückseite beachten ➡

Einzugsermächtigung

An
(Zahlungsempfänger)

Betr.: Ermächtigung zum Einzug von Forderungen mittels Lastschrift.

Hiermit ermächtige(n) ich/wir *) Sie widerruflich, den satzungsgemäßen Parteibeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres *) Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Monatl. Beitragshöhe .....

Beginn des Einzugs ☐ 1. Jan. ☐ 1. April ☐ 1. Juli ☐ 1. Okt. 19..... (bitte ankreuzen)

Bankleitzahl

Kontonummer

Geldinstitut .....

Kontoinhaber .....

Wenn mein/unser *) Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Datum Unterschrift

*) Nichtzutreffendes bitte streichen

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

wendiger, und die Pläne wurden reduziert. 1920 begann man mit dem Schulhausneubau, am 1.9.1921 konnte das neue Schulhaus mit 8 Klassenzimmern eingeweiht werden.

Was zu befürchten war, trat ein. Das Schulhaus platzte vom ersten Tag an aus allen Nähten. Das Schlößchen und der „Backsteinbau" mußten noch mitbenutzt werden, und außerdem wurde in den zwei Gastwirtschaften „Zur grünen Au" und „Stadt Nürnberg" sowie in zwei Siedlungshäusern (Heroldsberger Weg 60 und 62) aushilfsweise Unterricht gehalten. Schließlich kamen die Oberklassen in der Landwirtschaftsschule in Schafhof unter. Als das Luftgau-Kommando 1935 diese Schule in Beschlag nahm, fuhren die Kinder mit Freifahrtschein ins Schulhaus Bartholomäusstr. 75 und später in weitere Schulhäuser. Der ehemalige Rektor Georg Fischer hat ausgerechnet, daß die Schulkinder von Ziegelstein/Loher Moos in den Jahren zwischen 1660 – der ersten nachweisbaren Schule – und 1981 insgesamt 18 verschiedene Schulhäuser benutzen mußten.

Das Schlößchen diente bis 1930, das „Backsteingebäude" sogar bis 1968 schulischen Zwecken. Da das Schlößchen – freilich ohne das markante Türmchen – erhalten ist, sei hier nur der „Backsteinbau" abgebildet. Dieses Haus wurde 1973 abgerissen und durch ein Wohnhaus ersetzt. Der Schlußstein über der Tür, mit der alten Adresse in Sandstein gemeißelt, hat sich noch erhalten, er liegt seit kurzem in einem Vorgarten der Heimstättenstraße. Das Bild ist eine Rarität, es ist die wahrscheinlich einzige erhaltene Aufnahme des gesamten Gebäudes. Frau Löb sei für die Überlassung herzlich gedankt.

Neue Anstrengungen

Den Krieg überstand das große Schulhaus am Heroldsberger Weg ohne größere Schäden, was wiederum die Besetzung durch amerikanische Soldaten zur Folge hatte. Als es wieder für den Unterricht verwendbar war, erwies es sich erneut als viel zu klein. Daher begann man im März 1952 mit der Errichtung des 1. Erweiterungsbaues, den Oberbürgermeister Otto Bärnreuther 1953 einweihen konnte. Ein zweiter mit Doppelturnhalle folgte 1975. Als die geburtsstarken Jahrgänge in die Schulen drängten, mußte 1970 ein Schulpavillion an der Marienbergstraße 51 für die Kleinsten eingerichtet werden, der – was für eine Erfüllung von Schülerträumen – 1978 abbrannte, vermutlich lag Brandstiftung vor. Heute dient das große Schulhaus nur den ersten fünf Jahrgängen, die älteren Schüler sind gezwungen, nach Buchenbühl zu fahren.

Dr. Knud Willenberg

Modehaus
HANS JUNG
NÜRNBERG · ZIEGELSTEINSTR. 130
Telefon (0911) 52 81 45
Das beliebte Fachgeschäft für gute Wäsche und Kleidung!

Schulen in Ziegelstein:

18 Schulhäuser in 320 Jahren

Zum Foto: Links das alte Schulhaus

Als im Jahre 1920 die ersten Bewohner in die Siedlung Loher Moos einzogen, war die Freude der Kinder über das fehlende Schulhaus groß, aber leider erklärten ihnen die Eltern, daß sie in dem soeben eingemeindeten Vorort Ziegelstein (seit 1.8. 1920 zu Nürnberg) in die „elementaren Kulturtechniken" eingeführt werden sollten. Es gab damals in Ziegelstein das alte Schloß, Am Anger 28, in dem die älteren Kinder unterrichtet wurden, und das sogenannte „Backsteinschulhaus" am Heroldsberger Weg 121, das seit seiner Errichtung 1879 v.a. den Grundschülern diente.

Trotz Neubau weitere Enge

Wie die ältesten Pläne des Architekten J. Schmeißner aus dem Jahre 1919 für die Siedlung Loher Moos zeigen, war von Anfang an ein großes „Bildungszentrum" geplant, das schon damals die Größe der heute bebauten Grundfläche aufweisen und gewissermaßen das Zentrum der Siedlung sein sollte. Dem Arbeiter- und Soldatenrat war eben kurz nach der Kaiserzeit sehr viel an der Bildung der breiten Bevölkerung gelegen. Allerdings machten die Inflation und die akute Wohnungsnot den Hausbau not-

Rund um unseren Stadtteil

Radweg an der Marienbergstraße

Die Radler können aufatmen. Bereits im letzten Jahr wurde entlang der gefährlichen Engstelle zwischen Autokino und Flughafenstr. ein Radweg fertiggestellt. Und in diesem Jahr soll nun der Abschnitt bis zur Erlanger Straße ausgebaut werden.

Geistlicher Rat Röckelein gestorben

In seinem 90. Lebensjahr ist Geistlicher Rat Karl Röckelein verstorben. 56 Jahre lang wirkte er in Ziegelstein. Auch im Ruhestand blieb er seiner Gemeinde treu, war im Bereich von St. Georg unermüdlich im Einsatz.

Öffentlicher Personenverkehr bis Gräfenberg

Zu diesem Thema hatte die SPD Ziegelstein Vertreter aus Ortsvereinen von Maxfeld bis Gräfenberg eingeladen. In einer Diskussion mit den Stadträten Jürgen Fischer und Loni Beyerlein waren sich die über 60 Teilnehmer einig, daß nicht der Bus, wie in einem Gutachten von VAG und DB vorgeschlagen, sondern nur die Schiene ein geeignetes Nahverkehrsmittel für die Zukunft ist. Dafür spricht auch der Erfolg der S-Bahn nach Lauf.

Als Möglichkeiten bieten sich eine Verlängerung der U 2 bis Heroldsberg oder eine Art S-Bahn an. Eile ist geboten, denn das Streckenstillegungsverfahren für die Gräfenberger Bahn läuft bereits. Und das, obwohl sie in wenigen Jahren an die U-Bahn angeschlossen wäre.

Eine Entlastung der Bayreuther Straße aber ist nur durch den Erhalt der Schiene bei einem attraktiven Zeittakt möglich.

TÜRKIYE SOSYAL TARİH ARŞTIRMA VAKFI

Gunda Fuchs erzählt

Erlebnisse einer alten Ziegelsteinerin

Vom Umzug im Kinderwagen und vom Tanz im Klassenzimmer

Berichtet aus 70 Jahren in Ziegelstein: Gunda Fuchs

Vor kurzem feierte Gunda Fuchs ihren 75. Geburtstag. Sie gehört zu den »Ur-Loher Moosern«. Deshalb dürfte es für die Geschichte unseres Stadtteils interessant sein, was sie zu erzählen hat. In einer Folge wollen wir ihre Kindheit und Jugend in Ziegelstein schildern. Wir beginnen mit Umzug und Schule.

Umzug Anno 1920

Die ersten acht Lebensjahre verbrachte Gunda Fuchs, eine geborene Kellermann, in St. Leonhard. 1920 erfolgte für die drei Kellermannskinder der Umzug ins „Loher Moos". Das „Loher Moos" war eine Neubausiedlung, die nach dem Ersten Weltkrieg aus dem Boden gestampft wurde, südlich von Alt-Ziegelstein. Frau Fuchs: „Wir gehörten damals zu Erlangen, hatten eine Landgendarmerie und ein Forstamt." Ihr Vater gehörte als Mitglied des „Arbeiter- und Soldatenrates" zu den Gründungsvätern. An den Umzug erinnert sich Gunda Fuchs noch sehr lebhaft. Da es damals verboten war, mit Kinderwagen die Straßenbahn zu benutzen, mußte die Mutter das

TERMINE

Di. 26.1.88, 19.30 Uhr
TUSPO-Sportgaststätte
AKTIVENSITZUNG

Do. 4.2.88, 19.30 Uhr
Gaststätte „Loher Moos"
JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG
„Das neue Programm der SPD"

Mi. 17.2.88, 19.30 Uhr
Sportgaststätte SC Concordia, Schafhofstr.
POLITISCHER ASCHERMITTWOCH

Di. 8.3.88, 19.30 Uhr
TUSPO-Sportgaststätte
AKTIVENSITZUNG

Sa. 26.3./So. 27.3.
STADTTEILSEMINAR IN LEONROD
Thema: Energiepolitik im kommunalen Bereich. Jede/r ist herzlich eingeladen. Kosten ca. 40 DM. Anmeldung bei Edi Jung, Tel. 52 34 73.

VORANKÜNDIGUNG

Die SPD Ziegelstein plant für alle Interessierte eine

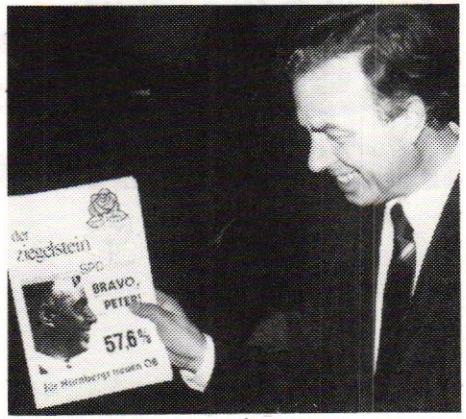
FAHRT NACH KRAKAU

Nürnbergs Partnerstadt in Polen
vom Mo. 30.5. bis Fr. 3.6.88 (Pfingsferien)

Vorläufiges Programm:
30.5. Anreise über CSSR
31.1. Stadtführung; Besuch kultureller und sozialer Einrichtungen
1.6. Besuch des Kombinats Nova Huta
2.6. Gedenkstätte Auschwitz/Birkenau
3.6. Rückreise über CSSR

Voraussichtliche Kosten: ca. 400 DM
Wegen großer Nachfrage bitte frühzeitig anmelden bei Edi Jung, Tel. 52 34 73

„d e r z i e g e l s t e i n" erscheint vierteljährlich und wird im Bereich Nürnberg-Ziegelstein kostenlos verteilt. **Herausgeber:** *SPD Loher Moos/Ziegelstein.* **Redaktion:** *Edmund Jung, Heimstättenstr. 26, Nbg. (V.i.S.d.P.), Johannes Soellner, Barbara Vogel.* **Inserate:** *Georg Beyer, Hermann-Strebel-Str. 19.* **Fotos/Gestaltung:** *J. Soellner.* **Auflage:** *5.700 Stück.* **Satz & Grafik:** *PLÄRRER Verlags GmbH, Singerstr. 26, Nbg.* **Druck:** *Rosa Druck, Innere Koberger Str. 13, Nbg.* **Bankverbindung:** *Stadtsparkasse Nbg., Kto-Nr. 1 367 649.* **Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1a.**



Liebe Leserinnen und Leser!

Den besonders aufmerksamen von Ihnen ist es vielleicht aufgefallen: Dies ist ja schon die Nummer 17, wann gab es denn die 16? Die gab es nur in einem einzigen Exemplar und das besitzt unser neuer Oberbürgermeister.

Unser Redaktionsmitglied Johannes Soellner hat ihm diese zwölfseitige Sondernummer in der Wahlnacht, eine Minute nach Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses überreicht. Und der Clou: auf der Titelseite war dieses Ergebnis bereits abgedruckt. Damit war der „ziegelstein" die erste Zeitung, die Peter Schönleins grandiosen Wahlerfolg meldete.

*

Vielleicht würden Sie diese sagenumwobene Sondernummer gern zu Gesicht bekommen? Da der „ziegelstein" immer dankbar für Spenden ist, werden wir jedem, der uns eine Spende zukommen läßt (ab 5 DM), eine Kopie dieser Ausgabe zustellen. Unser Konto: Stadtsparkasse Nbg., Nr. 1 367 649.

*

Innerhalb von 13 Monaten haben wir jetzt zu vier Wahlgängen um ihre Stimme geworben. Wir sind heilfroh, daß nun zwei Jahre ohne Wahlen anstehen, wir können uns also neuen Themen zuwenden.

In diesem Heft beginnt eine neue Serie. Die alte Ziegelsteinerin Gunda Fuchs erzählt aus sieben Jahrzehnten in unserem Stadtteil.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

Ich bringe Ihnen Sicherheit näher.

Kundendienst in allen Fragen
● Krankenversicherung
● Lebensversicherung ● Sachversicherung
● Bausparen ● Rechtsschutz

Versicherungsbüro
Alfred Fuchs
Karl-Jatho-Weg 3
8500 Nürnberg 10
Telefon (0911) 52 38 16

Vereinte Versicherungen

LUDWIG von BERG

Teppichböden · Tapeten · PVC-Beläge
Gardinen · Orient-Teppiche

Ausmessen und Beratung kostenlos
Verlege- und Gardinenservice

8500 Nürnberg, Sieboldstr. 7, Tel. 0911/52 30 95

Gefährt mit dem kleinen Sohn von St. Leonhard nach Ziegelstein schieben, Gunda tippelte nebenher. Als sie ankamen spielte die jüngere Schwester bereits im Sand. Sie hatte mit dem Vater auf dem Möbelwagen fahren dürfen. Sand und freies Feld, waren die ersten Eindrücke von Frau Fuchs. Denn 1920 waren erst die Ziegelsteinstraße, Stiegelfeld, „Sandgrube", Eichenhain und eine Seite des Heroldsberger Weges bebaut. Klar, daß die Kinder, der Stadtenge entkommen, sich paradiesisch frei fühlten. Für die Erwachsenen hatte das allerdings eine Kehrseite: Die Hauseinrichtung mußte mühsam durch den Sand von der Ziegelsteinstraße zum Eichenhain geschleppt werden. Die Wohnung war für damalige Verhältnisse supermodern. Elektrisches Licht in zwei Zimmern! Frau Fuchs: „Das war für uns eine Sensation, nur auf den Schalter drücken. Und schon war es taghell."

Klassenzimmer im Wirtshaus

Natürlich war die Achtjährige schulpflichtig. Sie besuchte die Simultanschule, eine überkonfessionelle Schule mit gemischten Klassen, in Ziegelstein. Der Unterricht fand in den Sälen der beiden Ziegelsteiner Gaststätten „Grüne Au" und „Stadt Nürnberg" statt. War samstags Tanz, wurden einfach die Schulbänke ausgeräumt. Es kam noch ein Klaßzimmer im „Alten Schlößle" am Anger hinzu. Anfangs waren die Jahrgangsstufen 1 – 3 und 4 – 8 je in einer Klasse zusammengefaßt. Dorfschulatmosphäre! Auf dem Heimweg gab es immer ein „Gestechle" zwischen den Alt-Ziegelsteinern und den Kindern aus dem Loher Moos: „Die ham unds ‚Städter' genannt: Eich Stodter hätte mer net braucht."

Schülerfreuden Anno 1920

Einen eingezäunten Schulhof gab es nicht. So war der Dorfweiher gegenüber der „Au" während des Winters in den Pausen ein besonderer Anziehungspunkt. Der Pausenbetrieb erstreckte sich aber bis zum Bahngleis. Beliebter Aufenthalt war das „Wartehäusle" des Ziegelsteiner Bahnhofs. Die Felder boten weiße und gelbe Rüben zum Plündern. Kein Wunder, daß die Lehrer nicht gerade begeistert waren, wenn sie ihre „Früchtchen" zum Pausenende erst zusammentreiben mußten. Denn Disziplin war alles. Auf Schwätzen und Schwänzen stand der Stock. Frau Fuchs: „Ich selbst war ja davon nicht betroffen, weil meine Eltern sehr hinterher waren, daß ich die Schule ernst nahm." Sie erinnert sich aber, „daß ein Lehrer einmal einem Jungen, weil's Vogelnester ausgraubt ham, so mit Stecken 'naufghaut hat, daß der Hintere aufgschnappt ist." In so harten Fällen wurde allerdings die Elternvereinigung vorstellig. Ein Lehrer verzichtete wegen seiner anthroposophischen Weltanschauung ganz auf die Züchtigung: „Das ham wir Kinder gar net begriffen."

Vogelnester auszurauben, war ein beliebter Jungensport, der allerdings ein jähes Ende fand: „Als der elektrische Strom überhand nahm, war ein Bub am Heroldsberger Weg/Ecke Bierweg auf einen Mast geklettert, um sich wieder einmal an einem Vogelnest zu vergnügen. Dabei kam er mit der Stromleitung in Berührung, stürzte herunter und blieb tot im Kornacker liegen. Das war für uns ein fürchterliches Erlebnis." So kam dieser Sport außer Mode.

Schürze als Vorläufer des Bikins

Bald waren so viele Leute ins Loher Moos gezogen, daß die Klassen getrennt wurden. Dazu stand am Heroldsberger Weg ein Häuserblock zur Verfügung. Vier Schulzimmer waren „Am Bauernwald" untergebracht. Ein großes Fest gab es, als das Acht-Zimmer-Schulhaus am Heroldsberger Weg eingeweiht wurde. Mit Spülklosett!

Turnen fand im Freien statt. Zum Schwimmen ging es, nach Geschlechtern getrennt, ins Naturgartenbad. Vorher mußten aber „Trockenübungen" absolviert werden. Die fanden im Schulhof auf Fußschemeln statt. Badeanzüge waren nicht üblich. Ihre Funktion übernahmen Schürzen. Sie wurden zwischen den Beinen mit einer Sicherheitsnadel zusammengesteckt. Löste sich das Ding, trieb die Schürze aufgebläht an der Wasseroberfläche und gab das Unterteil frei. Peinlich für die Betroffenen, eine große Gaudi für die anderen, allerdings „nach Geschlechtern getrennt". *Ju*

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ VAKFI

Damen- und Herrenbekleidung

Leipold MODEN

8500 NÜRNBERG-ZIEGELSTEIN
Ziegelsteinstraße 161
Telefon 09 11 / 52 24 48

Leipold-Moden

Ihr Bekleidungshaus im Norden der Stadt

hat für „Sie" und „Ihn"
die schönste Mode von bekannten Markenfirmen eingekauft.
Unsere große Auswahl bietet für jeden etwas!

Schauen Sie sich unverbindlich bei uns um. Unser Fachpersonal berät Sie gerne!

Fußgerechte Schuhe
auch für lose Einlagen
bei

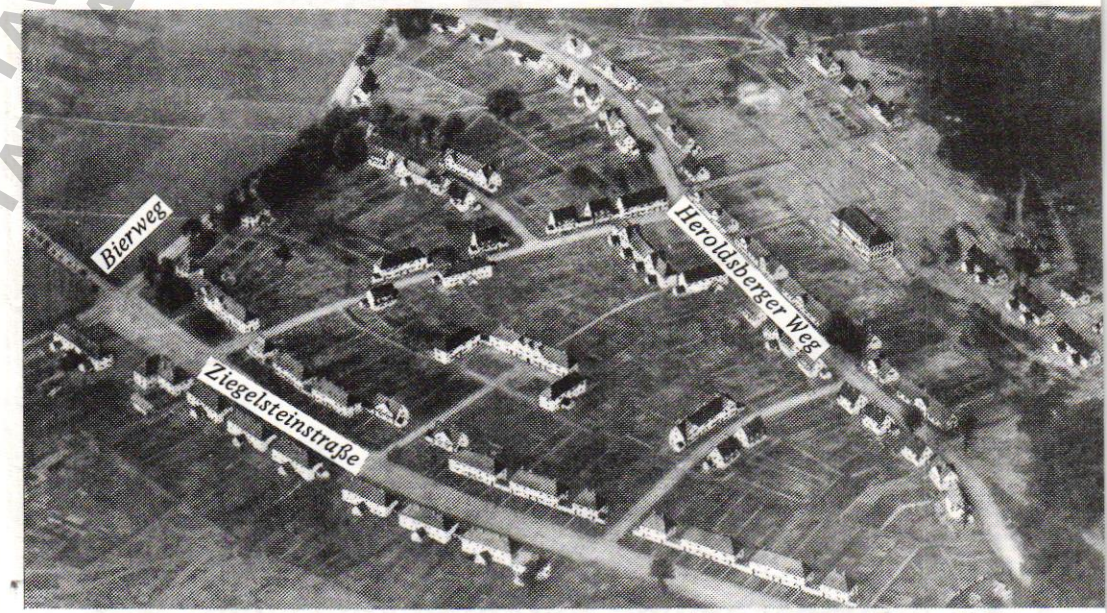
SCHUH Tickelmann

Äußere Laufergasse 4, 8500 Nürnberg

TÜSTAV TÜRKIYE SOSYAL TARIHÇILIĞI VAKFI

der ziegelstein

NUMMER 17 SPD JANUAR 1988



Die Siedlung im Loher Moos, wie sie Gunda Fuchs als Kind erlebte (Luftbild v. 1922)

Eine alte Ziegelsteinerin berichtet

Nürnbergs neue „First Lady"

Nürnberger Nachrichten 4.12.84

Nürnberger Stadtrat Hauck stieß in der Türkei auf viel Widerstand

Hoffnungsschimmer für KP-Führer?

Kutlu und Sargin sitzen seit ihrer Rückkehr aus dem Exil im Polizeigefängnis

NÜRNBERG — Zu denjenigen, die sich um die Menschenrechte in der Türkei sorgen, gehört neben dem Fernseh-Moderator Franz Alt und dem Kieler Oppositionsführer Björn Engholm auch der Nürnberger SPD-Stadtrat Wolfgang Hauck. Gemeinsam mit zwei grünen Landtagsabgeordneten aus Bremen, einem Internisten aus Offenbach und einem Frankfurter Rechtsanwalt reiste er dieser Tage nach Ankara, um sich nach dem Schicksal zweier Politiker zu erkundigen, die vor drei Wochen — unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus dem deutschen Exil — in Polizeihaft genommen worden waren. Seitdem sind sie in ihrer Zelle strengstens von der Außenwelt abgeschirmt. Weder zu den zahlreichen Parlamentariern, die sich für sie eingesetzt haben, noch zu ihren Anwälten durften sie bisher Kontakt aufnehmen.

Haydar Kutlu (43), Generalsekretär der verbotenen „Türkischen Kommunistischen Partei", und Nihat Sargin (61), Vorsitzender der „Türkischen Arbeiterpartei", waren zu einem Zeitpunkt in ihre Heimat zurückgekehrt, die doppelt günstig erschien. Vor den gerade anstehenden nationalen Wahlen hatte die „Mutterlandspartei" von Regierungschef Turgut Özal weitere Demokratisierungsschritte versprochen, und das türkische Begehren, als Vollmitglied in die Europäische Gemeinschaft aufgenommen zu werden, hatte die Hoffnung genährt, daß diese Zusage auch eingehalten wird. Kutlu und Sargin, die vor ihrem Abflug in Berlin zusicherten, sich ohne Abstriche demokratischen Spielregeln zu unterwerfen, wurden trotzdem sofort nach ihrer Landung in einen Bus gezerrt und in eine Haftzelle des Polizeipräsidiums abtransportiert.

„Subversive Aktivitäten"

Welcher Vergehen werden sie bezichtigt? Das türkische Generalkonsulat in Nürnberg wirft ihnen in einer „Pressemitteilung" vor, sie stünden an der Spitze illegal gegründeter Organisationen, die „seit Jahren beschuldigt werden, subversive Aktivitäten vom Ausland aus gegen die Türkische Republik zu richten". In Ankara genössen sie indessen „im vollen Umfang die Rechte, die das türkische Gesetz denen gewährt, die sich in Untersuchungshaft befinden, u. a. das Recht, sich mit ihren Anwälten zu besprechen".

Nach den Informationen des Türkei-Reisenden Wolfgang Hauck ist ihnen dieses — in einer Demokratie selbstverständliche — Privileg allerdings bisher nicht eingeräumt worden. Dem zuständigen Generalstaatsanwalt Nusret Demiral wurden sie zwar, was ihnen ebenfalls zusteht, inzwischen vorgeführt, jedoch mit Verspätung und ohne Rechtsbeistand. Wer immer sonst zu ihnen vorzudringen versuchte, bekam den eintönigen Spruch zu hören, daß dies nach den Landesgesetzen nicht zulässig sei. Deshalb betrachtet es Wolfgang Hauck schon als einen Hoffnungsschimmer, daß der SPD-Europa-Abgeordnete Ludwig Fellermeier und sein belgischer Kollege Luc Beyer de Ryke die Häftlinge zwei Minuten lang durch eine Glastür beobachten durften und daß den Frauen von Kutlu und Sargin inzwischen gestattet wurde, kurz mit ihren Männern zu sprechen.

Behördliche Ausreden

Haucks Gespräche mit den Präsidenten der Ärzte- und der Anwaltkammer in Ankara brachten ebenfalls nur die trübe Erkenntnis, daß deren Einfluß beschränkt ist — eigene Informationen beispielsweise über den Gesundheitszustand oder die Haftbedingungen der Gefangenen konnten beide nicht liefern. Ebenso scheiterte der Versuch, dem Generalstaatsanwalt ein Protestschreiben der Nürnberger SPD persönlich auszuhändigen. Der Behördenchef verschanzte sich hinter fadenscheinigen Ausreden.

Öffentlichkeit, so bewertet der Nürnberger Stadtrat die Situation, sei auf diese Weise zumindest hergestellt. Premierminister Özal könne es sich wegen seiner europäischen Ambitionen eigentlich nicht leisten, die Affäre unbereinigt zu lassen. Die SPD will jedenfalls am Ball bleiben, den Druck verstärken und schon in Kürze — anläßlich einer Veranstaltung der türkischen Menschenrechtsorganisation — die nächste Delegation nach Ankara schicken. HELMUT PICKEL

Bei einer Verurteilung kann ihm und seinem Zellengenossen die Todesstrafe drohen: Gegen Haydar Kutlu (2. v. r.), den Chef der türkischen KP, ist Haftbefehl erlassen worden.

TÜRKİYE

S o l i d a r i t ä t s i n i t i a t i v e
Menschenrechte und Demokratie in der Türkei

Sophie Rieger, Stadträtin
Herbert Stiefvater, Stadtrat
Rolf Langenberger, Landtagsabgeordneter
Hans-Günther Schramm, Landtagsabgeordnter

p.A.:
Richard Dollinger
Keßlerplatz 19
85oo Nürnberg 2o
Tel. o911/5572 84

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freunde,

wir möchten uns herzlichst für Ihre Unterstützung der Mahnwache vor der Lorenzkirche vom 23.12.87, 1o.oo Uhr bis 24.12.87, 24.oo Uhr bedanken.

Sicherlich wird es nicht allen möglich sein an der Mahnwache anwesend zu sein. Wir möchten Sie jedoch darauf aufmerksam machen, daß am 23.12.1987 um 15.oo Uhr die Presse zu einer Pressekonferenz zur Mahnwache eingeladen wurde. Wenn Sie dabei anwesend sein möchten würden wir uns freuen, ebenso wie wir gerne Stellungnahmen von Ihnen an die Presse weiterleiten.
Darüberhinaus würden wir uns über Solidaritätstelegramme an die Mahnwache, aber auch über andere Formen der Solidarität (eigene Pressemitteilungen, etc.etc.) freuen.

Für Ihre Unterstützung nochmals herzlichsten Dank.

Mit solidarischen Grüßen

Richard Dollinger

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Noch kein Kontakt zu Anwälten

Frankfurter Rundschau

Türkische Oppositionelle Kutlu und Sargin weiter in Haft

Von unserem Redaktionsmitglied Michael Meinert

FRANKFURT A. M., 25. November. Die beiden türkischen Exilpolitiker Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die am 16. November bei der Rückkehr in ihre Heimat schon am Flughafen von Ankara festgenommen wurden, haben bisher noch nicht mit ihren Rechtsanwälten sprechen können. Dies teilte Pfarrer Detlef Lüderwaldt am Mittwoch in Frankfurt mit. Lüderwaldt gehört zu den insgesamt 30 Politikern, Pfarrern, Anwälten und Journalisten aus acht europäischen Ländern, die die beiden Oppositionellen in die Türkei begleitet hatten.

Kutlu, Generalsekretär der verbotenen türkischen kommunistischen Partei, und Sargin, Chef der gleichfalls nicht zugelassenen Arbeiterpartei, waren in die Türkei zurückgekehrt, um ihre Organisationen zusammenzuschließen und in ihrer Heimat legal politisch zu arbeiten. Nach der Verhaftung der beiden Politiker führten die Mitglieder der Begleitgruppe eine Woche lang in Ankara und Istanbul Gespräche mit hohen Repräsentanten aus Politik und Justiz, um die Freilassung zu erreichen. Der oberste Staatsanwalt der Staatssicherheit, Nusret Demiral, äußerte nach Lüderwaldts Worten dabei die Ansicht, daß die Generalsekretäre „schuldig" und „kriminell" seien. Er habe ferner darauf hingewiesen, daß nach türkischem Gesetz den Anwälten in der Ermittlungsphase der Besuch ihrer Mandanten verwehrt werden könne und die Gesetze des Landes Vorrang vor den — gegenteiligen — Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention hätten.

Der türkische Parlamentspräsident Necmettin Karaduman sagte laut Lüderwaldt der Delegation, daß die Zeit für die Zulassung einer kommunistischen Partei noch nicht reif sei. Ebenso wie andere Politiker habe er sich als nicht zuständig für den Fall der beiden Generalsekretäre bezeichnet: Dies sei Angelegenheit der Justiz.

Die Mitgliedschaft in staatsfeindlichen Organisationen kann in der Türkei mit langen Haftstrafen geahndet werden; Führern droht die Todesstrafe. Eine Chance für die Freilassung Kutlus und Sargins sowie anderer politischer Gefangener sieht Lüderwaldt dennoch, wegen des Bemühens der Türkei, Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, könnte die Regierung die „Fortführung demokratischer Entwicklungen zulassen". Die Freilassung der beiden Politiker wird in der Bundesrepublik und anderen Ländern von zahlreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gefordert. Auch das Europaparlament faßte kürzlich einen entsprechenden Beschluß. Ein Anfang der Woche in Frankfurt gegründetes Solidaritätskomitee, dem auch Lüderwaldt angehört, setzt sich für die freie politische Betätigung in die Türkei zurückgekehrter Emigranten ein.

Verhaftung von zwei Oppositionspolitikern

Türkei unter Beschuß

Grünen-Abgeordneter Schramm war Zeuge

NÜRNBERG — Bei der Verhaftung der beiden Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu hat das türkische Militärregime nach den Worten des Nürnberger Landtagsabgeordneten der Grünen, Hans-Günther Schramm, sein „wahres diktatorisches Gesicht gezeigt".

Schramm hatte gemeinsam mit den Nürnberger Stadträten Sophie Rieger (Die Grünen) und Herbert Stiefvater (DKP) zu einer zwölfköpfigen europäischen Parlamentarier-Delegation gehört, die die beiden türkischen Kommunistenführer in ihre Heimat zurückbegleitete. Sargin und Kutlu hatten, wie berichtet, nach jahrelangem Exil die „Vereinigte Türkische Kommunistische Partei" gegründet und wollten diese nun offiziell zu den vorgezogenen Wahlen anmelden. Bei der Ankunft in Ankara wurden sie trotz einer früheren Zusicherung des „freien Geleits" verhaftet.

Nach seiner Rückkehr berichtete Schramm in Nürnberg, die beiden seien vor den Augen der begleitenden Parlamentarier-Delegation und vor laufenden Fernsehkameras in einen Bus mit verhängten Fenstern gebracht worden. Journalisten hätten beobachtet, wie die Politiker mit verbundenen Augen und in Handschellen in die Zentrale der Sicherheitspolizei gebracht wurden. Alle Proteste der anwesenden europäischen Parlamentarier seien vergeblich gewesen. Dies zeige nach Schramms Worten, daß die Türkei „weit entfernt von der Demokratie und damit nicht akzeptabel für die EG" sei.

Gegen die Verhaftung der Oppositionspolitiker haben auch Europarats-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete der SPD protestiert, darunter Renate Schmidt (Nürnberg), die stellvertretende Vorsitzende der Bonner SPD-Fraktion. Die Aktion des Geheimdienstes, so betonte sie, spreche den „vielbeschworenen angeblichen Demokratisierungsversuchen in der Türkei Hohn".

Nürnberger Nachrichten

Linksgerichtete Politiker kehrten zurück

Festnahmen in Ankara

Nürnberger Stadträte hatten sie begleitet

ANKARA — Die Chefs zweier in der Türkei verbotenen Linksparteien sind unmittelbar nach ihrer Ankunft in Ankara festgenommen worden.

Haydar Kutlu, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, und Nihat Sargin, Generalsekretär der Arbeiterpartei, die ihr Land nach dem Militärputsch 1980 verlassen hatten, waren mit dem Flugzeug von München nach Ankara gereist. Sie wurden von Mandatsträgern aus mehreren europäischen Ländern begleitet, darunter den Nürnberger Stadträten Herbert Stiefvater (DKP) und Sophie Rieger (Grüne), dem Landtagsabgeordneten Hans-Günther Schramm (Grüne) sowie dem VVN-Präsidiumsmitglied Hermann Müller.

Der Anwalt der beiden Politiker John Bowder nannte die Festnahme einen Verstoß gegen die europäische Menschenrechtskonvention. Kutlu und Sargin drohen im Fall einer Anklage hohe Gefängnisstrafen.

Am 16. November 1987 kehrte der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Nihat Sargin, und der Generalsekretär der Komm. Partei der Türkei, Haydar Kutlu (Nabi Yağcı) nach jahrelangem Exil freiwillig in ihre Heimat zurück, um ihre Parteien offiziell zu den vorgezogenen Wahlen anzumelden. Diese Absicht war wochenlang in den türk. Zeitungen diskutiert worden und somit der türk. Regierung bekannt. Sie wurden bei ihrer Rückkehr von einer Gruppe europ. Parlamentarier und Journalisten begleitet. Trotzdem wurden beide sofort nach der Ankunft auf dem Flughafen Esenboga bei Ankara festgenommen und wie kriminelle Schwerverbrecher mit verbundenen Augen und Handschellen in einem Bus mit verhängten Fenstern in die Zentrale der Sicherheitspolizei gebracht.

Wir fordern die türkische Regierung auf, für die umgehende Freilassung der beiden türk. Kommunistenführer zu sorgen und unverzüglich anwaltlichen Beistand, sowie ärztliche Fürsorge unabhängiger Mediziner zu ermöglichen. Nur die Rückkehr zu Demokratie und Menschenrechten, verbunden mit einer Amnestie für alle polit. Gefangenen und der Zulassung aller demokr. Parteien zu den vorgezogenen Wahlen, würde diesen überfallartigen Vorgang vergessen machen und die Türkei in die europäischen Demokratien einreihen.

Teilnehmer des 3 Friedensdialogs am 20 - 22. 11. 87 in Mariánské Lázně

Hans-Günther Schramm, BRD, Ineke Dolmans BRD
Roderich Arnold, BRD, Petra Dölle, BRD,
Rainer Zaibek, BRD
Doris Lindner, BRD
Peter Engel, BRD,

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TÚRKIMÉSZŐSZÖVETSÉG TÖRTÉNETI ARASZTIRMÁNYAINK

Am 16. November 1987 kehrte der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Nihat Sargin, und der Generalsekretär der Komm. Partei der Türkei, Haydar Kutlu (Nabi Yağci) nach jahrelangem Exil freiwillig in ihre Heimat zurück, um ihre Parteien offiziell zu den vorgezogenen Wahlen anzumelden. Diese Absicht war wochenlang in den türk. Zeitungen diskutiert worden und somit der türk. Regierung bekannt. Sie wurden bei ihrer Rückkehr von einer Gruppe europ. Parlamentarier und Journalisten begleitet. Trotzdem wurden beide sofort nach der Ankunft auf dem Flughafen Esenboga bei Ankara festgenommen und wie kriminelle Schwerverbrecher mit verbundenen Augen und Handschellen in einem Bus mit verhängten Fenstern in die Zentrale der Sicherheitspolizei gebracht.

Wir fordern die türkische Regierung auf, für die umgehende Freilassung der beiden türk. Kommunistenführer zu sorgen und unverzüglich anwaltlichen Beistand, sowie ärztliche Fürsorge unabhängiger Mediziner zu ermöglichen. Nur die Rückkehr zu Demokratie und Menschenrechten, verbunden mit einer Amnestie für alle polit. Gefangenen und der Zulassung aller demokr. Parteien zu den vorgezogenen Wahlen, würde diesen überfallartigen Vorgang vergessen machen und die Türkei in die europäischen Demokratien einreihen.

Teilnehmer des 3. Friedensdialogs 20.-22.11.87 in Mariánské Lásně

Ing. Zachoval – ING. MARCEL ZACHOVAL, PRAHA

Prof. Gert Sommer, Marburg

Daniel Keller, Hag

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMALARI VAKFI

Prof. Dr. Wolfgang Lotz, Kölnischer Stadtanzeiger

Eckehart Blume, Im Bodden 5, 3500 Kassel

Dr. Hendrik Ballens - Bavariaring 43 8 München / BRD - Brüssel

in Kopenhagen

CSSR

Wolf Rosenthal, Gabriel Seidl str. 2, 28 Bremen

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Ine. Marek Jachowski - Praha

Am 16. November 1987 kehrte der Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei, Nihat Sargin, und der Generalsekretär der Komm. Partei der Türkei, Haydar Kutlu (Nabi Yağcı) nach jahrelangem Exil freiwillig in ihre Heimat zurück, um ihre Parteien offiziell zu den vorgezogenen Wahlen anzumelden. Diese Absicht war wochenlang in den türk. Zeitungen diskutiert worden und somit der türk. Regierung bekannt. Sie wurden bei ihrer Rückkehr von einer Gruppe europ. Parlamentarier und Journalisten begleitet. Trotzdem wurden beide sofort nach der Ankunft auf dem Flughafen Esenboga bei Ankara festgenommen und wie kriminelle Schwerverbrecher mit verbundenen Augen und Handschellen in einem Bus mit verhängten Fenstern in die Zentrale der Sicherheitspolizei gebracht.

Wir fordern die türkische Regierung auf, für die umgehende Freilassung der beiden türk. Kommunistenführer zu sorgen und unverzüglich anwaltlichen Beistand, sowie ärztliche Fürsorge unabhängiger Mediziner zu ermöglichen. Nur die Rückkehr zu Demokratie und Menschenrechten, verbunden mit einer Amnestie für alle polit. Gefangenen und der Zulassung aller demokr. Parteien zu den vorgezogenen Wahlen, würde diesen überfallartigen Vorgang vergessen machen und die Türkei in die europäischen Demokratien einreihen.

Teilnehmer des 3. Friedensdialogs 20.-22.11.87 in Mariánské Lázně

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TK 28.3.88

Die Heimreise aus dem Exil endete hinter Gittern

Berufsverbote für Millionen: Trotz einiger Anzeichen der Liberalisierung ist die Türkei noch lange keine Demokratie

Von Gerd Höhler (Athen)

Sie kamen, um „die Demokratie in der Türkei auf die Probe zu stellen". Mitte November vergangenen Jahres kehrten die türkischen Kommunisten Nihat Sargin und Haydar Kutlu aus dem Exil in ihre Heimat zurück — in der Erwartung, daß dort inzwischen ein weniger scharfer Wind wehe als nach dem Militärputsch vom September 1980.

Doch die Heimreise endete hinter Gittern. Als sie auf dem Flughafen Ankara-Esenboga von Bord der Lufthansa-Boeing gingen, die sie aus Frankfurt in die türkische Hauptstadt gebracht hatte, wurden Kutlu und Sargin verhaftet. Jetzt ist die über zweihundert Seiten lange Anklageschrift gegen die beiden KP-Führer fertig: Ihnen wird, unter anderem „kommunistische Propaganda", strafbar nach Paragraph 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, und der Verstoß gegen den Artikel 14 der türkischen Verfassung vorgeworfen. Er verbietet „die Herrschaft einer sozialen Klasse über die anderen" und den Versuch, eine solche zu errichten. Werden Kutlu und Sargin in allen ihnen zur Last gelegten Punkten für schuldig befunden, drohen ihnen jeweils sechsundsechzigeinhalb Jahre Haft.

Der demnächst beginnende Prozeß gegen die beiden Kommunisten und vierzehn mitangeklagte Gesinnungsgenossen, unter ihnen zwei ihrer Anwälte, wird die Diskussion über den Zustand der türkischen Demokratie neu entfachen. Zwar rühmt sich die Regierung des konservativen Premierministers Turgut Özal, auf dem Weg zu einer Demokratisierung des Landes beträchtliche Fortschritte gemacht zu haben. In vielen Bereichen trifft dies nach Meinung in- und ausländischer Beobachter auch zu. Insbesondere in den westlichen Ländern ist die früher nachdrückliche Kritik an den Verhältnissen in Anatolien nahezu verstummt.

Eine jener Fragen, die in der Türkei noch vor wenigen Jahren tabuisiert waren, jetzt aber in erstaunlicher Offenheit gestellt werden, betrifft die Haftbedingungen in den anatolischen Gefängnissen. Hier hat die nachhaltige öffentliche Diskussion im Lande selbst letzthin mehr bewirkt als jahrelanger Druck des Auslandes, insbesondere der skandinavischen Staaten. Daß die Haftbedingungen in den türkischen Gefängnissen inzwischen das Prädikat „menschenwürdig" verdienen, kann zwar nicht behauptet werden; auch gibt es nach wie vor glaubhafte Berichte über widerwärtigste Folterpraktiken, wie sie zuletzt die beiden inhaftierten KP-Führer Kutlu und Sargin zu Protokoll gaben. Der Unterschied zu früher besteht jedoch darin, daß diese Menschenrechtsverletzungen nun in der türkischen Öffentlichkeit breit und nachdrücklich diskutiert werden und daß die Regierung Özal in einer großen Zahl von Fällen solche Übergriffe ahndet und wenigstens darum bemüht scheint, die ärgsten Mißstände abzustellen.

Erste Schritte in Richtung auf eine Liberalisierung sind die jetzt verfügte Verlegung von Häftlingen aus Militärgefängnissen in Zivilgefängnisse, die Abschaffung der einheitlichen Anstaltskleidung und Erleichterungen bei den Besuchszeiten. Bezeichnend für den Kurswechsel war, wie die Regierung auf den jüngsten Bericht der Gefangenenhilfsorganisation amnesty international (ai) reagierte, in dem erneut die Folterpraktiken angeprangert werden. Hatte sich Ankara früher solche Berichte als „Einmischung in innere Angelegenheiten der Türkei" verbeten und ai als eine kommunistisch unterwanderte Organisation verunglimpft, so pries nun der türkische UNO-Gesandte Ercüment Yavuzalp die „Objektivität" des jüngsten ai-Berichts und bezeichnete ihn als „hilfreich bei dem Versuch, auf das Problem der Folter aufmerksam zu machen und sie auszumerzen".

Doch die im Ausland vorwiegend auf die Folterproblematik als die handgreiflichste, eklatanteste aller Menschenrechtsverletzungen konzentrierte Diskussion hat dazu geführt, daß eine große Anzahl demokratischer Defizite in der heutigen Türkei relativ unbeachtet blieb. Dazu gehört die Vielzahl von Einschränkungen oder gar Suspendierungen staatsbürgerlicher Rechte, mit denen die Bürger nach wie vor leben müssen.

So erklärte der damalige Innenminister Yildirim Akbulut am 13. April 1987, daß bei einer landesweiten Sicherheitsüberprüfung nahezu 1,7 Millionen Menschen — also jeder 30. Einwohner der Türkei — als „verdächtig" eingestuft worden seien. Einstellungen im öffentlichen Dienst und Tätigkeiten in „sensiblen" Bereichen der Privatwirtschaft bleiben ihnen verwehrt; sie können auch nicht mit der Ausstellung von Reisepässen rechnen, dürfen mithin nicht das Land verlassen. Nach einem Bericht der linksliberalen Tageszeitung Cumhuriyet wird derzeit nahezu 400 000 Türken die Ausstellung eines Reisepasses verweigert, weil sie in der einen oder anderen Weise als „verdächtig" gelten. Rechtsmittel gegen die Verweigerung des Reisedokuments gibt es in der Praxis so gut wie nicht.

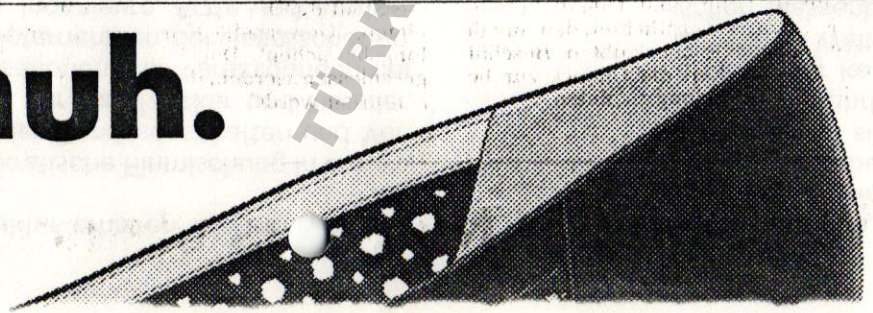
Nicht nur zahllose Berufsverbote haben die türkischen Generale ihrem Land mit auf den Weg gegeben, sondern auch eine von ihnen konzipierte und per Volksabstimmung Ende 1982 von der Nation gebilligte Verfassung. Dieses türkische Grundgesetz verewigte das Demokratieverständnis der Militärs auch für die Zeit nach ihrem Rückzug in die Kasernen. Eklatanteste Einschränkungen sind das in der Verfassung verankerte Verbot „politischer Betätigung" für Vereine, Verbände und Gewerkschaften, das für Beamten, Soldaten und Studenten geltende Verbot, einer politischen Partei beizutreten sowie die Beschränkungen der Informations- und Pressefreiheit und des Streikrechts.

Wohl ahnend, daß ihr „Reformwerk" vielleicht eines Tages in Verruf geraten könnte, fügten die türkischen Militärs vor dem Rückzug in die Kasernen ihrer Verfassung noch schnell den Übergangsartikel 15 an — eine sicherheitshalber vorab erlassene Generalamnestie, die in der Verfassungsgeschichte demokratischer Staaten wohl ohne Beispiel ist. Mit dieser Klausel sanktionierten die Militärs nicht nur alle von ihnen erlassenen Verordnungen und Gesetze als „verfassungsgemäß"; der Übergangsartikel 15 verbietet ausdrücklich auch alle straf- oder zivilrechtlichen Schritte gegen die Mitglieder des aus den führenden Militärs des Landes nach dem Putsch gebildeten und, wie es in der Verfassung heißt, „im Auftrag der türkischen Nation tätigen" Nationalen Sicherheitsrates sowie gegen alle Staatsdiener, die unter dem Regime der Militärs „jedwelche Entscheidungen und Maßnahmen trafen oder ausführten". Auf diesen Verfassungsartikel könnten sich notfalls sogar die Folterknechte der Junta berufen und straffrei ausgehen.

D/R/S

TÜRKİYE SOSYALİST YAYINLARI

fort-Schuh.



GEPRÜFTE QUALITÄT

ımen-Flecht-Trotteur
he in der Bequemweite „G".
und Innenausstattung

nome und demokratische Struktur erhalten, die Universitäten müssen autonom und frei sein.

– Es darf keinerlei antidemokratische Einmischung in die Aktivitäten der Gewerkschaften, der Genossenschaften und Vereinigungen der Organisationen der Handwerker und Händler, der Jugend- und Frauenorganisationen, der Vereinigungen der Intelligenz, der verschiedenen Unternehmen, der Gesellschaften, der Kammern der Architekten, Ingenieure, Ärzte und Apotheker, der Rechtsanwaltskammern und der anderen Berufsverbänden geben. Die Landwirtschafts-, Industrie- und Handelskammern sind zu demokratisieren, und es ist zu gewährleisten, daß der Wille ihrer Mitglieder seinen vollen Ausdruck in der Leitung dieser Organe wieder findet. Diese Organe müssen ohne Einmischung der Verwaltung zu freien und autonomen Organen werden, die einen Einfluß auf die Politik des Staates auf jedem Gebiet und jedem Niveau im Interesse ihrer Mitglieder und des Landes ausüben können.

– Es sind Maßnahmen im Sinne der Werktätigen zur Demokratie am Arbeitsplatz, in den Dörfern und Stadtvierteln zu treffen. Auf örtlicher Ebene sind Strukturen für eine Beteiligung der Öffentlichkeit entsprechend ihres demokratischen Willens herzustellen.

– Die Offiziere und Soldaten müssen wie alle Bürger über ihre Grundrechte und -freiheiten verfügen. Die Befehls- und Kommandostruktur darf kein Hindernis für die freie Meinungsbildung der Angehörigen der Armee zu den Fragen der Lage und der Zukunft des Landes darstellen. Es sind Möglichkeiten für die Beteiligung der Offiziere am politischen Leben auf verschiedenen Ebenen entsprechend ihres freien Willens zu schaffen. Dieses ist für die Annäherung der Armee an das Volk und für die bessere Verwirklichung ihrer Aufgabe der Landesverteidigung erforderlich.

Eine demokratische Verfassung

Für ein demokratisches Regime ist folgendes erforderlich: Die Verfassung von 1982 ist aufzuheben. Das Parlament muß mit der Beteiligung des gesamten Volkes, der demokratischen Parteien und Massenortanisationen eine neue, demokratische Verfassung erarbeiten, und diese ist durch ein unter freien Be-

stischen Partei, die Theorien von Marx, Engels und Lenin auf die Kampfbedingungen unseres Landes sowie auf die nationalen Besonderheiten angewandt zu entwickeln. Auf der anderen Seite hat sie die Aufgabe, die Theorie weiter zu entwickeln und zu gewährleisten, daß die Erfahrungen der sozialistischen Länder, der kommunistischen und Arbeiterparteien, der revolutionären Weltbewegung, der antiimperialistischen demokratischen Massenbewegungen und der Friedensbewegung sowie die Ergebnisse der Natur- und Gesellschaftswissenschaften verallgemeinert werden.

Die kommunistische Partei weist sowohl die Auffassungen zurück, die alle Prinzipien des Marxismus-Leninismus von der gesellschaftlichen Praxis als veraltet und ungültig betrachten, wie auch ein solches Herangehen, welches alle Gedanken von Marx, Engels und Lenin wie eine feste Schablone übernehmen. Die Partei unterstreicht, daß in der Entwicklung der marxistischen Theorie Beständigkeit und Erneuerung miteinander einhergehen und der Marxismus dem durch die gesellschaftliche Praxis geschaffenen Erfahrungsschatz sowie allem Wertvollen im Kulturerbe der Vergangenheit und im Denken der heutigen Menschheit offensteht.

Die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei, die für die Demokratie im Land kämpft, mißt auch der Entwicklung ihrer Struktur auf einer demokratischen Grundlage Bedeutung bei. Die kommunistische Partei betrachtet es als eine unverzichtbare Bedingung für den Erfolg unserer politischen Aufgaben, die innerparteiliche Demokratie auch unter den Bedingungen der Illegalität nicht nur anzuwenden sondern planvoll weiter zuentwickeln. Es ist sowohl das Recht als auch die Aufgabe eines jeden Mitgliedes, einen Beitrag zur Bestimmung der Politik der kommunistischen Partei zu leisten. Nur wenn dies verwirklicht wird, kann das Verständnis von der Gewinnung von Parteigängern nicht nur für die allgemeinen Prinzipien sondern auch für die Politik der Partei auf deren Grundlage realisiert werden.

Mehr denn je bedarf die Partei des kollektiven Geistes. Der Meinungsaustausch von oben nach unten und von unten nach oben sowie der Informationsfluß müssen geregelt funktionieren. Außerhalb der erforderlichen Geheimhaltung ist die Verwirklichung des Prinzips der Offenheit zur Grundlage zu machen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ TÜSTAV

DIE FRIEDENSLISTE
Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911 / 55 72 84

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Friedensfreundinnen und -freunde,

am Montag, 16.11.1987 reisten die beiden Generalsekreätre der Türkischen Partei der Arbeit, Nihat Sargin, und der Kommunistischen Partei der Türkei, Haydar Kurlu in ihre Heimat zurück. Begleitet wurden sie von einer internationalen Delegation europäischer Mandatsträger. Darunter aus Nürnberg: Sophie Rieger, Stadträtin der GRÜNEN, Hans-Günther Schramm, Vertreter der FRIEDENSLISTE, Landtagsabgeordneter der GRÜNEN und Herbert Stiefvater, Stadtrat der DKP und Bezirksvorsitzender. Aus Ansbach mit dabei: Hermann Müller, Mitglied des Präsidiums der VVN/BdA.
Unmittelbar bei ihrer Ankunft wurden die beiden Generalsekretäre verhaftet. Hans-Günther Schramm und Herbert Stiefvater versuchten dies gemeinsam mit gewaltfreiem Widerstand zu verhindern.
Bei einer Verurteilung der beiden kann ihnen das Schlimmste, die Todesstrafe drohen.
Auf der Bundesversammlung der FRIEDENSLISTE, die am Mittwoch, 18.11., stattfand wurde eine Erklärung verabschiedet in der es u.a. heißt: "Das Wirken einer legalen kommunistischen Partei gehört zum Demokratisierungsprozeß. ... Die Türkei braucht Demokratie, ein friedliches Europa braucht eine demokratische Türkei". Wir bitten Sie um Solidarität. Wenden Sie sich an die Türkische Botschaft in der BRD, wenden Sie sich an das Innen- und Außenministerium in der Türkei, wenden Sie sich an Bundespräsident Richard v. Weizsäcker, der erst jüngst in der Türkei mit dem Atatürkpreis ausgezeichnet wurde. Für Veranstaltungen stehen die Augenzeugen Sophie Rieger, Hans-Günther Schramm, Herbert Stiefvater und Hermann Müller gerne zur Verfügung. Auf Wunsch vermitteln wir gerne einen Referenten.

Und ein letzte Bitte: Unsere Solidaritätsbemühungen kosten Geld. Bitte spenden Sie auf das Konto der FRIEDENSLISTE unter dem Kennwort: Demokratie in der Türkei. Herzlichsten Dank.

Richard Juritz

Verhaftung von zwei Oppositionspolitikern

Türkei unter Beschuß

Grünen-Abgeordneter Schramm war Zeuge

NÜRNBERG — Bei der Verhaftung der beiden Oppositionspolitiker Nihat Sargin und Haydar Kutlu hat das türkische Militärregime nach den Worten des Nürnberger Landtagsabgeordneten der Grünen, Hans-Günther Schramm, sein „wahres diktatorisches Gesicht gezeigt".

Schramm hatte gemeinsam mit den Nürnberger Stadträten Sophie Rieger (Die Grünen) und Herbert Stiefvater (DKP) zu einer zwölfköpfigen europäischen Parlamentarier-Delegation gehört, die die beiden türkischen Kommunistenführer in ihre Heimat zurückbegleitete. Sargin und Kutlu hatten, wie berichtet, nach jahrelangem Exil die „Vereinigte Türkische Kommunistische Partei" gegründet und wollten diese nun offiziell zu den vorgezogenen Wahlen anmelden. Bei der Ankunft in Ankara wurden sie trotz einer früheren Zusicherung des „freien Geleits" verhaftet.

Nach seiner Rückkehr berichtete Schramm in Nürnberg, die beiden seien vor den Augen der begleitenden Parlamentarier-Delegation und vor laufenden Fernsehkameras in einen Bus mit verhängten Fenstern gebracht worden. Journalisten hätten beobachtet, wie die Politiker mit verbundenen Augen und in Handschellen in die Zentrale der Sicherheitspolizei gebracht wurden. Alle Proteste der anwesenden europäischen Parlamentarier seien vergeblich gewesen. Dies zeige nach Schramms Worten, daß die Türkei „weit entfernt von der Demokratie und damit nicht akzeptabel für die EG" sei.

Gegen die Verhaftung der Oppositionspolitiker haben auch Europarats-, Bundestags- und Landtagsabgeordnete der SPD protestiert, darunter Renate Schmidt (Nürnberg), die stellvertretende Vorsitzende der Bonner SPD-Fraktion. Die Aktion des Geheimdienstes, so betonte sie, spreche den „vielbeschworenen angeblichen Demokratisierungsversuchen in der Türkei Hohn".

Linksgerichtete Politiker kehrten zurück

Festnahmen in Ankara

Nürnberger Stadträte hatten sie begleitet

ANKARA — Die Chefs zweier in der Türkei verbotenen Linksparteien sind unmittelbar nach ihrer Ankunft in Ankara festgenommen worden.

Haydar Kutlu, Generalsekretär der Kommunistischen Partei, und Nihat Sargin, Generalsekretär der Arbeiterpartei, die ihr Land nach dem Militärputsch 1980 verlassen hatten, waren mit dem Flugzeug von München nach Ankara gereist. Sie wurden von Mandatsträgern aus mehreren europäischen Ländern begleitet, darunter den Nürnberger Stadträten Herbert Stiefvater (DKP) und Sophie Rieger (Grüne), dem Landtagsabgeordneten Hans-Günther Schramm (Grüne) sowie dem VVN-Präsidiumsmitglied Hermann Müller.

Der Anwalt der beiden Politiker John Bowder nannte die Festnahme einen Verstoß gegen die europäische Menschenrechtskonvention. Kutlu und Sargin drohen im Fall einer Anklage hohe Gefängnisstrafen.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARŞİVİ

Initiative für den Schutz der in die Türkei zurückkehrenden politischen Emigranten

An den
Staatspräsidenten
der Republik der Türkei

An den
Präsidenten des Parlaments
der Republik der Türkei

An den
Ministerpräsidenten
der Republik der Türkei

In der Türkei gehören die Forderungen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen nach demokratischen Verhältnissen kurz vor den vorgezogenen Wahlen zu den wichtigsten Punkten auf der politischen Tagesordnung.

Ungeachtet aller Meinungsdifferenzen besteht bei allen, die im Ausland die Entwicklung in der Türkei verfolgen, zu der Verwirklichung demokratischer Verhältnisse eine einheitliche Meinung. Dies manifestierte sich auch in der Rede von Bundespräsidenten Richard von Weizäcker anläßlich der Entgegennahme des Atatürk-Friedenspreises am 14. Oktober in Ankara.

Die Türkei gehört zu den 51 Gründungsmitgliedern der Vereinigten Nationen. Die Türkei hat auch die Menschenrechtsdeklaration der Vereinigten Nationen, die Europäische Menschenrechtskonvention sowie die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet. Zudem ist die Türkei auch ein Mitglied der NATO und ein assoziiertes Mitglied der EG. Die Türkei ist auch im Europarat vertreten und nimmt turnusgemäß den Regeln entsprechend auch den Vorsitz des Europarates wahr.

Dessen ungeachtet werden in der Türkei die Rechte und Freiheiten, die in den Vereinbarungen der internationalen Organisationen, deren Mitglied auch die Türkei ist, festgeschrieben sind von den Regierungen besonders nach dem Militärputsch vom 12. September 198o nicht eingehalten. Dies gilt insbesondere für die Meinungs- und Organisationsfreiheit (Artikel 18, 19 und 2o der Menschenrechtsdeklaration).

Die Türkei ist das einzige Land in Europa, in dem die Legalität der Arbeiter- und kommunistischen Parteien auf legislativer und exekutiver Ebene verhindert wird. Dies muß geändert werden, damit die demokratischen und juristischen Grundsätze, die in allen europäischen Ländern gelten, auch in der Türkei verwirklicht werden.

Unter diesen Bedingungen ist das Vorhaben des Generalsekretärs der Arbeiterpartei der Türkei (APdT) und des Generalsekretärs des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), in die Türkei zurückzukehren, um gemeinsam eine neue Partei zu gründen und die Legalität dieser Partei zu sichern, von großer Bedeutung für den Demokratisierungsprozeß.

Wir als Demokraten fühlen uns verpflichtet, diesen Demokratisierungsprozeß zu unterstützen. Deshalb fordern wir, daß die Rechte und Freiheiten der Generalsekretäre beider Parteien sowie aller politischen Emigranten, die zurückkehren wollen, in der Türkei garantiert werden.

Heinrich Hannover, Rechtsanwalt, Bremen
Lothar Krupp, Professor, Frankfurt a.M.
Klaus Liebe Harkort, Professor, Bremen
Detlev Lüderwald, Pfarrer, Frankfurt
Jannis Sakollariou, SPD MdEP
Renate Schmidt, SPD-MdB
Hans Günther Schramm, Friedenslist MdL Bayern
Ursula Schumm-Garling, Professor, Dortmund
Barbara Wiedemann, Pastorin, Dortmund

Ich unterstütze die Initiative:

Name	Anschrift	Funktion	Unterschrift

TÜRKISCHE KÜNSTLER-KARTEI WAKFI

Solidarität jetzt: Freiheit für Haydar Kutlu und Nihat Sargin!

Bitte ausschneiden und noch heute absenden.

Absender

_____

_____

_____

_____

Bitte mit DM 0,60 freimachen

Ich fordere die sofortige Freilassung des Generalsekretärs der Türkischen Arbeiterpartei (TIP) Nihat Sargin, des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Türkei (KPdT), Haydar Kutlu und aller anderen inhaftierten Demokraten!

An den
Botschafter der
Republik Türkei
Utestr. 47

5300 Bonn 2

.....

Unterschrift

Wichtige Adressen:

Bundespräsident
R. v. Weizsäcker
5300 Bonn

Türkische Republik
Innenministerium

Icisleri Bakanligi
Özel Kalem
Ankara -Türkei-

DEMOKRATİK TÜRKİYE İÇİN ARAŞTIRMA VAKFI

Augenzeugenbericht aus Ankara

Die Solidarität durchbrach die Mauer des Schweigens

Von Hermann Müller, VVN-BdA-Vertreter in der Internationalen Delegation

Ankara. 19. November. Unsere internationale Delegation, die Haydar Kutlu und Nihat Sargin im Flugzeug nach Ankara begleitete, hat drei Tage aufregender Auseinandersetzungen mit dem türkischen Staatsapparat und zahlreiche Begegnungen mit den Medien des Landes hinter sich. Wir wollten durch unser entschiedenes öffentliches Auftreten erreichen, daß die Bevölkerung sieht: Die beiden Politiker sind freiwillig zurückgekommen, um hier für das Wohl des Volkes zu arbeiten. Das ist ein Grundrecht für jeden Bürger.

Zuerst war da die Mauer, wie sie die Rechtspresse und am nächsten Tag Staatspräsident Evren mit seiner Erklärung im Fernsehen errichteten: Was wollen sie hier, fragte er. Die beiden Generalsekretäre seien Volksverräter, politische Verbrecher, schon im vorhinein ohne Gerichtsverhandlung schuldig gesprochen, weil sie eben Kommunisten sind. Auch unsere Delegation, so erklärte er, taktiere mit den Verrätern, niemand solle uns Glauben schenken.

Doch die staatliche Macht hatte die Kraft und Solidarität der Demokraten, vor allem international, falsch eingeschätzt. 25 Presse-, Rundfunk- und Fernsehleute waren auf unserer ersten Pressekonferenz. Die Journalisten aus der Türkei bekamen durch unser Auftreten Mut, neben den regierungsamtlichen Verlautbarungen auch unsere Standpunkte darzustellen. Die Schlagzeilen zeigten immer die Namen Kutlu und Sargin.

Zuerst waren uns alle Türen zu Gesprächen mit Vertretern der Regierung, der Staatsanwaltschaft, des Parlaments verschlossen. Doch wir gaben nicht nach. Empfangen mußte uns sehließlich der Oberstaatsanwalt der Wahlkampf zurückkehrten und eingreifen wollen, sagten wir, ist ihr gutes Recht im Kampf um die Demokratie in der Türkei und um die Legalisierung der Partei.

Es wird behauptet, die Rückkehr zur jetzigen Zeit sei aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen falsch, weil eine legale kommunistische Partei in der Krise die Türken zum Sturz des Systems führen könne. Wir erklärten, daß an der Krise nicht die Kommunisten schuld sind, das gegenwärtig in allen Ländern des Kapitals die Kommunistischen Parteien begründete Vorschläge einbringen, wie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwunden werden können. Sie kämpfen dabei gegen die Abwälzung der Lasten auf die Bevölkerung.

Grundsätzlich aber erklärten wir immer wieder: Die Verhaftung von Kutlu und Sargin ist ein Willkürakt gegen die Demokratie und die Menschenrechte schlechthin. Wir fordern von hier aus: Wir wollen die beiden sprechen! Sie brauchen sofort den Beistand ihrer Anwälte. Sie brauchen einen Arzt ihres Vertrauens. Sie müssen freigelassen werden.

Mit Freude haben wir die Entwicklung der internationalen Solidarität registriert. Die vielen türkischen Freunde der beiden Generalsekretäre hier im Lande haben unser Auftreten mit viel Sympathie verfolgt. Sie warten voll Hoffnung auf weitere Solidaritätsbekundungen und Delegationen aus dem Ausland.

staatlichen Sicherheitsbehörde, der Parlamentspräsident und der persönliche Referent des Ministerpräsidenten. Zwar blieben alle auf der vorgegebenen harten Linie: Kein Besuch, kein Gespräch, kein Rechtsanwalt, kein Arzt für Kutlu und Sargin. Sie seien in Händen des Sicherheitsdienstes und würden solange dort bleiben, wie es notwendig sei. Doch nach jedem unserer Besuche bei den staatlichen Politikern warteten ganze Gruppen von Journalisten auf uns. Wir kamen ins Kreuzfeuer der Blitzlichter und die Fragen wollten kein Ende nehmen.

Hier nun einige offizielle Behauptungen und was wir in den Gesprächen dagegenstellten: Es wird hier behauptet, die beiden Generalsekretäre hätten die Zeit ihrer Rückkehr bewußt so gewählt, daß dies als Einmischung in den bevorstehenden Wahlkampf verstanden werden müsse. Staatspräsident Evren sprach sogar von einer „gezielten Provokation". Wir erklärten, daß die beiden vor allem deshalb zurückkehrten, weil der offizielle Vorwurf in den Medien immer lautete, die Politik der Kommunistischen Partei der Türkei werde vom Ausland betrieben. Daß beide jetzt im

Materialien – für die Friedensarbeit

NEU: M. Gorbatschow: Wie weiter nach der Abschaffung der Mittelstreckenraketen?, Sonderdruck der "Blätter für deutsche und internationale Politik", DM 1,00

Broschüren/Bücher

M. Gorbatschow
Frieden durch Abrüstung
Reden, Interviews, Stellungnahmen
Vorwort: Uta Ranke-Heinemann
(300 S.) DM 9.80
Bartels/Nassauer/Mannhardt u.a.
Militärheimat Hunsrück
Vorwort: Alfred Mechtersheimer
(160 S.) DM 9.80
Patriot
Eine Rakete, die uns teuer zu stehen kommt
(44 S.), DM 3,- (2,-)
Mannhardt
Stützpunkte für den Krieg – oder Orte des Friedens
Regionale und kommunale Friedensarbeit
2. erw. Auflage (76 S.), DM 4,- (3,-)
EUREKA/EVI/SDI Analyse und Kritik
Beiträge: Bartels, Bruckmann, Knorr, Reusch, Scheffran u.a.
(96 S.), DM 5,- (3,-)
Bedrohungsatlas Rheinland-Pfalz
Waffenkammer der NATO
(52 S.), DM 4,-
Militärland BRD
Atomare, chemische und konventionelle Waffen; Notkrankenhäuser, Autobahnlandeplätze etc., DIN-A-O-Karte (vierfarbig) und Broschüre
(52 S.), DM 5,- (3,-)
Uta Ranke-Heinemann
Widerworte; jetzt als Taschenbuch
DM 12,80
Albert Einstein
Die Welt muß neu denken lernen
A-6, 16 S., DM 0,50 (0,20)
Nullnull ... und danach
Chance der Denuklearisierung
A-4, 16 S., (kostenlos)
Uta Ranke-Heinemann
Dokumentation, 30 S.
kostenlos

Preise in Klammern gelten für Mitglieder und Unterstützerkreise. Bestellungen an das Bonner Büro der FRIEDENSLISTE. Lieferung erfolgt gegen Rechnung, zzgl. Versandkostenanteil.

Buttons / Aufkleber

Glimmerbutton (mit Regenbogen)
DM 1,- (0,50)
Button FRIEDENSLISTE (weiß/blau)
DM 1,50 (0,50)
Aufkleber „Abrüsten"
10 cm Durchmesser, DM 1,- (0,50)
Aufkleberserie 1 (Sokrates, Einstein etc.)
1 Bogen (9 Motive) DM 0,50
10 Bögen je DM 0,30
Aufkleberserie 2 (Bogart, Dietrich etc.)
1 Bogen (9 Motive) DM 0,50
10 Bögen je DM 0,30

Faltblätter/Plakate

Plakat „Gorbatschow"
A-1 mehrfarbig, DM 8,-
Volkszählungsboykott (DIN A 4)
Pershing 1 A Flugblatt
4 S., mit Abb.
MBB-Info (Airbus-Skandal)
4 S., mit Abb. (kostenlos)
Wer, was, warum? Info-Faltblatt über die FRIEDENSLISTE (kostenlos)
Kohls Europa Eine satirische Landkarte
(Spende oder kostenlos)
Plakat „Volkszählung"
A-1/halb., 10 Stück, 1,- DM
Solidaritätsposter Erich Fried **„Nicaragua"**
A-1/dreifarbig, DM 7,50 (nur gegen Vorkasse)
Eindruckplakat „Frieden als Programm"
A-1, für Veranstaltungen etc.
DM 0,20 (oder Spende)
Transparente mit FL-Symbol, weiß, 300x80 (können individuell beschriftet werden), DM 20,-
Rundbrief
Informationen, Beiträge, Kommentare (für Mitglieder kostenlos) erscheint 6x im Jahr (ca. 34 S.)
Einzelheft: DM 1,-
Jahresbezug: DM 15,-
Plakat „Null Raketen in Europa!
mehrfarbig, gegen Spende

Einsenden an:
DIE FRIEDENSLISTE

Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911 / 55 72 84

Hiermit bestelle(n) ich/wir

Name: _____

TÜRKİYE SOSYAL TARİHİ ARAŞTIRMA VAKFI
TÜSTAV

AUFRUF ZUR

MAHNWACHE

FREIHEIT FÜR

HAYDAR KUTLU & NIHAT SARGIN

FÜR ALLE DEMOKRATEN DER TÜRKEI

23.12.87, 10.00 UHR bis 24.12.87, 24.00 UHR · LORENZKIRCHE

Am 16. November 2987 kehrten die Gernalsekretäre der Arbeiterpartei der Türkei und der Kommunistischen Partei der Türkei in ihre Heimat zurück.
Obwohl die beiden von einer Delegation internationaler Mandatsträger begleitet wurden, hat man sie unmittelbar auf dem Flughafen in Ankara verhaftet.

Nihat Sargin und Haydar Kutlu wurden zwei Wochen in Untersuchungshaft bei der Polizei festgehalten. Sie wurden gefoltert, rechtlicher und ärztlicher Beistand wurde ihnen verweigert. Zwischenzeitlich wurden beide der Staatsanwaltschaft übergeben, ohne daß Anklage erhoben wurde.

Die Türkei will Mitglied der EG werden, Ministerpräsident Özal bekundet, daß die Türkei auf dem Weg in die Demokratie sei. Wir fragen: Gehören Verhaftung und Folter, die Mißachtung der Menschenrechte zur türkischen Demokratie?

Wir fordern:

Freiheit für Nihat Sargin und Haydar Kutlu.
Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Türkei und in Türkisch-Kurdestan.
Ungehinderte Rückkehr aller politischen Emigranten in ihre Heimat.
Demokratie und Menschenrechte in der Türkei.

Die Mahnwache wird unterstützt u.a.:

Wolfgang Hauck, Stadtrat
GRÜNE, Kreisvorstand Nürnberg
Hiltrud Gödelmann, Stadträtin
SPD-Unterbezirk Nürnberg
Renate Popp, Personalrätin
Dieter Riedel, Musiker für den Frieden
Hans Rupprecht, Pfarrer
Dietmar Fischer, Geschäftsführer Bund für Geistesfreiheit Nürnberg
Hellmut Steuerwald, Vorsitzender BfG
Armin Schorler, DKP-Kreisvorsitzender
DKP-Kreisvorstand Nürnberg
Gabi Penzkofer-Demuth, Sprecherin der FRIEDENSLISTE
FRIEDENSLISTE Nürnberg
Dieter Reindl, Betriebsrat
Sabine Lehmann-Grube, Vorsitzende der DFG/VK Nürnberg
DFU Nürnberg
Ewald Ziegler, Geschäftsführer der DFU

bitte wenden

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Sophie Rieger, Stadträtin
Herbert Stiefvater, Stadtrat
Hans-Günther Schramm, MdL
Rolf Langenberger, MdL
Hans-Joachim Patzelt, Betriebsratsvorsitzender
Harald Weiniger, DGB Kreisvorsitzender
SDAJ-Kreisvorstand Nürnberg
Harald Hauenstein, SDAJ-Landesvorsitzender
Petra Gassong, Ärztin
Dr. Andreas Richter-Böhne, Pfarrer
Initiative Ausländer und Deutsche (IAD)
Saskia Santoso, IAD
Anna Beltinger, Lehrerin
Heinrich Häberlein, Bundessprecher der DFG-VK
Richard Dollinger, Geschäftsführer der FRIEDENSLISTE
Ernst Haupt, Vertrauensmann
Jürgen Wolf, Stadtrat
Bernhard Kölbl, Geschäftsführer der GRÜNEN
Redaktion plärrer
Bernhard Jehle-Santoso, Lehrer (IAD)
Karl-Dieter Hahn, Geschäftsführer des christlichen Friedensbüros
Walter Vogel, Lehrer
Gerhard Buckel, Pfarrer
Annette Dahms, Gewerkschaftssekretär
Gerd Fischer, Gewerkschaftssekretär
Jürgen Göppner, Gewerkschaftssekretär
Wolfgang Meinhardt, Gewerkschaftssekretär
Lorenz Kirmeier, Gewerkschaftssekretär
Angelika Walz, Sachbearbeiterin
DEGRIN e.V. (Deutsche und Ausländer gemeinsam)
VVN Kreisvorstand Nürnberg

SOLIDARITÄTSINITIATIVE
MENSCHENRECHTE UND DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

Sophie Rieger
Hans-Günther Schramm
Rolf Langenberger
Herbert Stiefvater

p. A. Richard Dollinger
Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Tel.: 0911/557284

----------bitte an obige Adresse zurück-------

Name_____

Adresse_____

Unterschrift_____

Funktionsangabe [1] _____

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich die Solidaritätsinitiative, mit der Veröffentlichung meines Namens als Unterstützer der Solidaritätsinitiative bin ich einverstanden.
1) Auf Angaben über Parteizugehörigkeit bitten wir zu verzichten

Spenden werden dringend erbeten:
KREISSPARKASSE NÜRNBERG, Kto. R. Dollinger - Türkei-Solidarität
Kto. Nr. 456012, BLZ 760 502 10

V.i.S.d.P. R. Dollinger, Keßlerplatz 19, 8500 Nürnberg 20 E.i.S.

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Frankfurter Rundschau, 8. Juni 1988

Sozialisten droht lange Haft

In der Türkei wegen versuchten „Umsturzes" vor Gericht

Von unserem Korrespondenten Gerd Höhler

ATHEN, 7. Juni. Vor einem Staatssicherheitsgericht in Istanbul begann am Dienstag ein Strafprozeß gegen sechs führende Funktionäre der türkischen Sozialistischen Partei. Den Angeklagten wird vorgeworfen, auf einen Umsturz der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der Türkei hingearbeitet zu haben. Ihnen drohen Haftstrafen von bis zu 33½ Jahren.

Parallel zu diesem Strafverfahren berät zur Zeit das türkische Verfassungsgericht über ein vom Generalstaatsanwalt beantragtes Verbot der vor vier Monaten gegründeten Partei, die in ihrem Programm den NATO-Austritt, die Vergesellschaftung der wichtigsten Wirtschaftssektoren, ein Rätesystem der regionalen Selbstverwaltung und eine Reform der Strafgesetze fordert.

Am heutigen Mittwoch soll der Prozeß gegen die beiden prominenten türkischen Kommunisten Haydar Kutlu und Nihat Sargin beginnen. Kutlu war Führer der im Ost-Berliner Exil ansässigen, in der Türkei seit jeher illegalen „Türkischen Kommunistischen Partei" (TKP), Sargin Chef der „Türkischen Arbeiterpartei" (TIP), die nach dem Militärputsch von 1980 verboten wurde. Beide Gruppierungen fusionierten im vergangenen Herbst zur „Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei" (TBKP).

Haydar Kutlu und Nihat Sargin kehrten im November vergangenen Jahres freiwillig aus dem Exil zurück, um, wie sie erklärten, „die türkische Demokratie auf die Probe zu stellen". Sie wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Ankara festgenommen. Sie sind, wie die Führer der Sozialistischen Partei, angeklagt, den Umsturz der politischen Ordnung und „die Diktatur einer Gesellschaftsklasse über andere Klassen" geplant zu haben. Werden sie für schuldig befunden, droht ihnen die Todesstrafe.

Kutlu und Sargin, für deren Freilassung sich unter anderem das Europaparlament einsetzte, erheben den Vorwurf, sie seien in der Untersuchungshaft wochenlang schwer gefoltert worden. Staatsanwaltschaft und Justizverwaltung weisen diese Anschuldigung zurück. Die beiden Angeklagten befinden sich seit der vergangenen Woche in einem Hungerstreik.

Prawda, deutschsprachige Ausgabe, 7. Juni 1988

WEGEN IHRER ÜBERZEUGUNGEN VERFOLGT

Zum Gerichtsverfahren gegen türkische Kommunisten

Am 8. Juni wird in der türkischen Hauptstadt das Gerichtsverfahren gegen den Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei Haydar Kutlu und den Generalsekretär der Arbeiterpartei der Türkei Nihat Sargin eröffnet.

Viele türkische Anwälte kamen nach Durchsicht der 230-Seiten starken Anklageschrift zum Fall Kutlu und Sargin zu dem Schluß, daß dieses Dokument kein juridisches ist, sondern daß es sich eigentlich um eine rein politische Anklage handelt. Daraus macht auch der Staatsanwalt der Republik, der die Anklageschrift ausgearbeitet hat, kein besonderes Geheimnis. Er hatte es sehr eilig, das beginnende Gerichtsverfahren zum „Prozeß des Jahrhunderts" zu erklären, und zwar in der Annahme, damit beweisen zu können, daß kommunistische Ideen und Demokratie unvereinbar sind.

Auf welche Art und Weise? Wie in der Anklageschrift festgestellt wird, ist das „Grundprinzip des Kommunismus: Tod dem, der nicht mit uns ist. Einen Mittelweg gibt es nicht." Lesen wir weiter: „Es gibt weder schlechten noch guten Kommunismus. Der Kommunismus ist eine beängstigende Diktatur, die die Werktätigen ausnützt", „nach kommunistischer Überzeugung ist jeder talentierte, tatkräftige und unternehmerische Mensch ein Faschist, der sterben muß" usw., u.ä.. Daß solche „Ideen" mit der Demokratie unvereinbar sind, wird nicht bezweifelt. Aber was haben die Kommunisten und ihre Lehre damit zu tun? Die ihnen zugeschriebenen Leitsätze haben mit den tatsächlichen kommunistischen Idealen und Prinzipien absolut nichts gemeinsam.

Was sind die tatsächlichen Ziele der türkischen Kommunisten? Bekanntlich haben die kommunistische Partei und die Arbeiterpartei der Türkei im Herbst 1987 nach der endgültigen Einigung über ihren Zusammenschluß einen Programmentwurf einer Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei veröffentlicht. Darin sind die Ziele präzise formuliert. Als wichtigste strategische Aufgaben werden die Gewährleistung eines umfassenden Friedens und die demokratische Erneuerung der Türkei genannt. Dabei unterstreichen die türkischen Kommunisten, daß es unmöglich ist, daß eine Partei im Alleingang diese Ziele erreicht. Dazu ist eine große Allianz der Befürworter der Demokratie in der Türkei erforderlich. Und um einen Dialog mit anderen Vertretern des politischen Spektrums der Türkei anknüpfen zu können, muß der Partei zumindest die Möglichkeit eingeräumt werden, ihre Ansichten zu äußern.

Und eben deshalb - um zu ermöglichen, daß die neu gegründete Vereinigte Kommunistische Partei in der Türkei auf legaler Basis aktiv werden kann, sind die Generalsekretäre der ZKs der Kommunistischen Partei und der Arbeiterpartei der Türkei nach Vorankündigung auf einer Pressekonferenz am 16. November 1987 ganz offen aus der Emigration in die Heimat zurückgekehrt. Alles weitere ist den Lesern bekannt - schon an der Gangway des Flugzeuges wurden sie verhaftet.

In der Türkei sprachen sich viele Vertreter politischer Parteien, einflußreiche Presseorgane und Kulturschaffende gegen die Verhaftung von Kutlu und Sargin und für die Legalisierung der kommunistischen Partei aus. Das Europaparlament, viele kommunistische und Arbeiterparteien auf der ganzen Welt, Sozialdemokraten, Sozialisten, Grüne, Vertreter des Zentrums, Liberale, nationale Befreiungsbewegungen, öffentliche Organisationen und bekannte Kulturschaffende forderten ihre Freilassung. Um ihre Solidarität mit Kutlu und Sargin zu demonstrieren, kamen einige Vertreter des Europaparlaments, Juristen und Journalisten in die Türkei. Der bekannte griechische Komponist Mikis Theodorakis stand an der Spitze des Internationalen Komitees zur Rettung von Kutlu und Sargin. Das ZK der KPdSU, eine Reihe öffentlicher Organisationen der UdSSR und die Bruderparteien anderer sozialistischer Länder traten mit Nachdruck für ihre Freilassung ein.

Die gerichtliche Verfolgung von Kutlu und Sargin wegen deren Überzeugungen stößt auf umso größeres Unverständnis, zumal die Türkei internationale Menschenrechtsabkommen und die Schlußakte von Helsinki unterzeichnet hat, die die Verpflichtung enthält, „die Menschenrechte und die Grundfreiheiten wie Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsfreiheit zu respektieren."

Die Sowjetbürger glauben, daß die türkischen Kommunisten das Recht, frei und offen durch die Straßen ihres Heimatlandes zu gehen, erlangen werden, wie das von immer breiteren demokratischen Kreisen in der Türkei - wie es vom Leben gefordert wird. Wir bringen unsere brüderliche Solidarität mit den mutigen kommunistischen Patrioten der Türkei zum Ausdruck und unterstützen mit Nachdruck die Forderung nach deren Freilassung.

I. KURANOW

Als die Ausgabe schon im Umbruch war...

ANKARA, 6. (TASS). Wie die Zeitung CUMHURIET berichtet, wandte sich der Verband der zeitgenössischen türkischen Journalisten an die Leitung des Gerichts für Staatssicherheit mit der Bitte, dafür zu sorgen, daß das Gericht ungehindert arbeiten kann.

Dutzende Vertreter europäischer Länder, Juristen und Mitglieder politischer Parteien und Menschenrechtsorganisationen sollen in die Türkei kommen, um den Prozeß im Fall Haydar Kutlu und Nihat Sargin zu verfolgen.

Mahnwache vor dem türkischen Konsulat

Mit einer Mahnwache vor dem türkischen Konsulat in der Regensburger Straße demonstrierten gestern Mitglieder der Solidaritätsinitiative „Menschenrechte und Demokratie in der Türkei" für die Freilassung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin, die seit gestern in Ankara vor Gericht stehen. Wie berichtet, hatten Grüne-Stadträtin Sophie Rieger, Hans-Günther Schramm, MdL, und DKP-Stadtrat Herbert Stiefvater die beiden Türken im November 1987 in ihre Heimat begleitet. Bereits am Flughafen von Ankara wurden Kutlu und Sargin, – beide sind Generalsekretäre der Kommunistischen und der Arbeiterpartei – festgenommen. Sie sollen – so die Solidaritätsinitiative – während ihrer Haft mehrfach gefoltert und mit Elektroschocks und Drogen bearbeitet worden sein. Bei einer Verurteilung drohen beiden Generalsekretären mehrere hundert Jahre Haft, möglicherweise die Todesstrafe.

Foto: Guttenberger

Nürnberger Zeitung, 9.6.1988

Milliyet
Halk Gazetesi
10 HAZİRAN CUMA 1988
12 SAYFA 170 PFENNİG
D 7582 A

Theodorakis ile Avrupalı parlamenterler de izledi

DGM'de tezahürat

● Haydar Kutlu ile Nihat Sargın in yargılanacakları binanın önünde toplanan 1500 kişi eleni teneşesi sanıklara tahta tezahürat yaptı. Kutlu ise 'Demokrasi mücadelemiz sürüyor' diye bağırdı

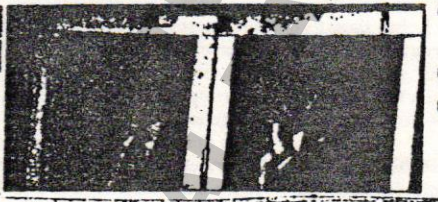
SAHİFE 7 SAYFADA

KUTLU-SARGIN DAVASI OLAYLI BAŞLADI

Avukatlar terk etti

Tahta parmaklıklar ARDINDA

Türkiye Birleşik Komünist Partisi (TBKP)'ni kurmak için Türkiye'ye gelmeleri 16 Kasım 1987 tarihinden önce gözaltına alınan ve daha sonra Ankara DGM'ce tutuklanan Haydar Kutlu ve Nihat Sargın'ın yargılanmalarına dün başlandı. Duruşmada tahta parmaklıklar ardında bulunan TİP ve TKP genel sekreterlerinin sakin edasları göründü.



● Türkiye Birleşik Komünist Partisi'ni kurmak amacıyla 16 Ekim'de Türkiye'ye gelen ve gözaltına alınan TİP Genel Sekreteri Haydar Kutlu ile TİP Genel Sekreteri Nihat Sargın, dün Ankara Devlet Güvenlik Mahkemesi'nde yargılanmaya başlandı

● Savunma avukatlarının ve dinleyicilerin büyük çoğunluğunun, duruşma salonuna alınmaması, tepkilere yol açtı

● İçeriyle ilgilenen Nihat Asker ve Halit Çelenk'in ifadelerinin alınmasından sonra, 348 sayfa iddianamenin okunmasının bitirilmesine kadar duruşmaya ara verilmesine karar verildi. Duruşma, yarın saat 09.30'da başlayacak. Bu arada 17 Haziran'a ertelendi

SAHİFE 7 SAYFADA

Hürriyet 40 YIL

Türkiye Türklerindir

10 Haziran 1988 Cuma

Kurucusu: Sedat Simavi 1896-1953

D 7636 A

SSK'dan izinlilere uyarı

'Özel doktordan rapor almayın'

● Sosyal Sigortalar Kurumu İstanbul Bölge Sağlık Müdürlüğü, anlaşmalı özel doktorlara yazılı bildirimde bulunarak, sigortalılara rapor verme yetkisi verilmemesini istedi. Müdürlük, sözkonusu doktorlara bildirisi ile ilgili olarak yapılan değişiklikten sonra sigortalılara bildirilir.

8 sayfada

Kutlu–Sargın davasında, yerli-yabancı basın ve gözlemciler ile sanıklardan ortak ses:

"BÖYLE DURUSMA OLMAZ"

ÜNLÜLERDEN DESTEK Mehmet Ali Aybar, Zekâi Lüküslü, Yaşar Kemal, Nâzım Theodorakis ve Yunanlı yazarlar Dimitriş Tsaloumis ve Manolis Anagnostakis dün Ankara DGM'de yargılanan Kutlu ve Sargın'a destek verdiler.

● Yasadışı Türkiye Komünist Partisi Genel Sekreteri Haydar Kutlu ile Türkiye İşçi Partisi Genel Sekreteri Nihat Sargın'ın, 7 ay sonra dün, olaylı başlayan duruşmaları olaylı sürdü. Devlet Güvenlik Mahkemesi önünde olağanüstü bir gün yaşanırken, alınan güvenlik önlemleri ile çevrede kuş uçurtulmadı.

● Tabanca ve yerli silahlardan, bazıları mermileri ve sayıları 280'yi bulan savcının evraklarından çıkarılan bilirkişi mahkeme salonunda gösterilince, protestolar yükseldi. Protestocular, "Böyle duruşma olmaz" derken, Mahkeme Heyeti, yargılamanın bina dışına konulan hoparlörden dinlenebilmesini ve alınıyorlu sağlanmasını açıkladı.

● Duruşmayı Yunanlı yazarlar Dimitriş Tsaloumis ile ünlü besteci Mikis Theodorakis, Yaşar Kemal, eski TİP Genel Başkanı Mehmet Ali Aybar ve çok sayıda gazeteci izledi.

● Bina önündeki bir grup, sanıkların alkışladı. Grupların 4 kişi gözaltına alındı. Kutlu ve Sargın, duruşmaya elleri kelepçeli olarak getirildi. Mahkemenin oturumlarına geçen duruşma, 17 Haziran'a ertelendi.

8 sayfada

FOTOĞRAF ÇEKTİRDİLER Haydar Kutlu ile Nihat Sargın ve diğer sanıklar duruşmanın ara verildiği sırada, mahkeme salonunda, avukatlarıyla birlikte fotoğraf çektirdiler.

Maden şehitlerimizin cenaze töreninde gözyaşları sel oldu

Kalbimize gömdük

'Milliyet' ve 'Hürriyet', dünkünde Tagesereignis berichten auf S.1 über den Prozeßtag

Archiv PKK

SOLIDARITÄTSINITIATIVE

MENSCHENRECHTE & DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI

Sophie Rieger, Stadträtin
Herbert Stiefvater, Stadtrat
Rolf Langenberger, Landtagsabgeordneter
Hans-Günther Schramm, Landtagsabgeordneter

p.A. Richard Dollinger
Keßlerplatz 19
8500 Nürnberg 20
Tel. 0911 / 55 72 84

Mitglied der bundesweiten „Initiative zum Schutz der in die Türkei zurückkehrenden Emigranten"

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

1o. Juni 88

Sehr geerhte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,

am 8. Juni hat in Ankara der Prozeß gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin begonnen. Erste Informationen aus Ankara berichten, daß zahlreiche Prozeßbeobachter nicht am Prozeß teilnehmen können, weil der Saal nicht ausreicht. Die Verlegung in einen größeren Gerichtssaal wurde abgelehnt. Anbei haben wir einige Pressonotizen zum Prozeßbeginn zusammengestellt.

Aus Nürnberg sind Hugo Molter und Helmut Pickel zum Prozeßbeginn nach Ankara geflogen. Voraussichtlich kehren beide am 12.6. wieder nach Nürnberg zurück. Wir möchten die Gelegenheit nutzen Sie aus erster Hand über den Prozeßbeginn zu informieren und laden herzlichst ein zu einer Veranstaltung am 15. Juni 1988, (Mittwoch) um 19.3o Uhr im Nachbarschaftshaus Gostenhof, 2. Stock, Zimmer 212.

Allen Freundinnen und Freunden, die am 8. Juni die Mahnwache vor dem türkischen Konsulat unterstützt haben möchten wir ebenso herzlichst danken, wie allen Spenderinnen und Spendern. Nachdrücklich möchten wir um weitere Spenden bitten.

Mit solidarischen Grüßen

Richard Dollinger

V e r a n s t a l t u n g

INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND - BERICHT AUS ANKARA
Hugo Molter und Helmut Pickel berichten über den Prozeßbeginn in Ankara

Mittwoch, 15. Juni 1988, 19.3o Uhr,
Nachbarschaftshaus Gostenhof, 2. Stock, Zimmer 212

Die Solidaritätsinitiative wird u. a. unterstützt:

Schmidt Renate, MdB • **Weiniger** Harald • **Plärrer**-Redaktion • **Penzkofer-Demuth** Gabi, Sprecherin der Friedensliste Nürnberg • **Kraus** Hermann • **Kulturladen Nord e.V.** • **Riedel** Dieter, Musiker für den Frieden • **Häberlein** Hans Heinrich, Bundessprecher der DFG-VK • **Maurer** Johannes, Arbeitskreis Frieden und Abrüstung • **Degrin e.V.** • **Hahn** Carl-Dieter, Christliches Friedensbüro • **Dahms** Annette, Gewerkschaftssekretärin • **Kölbl** Bernhard, Geschäftsführer • **Wolff** Jürgen, Stadtrat • **Huter** Roland, Erzieher • **Lennert** Norbert, Pfarrer • **Buchner** Monika, arbeitslos • **Göring** Ludwig, Vors. VVN/BdA Nürnberg • **Hammer** Ilse, terre des hommes • **Tiefel** Otto, Geschäftsführer Arbeiterwohlfahrt Nürnberg • **Brünesholz** Dorit, Diplom-Sozialpädagogin • **Angerinitiative** Erlangen e.V. • **Rössner** Eva • **Weber** Arno, Friedensinitiative Langwasser • **Drab** Heinz, Landesvorsitzender der DFU-Bayern • **Lindner** Doris • **Ziegler** Ewald, Geschäftsführer der DFU • **SDAJ** Nürnberg • **Schorler** Armin, Kreisvorsitzender • **Friedensinitiative Nord-Ost** • **terre des hommes** Nürnberg • **Schmidt** Christian, Landesvorstand DFG/VK • **Buchner** Monika • **Jahn** Frederieke • **Roderich** Arnold • **Rauser** Karin, Lehrerin • **Nürnberger Evangelisches Friedensforum** (NEFF) • **Beltinger** Anna, Lehrerin • **Meier** Daniela, Grafikerin • **Evang. Studentengemeinde** Nürnberg • **Haupt** Ernst, Vertrauenskörperleitung • **Steinmaier** Herta, Theologin • **Steinmaier** Walter, Pfarrer • **Hauck** Wolfgang, Stadtrat.

"Nürnberger Nachrichten"

Der „Jahrhundertprozeß" in Ankara

Testfall für die Demokratie

Türkische Angst vor Gesinnungen: Anklage gegen KP-Chefs Kutlu und Sargin

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
HELMUT PICKEL

ANKARA — Es sind zwei prominente Kommunisten, die sich an diesem heißen Junimorgen vor dem Staatssicherheitsgericht in Ankara verteidigen müssen. Da der Kommunismus in der Türkei wie der Teufel gefürchtet und mit strengsten Strafen bedroht wird, ist die Verurteilung von Haydar Kutlu (44) und Nihat Sargin (62) von vornherein gewiß, einen fairen Prozeß wird es für die Generalsekretäre der illegalen Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) und der verbotenen Türkischen Arbeiterpartei (TIP) nicht geben. Wenn sich die wichtigste Person im Saal, der Staatsanwalt, durchsetzt, hat jeder von ihnen mit annähernd 500 Jahren Gefängnis zu rechnen. Über 400 engagierte Juristen, die Kutlus und Sargins Verteidigung übernommen haben, werden daran nichts ändern können.

Aber in Ankara sitzen nicht allein zwei Parteichefs und auch nicht nur der Kommunismus auf der Anklagebank. Das Verfahren, das die Justizbehörden selbst als „Jahrhundertprozeß" bezeichnen, gilt inzwischen als Test dafür, wie es das Nato-Land Türkei mit der Demokratie und den Menschenrechten hält. Schließlich war es Ministerpräsident Turgut Özal höchstpersönlich gewesen, der Exilpolitiker jeglicher Couleur im vergangenen Herbst aufforderte, in ihre Heimat zurückzukehren. Im Zeichen der gewachsenen Liberalität, versprach er, hätten sie nichts mehr zu fürchten. Einem Staat, der die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft anstrebt, stand eine derartige Offenheit auch gut zu Gesicht.

Nicht nur gegen Kommunisten und ihre Sympathisanten geht die türkische Polizei mit großer Härte vor: Hier lösen die Beamten eine Demonstration von Studenten auf, die sich für die Schaffung einer eigenständigen Interessenvertretung eingesetzt hatten. Foto: AP

Im Gefängnis gefoltert

Kutlu und Sargin, die seit Jahren in der Bundesrepublik lebten, nahmen das Angebot wörtlich. In Begleitung einer umfangreichen Delegation aus Juristen, Parlamentariern und Presseleuten landeten sie am 16. November 1987 — wir berichteten ausführlich darüber — auf dem Flughafen in Ankara, wo sie sofort in ein Polizeifahrzeug gezerrt, ins Gefängnis transportiert, 19 Tage lang verhört und nach gesicherten Erkenntnissen schwer gefoltert wurden. Seither warten sie, beinahe ohne Kontakte zur Außenwelt, auf ihren „Jahrhundertprozeß" — wegen Leitung illegaler Organisationen und „Betreibung von Propaganda, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über andere soziale Klassen zu errichten sowie die bestehende Wirtschaftsordnung gänzlich zu zerstören".

Ankara, halb neun Uhr früh, schon knapp 30 Grad im Schatten in der Cevre-Straße vor dem Staatssicherheitsgericht: Hunderte von in- und ausländischen Beobachtern applaudieren, als Kutlu und Sargin in einem grauen, gepanzerten Leyland-Transporter, eskortiert von fünf weiteren Polizeifahrzeugen, zum Hintereingang des Gebäudes gefahren werden. Einen Blick von den KP-Chefs, beide in Handschellen, können nur die wenigsten erhaschen. Die Juristen- und Politikerabordnungen aus zahlreichen westeuropäischen Ländern, darunter eine starke bundesdeutsche Gruppe, sehen sich statt dessen mit einer abwehrbereiten Polizeistreitmacht konfrontiert.

Schwerbewaffnete Polizisten in dunkelgrünen Helmen als Landplage: Sie riegeln den Eingang ab, so daß auch die mindestens hundertköpfige internationale Journalistenschar keine Chance hat, in den Verhandlungsraum vorzudringen. Polizisten auf den gegenüberliegenden Dächern, in einer angrenzenden Tiefgarage, auf Mauervorsprüngen in weitem Umkreis. Es hilft nichts, Presseausweise zu schwenken und in der dichtgedrängten Menge — ein Kollege wird in der brütenden Hitze ohnmächtig und muß ärztlich versorgt werden — lautstark Einlaß zu fordern.

Die Demonstranten auf der anderen Straßenseite brechen wieder in rhythmisches Klatschen aus — eine dezente Form des Protests, die den amtlichen Apparat gleichwohl nervös macht. Sieht so die moderne Demokratie unter Turgut Özal aus? Türkische Pressefotografen legen in großem Halbkreis ihre Kameraausrüstungen auf die Straße, um ihren Zorn gegen die massive Behinderung ihrer Arbeit zu artikulieren. Im Saal, wo der Prozeß längst angerollt ist, sitzen außer den Angeklagten, den Sonderrichtern und Staatsanwälten lediglich die über 100 Mann starke Verteidiger-Delegation, vereinzelte Europa-Abgeordnete und ein paar prominente Bürgerrechtler, darunter der griechische Komponist Mikis Theodorakis. Die Öffentlichkeit ist auf diese Weise keinesfalls hergestellt.

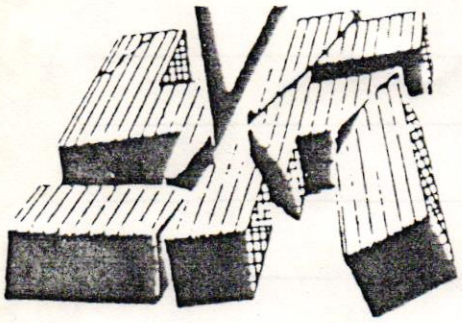
Aber wenn es in Ankara nur um die geschundene Pressefreiheit ginge! Nach der Mittagspause, während der die Polizei vier junge Leute aus Istanbul verhaftet, weil sie Protestparolen skandiert haben sollen, wandelt sich plötzlich das Bild. Sargins und Kutlus Verteidiger beschließen, den Prozeß so lange zu boykottieren, bis der Rest ihrer Kollegen und vor allem auch die angereisten Journalisten zum Verfahren zugelassen werden. Kein einziger türkischer Anwalt kehrt in den Saal zurück, in dem auf einmal gähnende Leere herrscht. Es genügt, den bundesdeutschen Reisepaß vorzulegen, um überraschend doch noch Augenzeuge einer bedrückenden Veranstaltung zu werden.

Neonröhren, nüchterne Holzpaneele. In einer laufstallähnlichen Umzäunung, bewacht von vier uniformierten Soldaten in jeder Ecke, harren Kutlu, Sargin und 14 weitere Angeklagte aus, deren Fälle dem Sondergerichtsverfahren angegliedert wurden, während der goldbetreßte Staatsanwalt die 231seitige Anklageschrift herunterleiert. Alles dreht sich um die Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches, nach denen nicht Taten, sondern bereits Gesinnungen und „Gedanken" fluchwürdige Verbrechen sind. Für jede Rede, die sie im Exil gehalten, für jede Publikation, die sie veröffentlicht haben, können die Angeklagten zu langjährigem Freiheitsentzug verurteilt werden.

Haarsträubende Details

Demokratie in der Türkei? Ähnlich wie mit den KP-Chefs Kutlu und Sargin, deren Prozeß am selben Abend abgebrochen und auf den 17. Juni vertagt wird, geht Ankara mit allen Oppositionellen, mit Linken und Halblinken, Sozialisten und Gewerkschaftern um. Akin Birdal, der Vorsitzende des türkischen Vereins für Menschenrechte, der mit eigenen Augen gesehen hat, wie sein Bruder gefoltert und getötet wurde, erzählt haarsträubende Details aus den Zivil- und Militärgefängnissen. Die Quintessenz: Niemand, der in diese Mühle gerät, kommt ohne Folter davon, und mindestens 175 Menschen sind seit dem Militärputsch vom September 1980 an der „Verhörmethode" gestorben.

Saarbrücker Initiative gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit



SIGNA wird von Einzelpersonen und folgenden Organisationen unterstützt:

- Jungsozialisten / LV Saar
- SJD-Falken
- Ev. Jugend
- DKP Saar
- Deutsch-ausländ. Jugendclub
- BUND Jugend
- VVN – Bund der Antifaschisten
- SDAJ Saar
- Jugendzentrum Försterstraße
- Naturfreunde Jugend
- DGB-Kreisjugendausschuß
- Die Grünen Saar
- Gesamtschülervertretung (GSV) Saar
- FIDEF (AG Saarbrücken)
- DIDF

Postlagerkarte Nr. 088 100 C, Saarbrücken
Spendenkonto: Postgiroamt Saarbrücken, Kto.-Nr. 765 12-662, BLZ 590 100 66

Saarbrücker Appell

Mit tiefer Sorge verfolgen wir die Zunahme neonazistischer Aktivitäten im Saarland seit den Bundestagswahlen 1987.

Das beabsichtigte Treffen ehemaliger SS-Leute in Saarbrücken, der Landesparteitag der NPD in Altenkessel und deren Dreiländertreffen in St. Wendel mit anschließendem Autokorso und Sonnenwendfeier auf dem Schaumberg, die Errichtung eines Nazitreffs in Völklingen, Überfälle auf Jugendzentren, die Gründung der "Deutschen Volksinitiative e.V." und ihrer besonders gegen ausländische Mitbürger gerichteten "Aktion Schwarzer Punkt", Ausfälle von Fußballfans in saarländischen Stadien sowie die zuletzt bekannt gewordenen antisemitischen Schmierereien sind nur einige Beispiele für das Wirken dieser Kräfte in unserem Land.

Nach der Zerschlagung des Hitler-Faschismus haben die Staaten der Anti-Hitler-Koalition aus den historischen Erfahrungen heraus 1945 im Potsdamer Abkommen folgende Richtlinien für die zukünftige Entwicklung Deutschlands festgelegt:

- Vollständige Ausrottung des Nazismus
- Verbot der Wiedererrichtung ganz gleich in welcher Form und Unterbindung jeglicher nazistischer Propaganda
- Ausschaltung aller Erscheinungsformen nazistischer Ideologie aus dem politischen, geistigen und kulturellen Leben.

Diese Gedanken finden sich im Grundgesetz der Bundesrepublik wieder. Es enthält eine Wertentscheidung gegen den Nationalsozialismus. Es rechtfertigt die Verfolgung der verbotenen nationalsozialistischen Bestrebungen und ermöglicht es – abweichend von den anderen Parteien – Gruppierungen zu verfolgen, die diese Gedanken vertreten und verbreiten, ohne daß es einer vorherigen Feststellung ihrer Verfassungswidrigkeit durch das Bundesverfassungsgericht bedarf. (Urteil der 7. Strafkammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt/Main vom 15.11.1985).

Das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen in Bremen im September 1987 sollte uns eine Warnung sein. Wir dürfen nicht zulassen, daß Neonazis heute, ähnlich wie ihre geistigen Väter in den Jahren 1922–1933 demokratische Rechte mißbrauchen können, um sich als wählbare Alternative darzustellen.

Deshalb fordern wir von den Behörden unseres Landes, insbesondere vom Ministerpräsidenten und der Landesregierung des Saarlandes sich verstärkt einzusetzen für:

- das Verbot aller rechtsextremistischen Parteien und Organisationen,
- die Unterbindung der Herstellung und Verbreitung von rechtsextremistischem und ausländerfeindlichem Propagandamaterial,
- die Einführung von altersspezifischem antifaschistischem Unterricht an allen Schulen,
- die Aufklärung der Öffentlichkeit über Nationalsozialismus und Neofaschismus (z.B. durch Vorträge, Publikationen, Filme, Seminare, Rundfahrten usw.)

Rechtsextremen Parteien und Organisationen dürfen keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt werden.

Das Recht ist auf unserer Seite!
Wir fordern insbesondere die Einhaltung des Artikels 139 des Grundgesetzes, wonach rechtsextremistische und neonazistische Organisationen keinen Anspruch auf den Schutz der im Grundgesetz enthaltenen demokratischen Grundrechte haben. Sie sind verfassungswidrig und müssen aufgelöst werden!

V.i.S.d.P.: SIGNA, Postlagerkarte Nr. 088 100 C, Saarbrücken

ARKIV SOSYAL TARİHİ VAKFI

Nuri MUSLUOĞLU
Wilhelmstr.27
7100 Heilbronn
(Soner Gürler)

Telefaxanschluß der Sendestelle
(07131) 86878
Seitenzahl: 1 | Gebühr: 6,--
(Tagesstempel)
Dienstvermerke *): RE
Übermittlungs-Nr.
Sendezeit, Name
HEILBRONN NECKAR ax 9.6.88 13 71

Telefax (0)203/339229

YARGILANAN KİM ?

8 Haziran akşamı, Stuttgart kentinin eyalet parlementosunun önünde bulunan merkezi meydanının uzağından yakınından geçen herkesi meşgul eden soru, **"yargılanan kim"** sorusu idi.

Alman Komünist Partisi DKP Baden Württemberg eyalet merkezinin çağrısı ile **"Kutlu ve Sargın'a özgürlük"** çağrısının etrafında birkaç kişi kelimenin tam anlamıyla, akşamın geç saatlerinde işyerinden çıkıp son alışverişlerini yapan insanlar ile kucaklaşıyordu. TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu ile TİP Genel Sekreteri Nihat Sargın'ın yargılanmasıyla ilgili olarak dağıtılan bildiriyi alan hemen hemen herkez daha geniş enformasyon alabilmek için görevlilere yanaşarak, görevlileri bu gün başlayan mahkeme ile ilgili olarak soru yağmuruna tutuyorlardı. Gelen soruların en ilginç yanı ise, geçtiğimiz kasım ayında Ankara havaalanına inişleri sırasında tutuklanarak ağır işkencelerden geçirilen Haydar Kutlu ve Nihat Sargın olayından hemen hemen herkezin geniş bilgilerinin olması idi. Uyarı nöbetinde bulunanlara yanaşan insanlar,"gördükleri işkence veya dönüşleriyle ilgili bilgilerimiz var, son durum nedir, bu gün mahkeme başlıyacaktı, başladımı gibi sorular yönetiyorlardı."500'e yakın avukatı alabilecek salon bulunamamışmıydı" şeklinde gelen soru Federal Almanyadaki basın tekellerinin tüm sansürlerine rağmen, haber engellerinin aşılarak geniş kesimlerin olay hakkında bilgilendirilebilmesinin başarılabildiğinin işareti idi.

Boyunlarında **"Kutlu ve Sargın'a özgürlük"** kartonlarının asılı olduğu uyarı nöbeti tutanlara yaklaşan insanlarla zaman zaman, TKP, TİP veya TBKP tartışması değilde, bu partilerin genel sekreterlerini yargılayan zihniyetin üzerinde tartışıldığı görülmekteydi. Bazen ellerindeki alışveriş torbalarıyla bir pankart alarak boynuna asan ve birkaç dakikalığına olsun uyarı nöbetine duran insanların sayısı hiçte az değildi. Boyle zamanlarda uyarı nöbetine duranların sayılarının zaman zaman 50 kişiye kadar vardığı gözlemleniyordu.

Stuttgart kentindeki, Kutlu ile Sargın'ın Türkiyede yargılanmaya başlanıldığı 8 Haziran akşamı alman ve türkiyeli demokrat, dürüst insanların yürüttüğü eylemin ilginç bir başka yanı ise, konuyla ilgilenmezmiş gibi görünen sokaktaki vatandaşın eyleme yaklaşım biçimi idi. "Komünist degilim ama, bu ülkede şimdi sizin anlattıklarınızı nasıl dinleyebilme özgürlüğüne sahipsem, sizde anlatma özgürlüğüne sahip insanlar niye Türkiyede bütün bunları anlatamasınlar, kabul edip etmemek benim işim, benim kafam çalışmıyormu" veya "Türkiyede savunulamadığı için yurtdışında görüşlerini kamuoyuna açıklayan sizler değil, bunların Türkiye sınırları içinde açıklanmasını yasaklayan zihniyet kahrolsun, hergün alman arkadaşlarımızın gözünde Türkiyedeki rejimin işkenceleri ile özgürlüğü kısıtlamaları ile haberler sonrası eziliyoruz, boynumuz bükük kalıyor".

Gelen sorulardan bir başka önemli olanı **"Komunist partisinden niye korkuyorlar ?"**

Biz bu soruya ilk büştaki sorumuzu yineleyerek cevap verelim.

Yargılanan kim ?

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Mahkemeyi izlemek uzere gidecek olan hollandali delegasyonu ve ilgili kisileri bilgilendirmek amaciyla Amsterdam'da 6 Haziranda 'Brifing duzenlendi. Toplantida Turkiye'deki son politik gelismeler TIP ve TKP adina konusan Can Acikgoz tarafindan anlatildi. Toplantida konuk konusmaci olarak bulunan avukat Yucel Yesilgoz ise konunun hukuksal yönünü şöyle degerlendirdi. " Bu iddianameyi ne bir hukukcu; ne politikayla ilgilenen bir kişi ne de bir insan olarak değerlendirebilmenin olanagi yoktur. Bu iddianame her yönden bir paçavradir. Kutlu ve Sargin'in yargilanmalari 141-142'nin varolmasindan ötürüdür. Bu ceza yasalari varolduğu sürece yargilanacaklar, oysa, 141 ve 142'nin ortadan kalkmasi durumunda ise Kutlu ve Sargin davasi da olmayacaktir. Yesilgoz Türkiye'de tüm politik tutuklularin boylesi çağdişi maddelerle yargilandigina dikkat cekti.

- - - - - - - - - - - - - - - Mahkemenin basladigi gün olan 8 Haziran'da Hollanda'nin Amsterdam ve Den Haag kentlerinde protesto eylemleri yapildi- Amsterdam'da Merkez Istasyon onunde yapilan eylemde alana bir podyum kuruldu. " Haydar Kutlu ve Nihat Sargin'a ve Türkiye'deki tum politik tutklulara özgürlük sloganlarinin yazildigi pankartlarla suslendi. Turkiyeli ve Sirili muzik gruplarinin sicak dayanismalarini dile getiren sarkilari ve yapilan ara konusmalarla gosteri 2 saat sürdü. Yagmura ragmen eylemi izleyen Hollandalilara bildiri dagitildi.

Den Haag'da daha önce kurulmus olan " Türkiyede Demokrasi için Den Haag Komitesi" bu günde Den Haag'daki Turkiye Buyukelciligini onune siyah celenk koyarak protesto eylemini gerceklestirdi. Icinde Kultur mustesari, Den Haag Kiliselsr Birliği yöneticisi, bir din adami, PPR ve CPN temsilcilerirn yer aldigi kojte celeği birakti, bir de basin bildirisi okudu. Bildiride Turkiye'de demokrasinin olmadiği ve banu kinadiklarini belirtiyorlardi.Basinin da ilgi gösdigi eylem sirasinda bildiri de dagitildi.

Hollanda'da bir süre önce tüm sol partilern (PvdA, PPR, PSP ve CPN) ortaklasa bastigi Kutlu ve Sargin'a dayanismalarini ifade eden ve özü protesto mahiyetinde turkce ve hollandaca basili kart kampanyasi devam ediyor.

Dava ile ilgili olarak isci partisi egilimli VARA radyosu 7 Haziran aksami ve 8 Haziran sabahi Turkiye'ye davayi izlemek uzere giden Joost Akkerd adina ve diger siyasi partiler adina da raportor Anne de Boer'la röportaj yaparak dava hakkinda uzun bilgi verdi. Hollanda TV kurmu NOS 8.00 (aksam) haberlerinde Mahkemeyi görüntülu olarak 2, 3 dakika verdi. Ayrica Hilversum Turkce yayin servisi uzun bir haber verdi (Heber BEM'den alinmisti) Gazetelerle ilgili haberi daha sonra gönderecegiz.

→ ~~Partisi Sosyalist~~ Yeşil platform
HKP
İşçi Partisi ve Yeşil platform

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TÜRKİYE POSTASI
YAZI KURULUNA

"Türkiyeli demokratlarla dayanışma,
Kutlu ve Sargın'a özgürlük !"belgisi altında,
Münih'te 8 Haziran çarşamba günü saat : 12.00'den ertesi gün
9 Haziran perşembe günü saat : 12.00'ye dek,kentin en işlek
bir meydanında,mahkemelerin başlaması nedeniyle,dayanışma
uyarı eylemleri yapıldı.

24 saatlik uyarı eyleminde binlerce ~~türkçe~~-almanca bildiriler
dağıtılırken,sözlü açıklamalar yapılarak,konu hakkında bilgiler
verildi.

Ayrıca,Kutlu ve Sargın'ın resimlerinin bulunduğu plakatlar de-
ğişik yerlere ve boyunlara asılarak,gelen giden insanlarla konu
üzerine konuşmalar,tartışmalar da sürdürüldü.

Yunanlı,alman,Türkiyeli komünistlerin aktif görev aldığı 24 saatlik
uyarı nöbeti,Grüncü milletvekili H.G.Schrammm'ın da dayanışma
ziyaretine tanık oldu.16 Kasım'da sekreterle birlikte Ankara'ya
giden avukat M.Sack ise,eylemin başından sonuna dek aktif görev
yaptı.
Sekreterle dayanışma olarak daha önce 6 Haziran pazartesi akşamı
bir salon toplantısı yapıldı.Bu toplantıya davetli olan SPD Avrupa
parlamentosu milletvekili J.Sakkelariou , GEW sendikası Bayern
başkanı P.Kurz ve VVN Bayern başkanı O.Neumann ~~bu toplantıya~~ katı-
lamadılar.Toplantıda girişim adına birisi kısa bir açıklama ve
dia gösterisi yaptı.Sönük geçen toplantı,çok az sayıda katılım
sağlamıştı.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

TARİH : 8.6.1988
SAYFA : 1

Soner GÜRLER

NURI MUSLUOGLU
Postfach 2551
Wilhelmstr. 27
7100 HEILBRONN
Telefon: 07131-89510

BAŞLIK ÖNERİSİ : İZLENİM

8 HAZİRAN 1988 STUTTGART

Baden Württemberg eyalet parlementosu önündeki meydan günü gelince hatırlayacak 8 Haziran 1988 gününü. Bu meydan birçok eyleme sahne oldu fakat Türkiyedeki zihniyetin böylesine yargılandığı bir olaya herhalde daha şahit olmamıştır.

TKP Genel Sekreteri Haydar Kutlu ile TİP Genel Sekreteri Nihat Sargının Türkiyede Devlet Güvenlik mahkemesinde yargılanmaya başlanması ile tüm Avrupada başlayan eylemler spontan olaylara sahne olmaya başladı. Alman Komünist Partisi DKP'nin çağrısı ile akşamın erken saatlerinde Stuttgart kentinde başlayan uyarı nöbeti kısa bir müddet içerisinde akşam alışverişini tamamlayıp evlerine dönen Stuttgartlıları sardı. Bildiri ellerine verilmeye çalışıldığı zaman almayanlara böylesine eylemlerde pek fazla raslanırda, eline bildiriyi alıp katladıktan sonra bir belki çekerek evinde okumak üzere cebine koyanlarada bir o kadar raslanır. Belkide en az raslanan dağıtılan bildiriyi eline alıp dağıtıldığı yerde okumaya

TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

çalışan ve sonrada çevresine bir göz atıp, konuşacak birisini arayıp bulmaya çalışanlara pek az raslanır. İşte Stuttgart Eyalet Parlemontisu önündeki meydanda, gelip geçen insanların büyük bir çoğunluğu konuşma ihtiyacı hisseden insanlardan oluştuklarından dikkati çekmekteydiler. Konuşmaya girerken,"tutuklandıklarını biliyoruz, hatta işkence gördüklerinide, fakat 400 ün üzerinde avukatın bu iki insanı nasıl savunacaklarını merak ediyoruz" diyenler herhalde büyük çoğunluğu oluşturuyordu.

Stuttgart kentindeki bu eylemin neden bu yanına değinmek gereği hissettik?

Federal Almanyada hernedense radyo, televizyon Afganistan karşı devrimcilerine her haber bülteninde yer ayırırda, Türkiyedeki olaylara değinme gereğini pek duymaz. Bu pek gözle görülemeyen bir sansürdür. Gayrı resmi diye adlandırabileceğimiz bir sansür. Tüm bu haber sınırlamalarına rağmen Stuttgartlılar Haydar Kutlu ile Nihat Sargının nasıl yargılanacaklarını merak ediyorlarsa demekki bahsini ettiğimiz bu barikatlar yıkılmış.

Yıkılan barikatların sesleri Stuttgart parlemento binası önünde yankılanırken düşündük, Mustafa Kemal'in başına da ferman çıkaranlar kaçmamışlarmıydı, Peki İran şahına, veya Somozaya ne olmuştu?

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Saymaya kalkarsak sayfalar dolusu bu tür olaylara pek çok raslanacağını düşünerek, alman halkının öööööööö xxxxxxxxxxxxxxxx dünyamızın değişik yörelerindeki bu tür olaylara hiçte öyle zannedildiği gibi duyarsız olmadığını izlemeninde mutluluğunu tattık.

Tam bu noktada TürkiyedeHaydar Kutlu ile Nihat Sargının yargılanacakları Devlet Güvenlik Mahkemesi önünde bu insanların temsilcilerinin bulunduklarını hatırladık.

Almanyanın insanı birçok kişinin iddia ettiği gibi hiçte öyle soğuk değilmiş. Aksine pek sıcak kanlıymış, hemde sıpsıcak dayanışma ateşiyle yanan bir sıcaklık bu.

TÜSTAV TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI

Nürnberg:

8.6.1988 günü T.C. Konsoloslugu önünde yaptigimiz Uyari Nöbeti'ne 17 kisi katildi. Dagittigimiz cok sayida bilidiri olumlu karsilandi, alanlar Konsolosluga birlikte soktular. Eylemi iki yöresel gazete görevlisi ziyaret etti, ayrica Bavyera Parlamentosu üyesi H.G.Schramm eylemi yerinde destekledi.

7.6.1988 tarihli Further Nachrichten adli yerel gazetede H.Kutlu ve Dr.Nihat Sargin ile ilgili güzel bir yazi yer aldi.

Ingolstadt:

Saat 13.00 - 19.oo arasinda düzenlenen Uyari nöbeti'ne cok sayida Alman ve Türkiye'li katildi. Birlikte mahkeme kinandi ve özgürlük istemi yükseltildi.

Münih:

8.6.1988 günü saat 12.00'de baslatilan Uyari nöbeti henüz sürmekte. Ardimizda biraktigimiz 19 saat içinde eyleme Alman, Yunanli, Iran'li ve Türkiye'li demokratlar [illegible] yagdilar. Tüm görev alanlar bildiri dagitip, imza topladilar, mikrofondan yapilan konusmalarla kamuoyu saat 22'ye degin bilgilendirildi. Bavyera eyaleti Parlamenteri H.G.Schramm yaptigi konusmada Türkiyedeki izlenimlerini anlatti, halki dayanismaya cagirdi. Eyleme katilarak en az üçer saat nöbet yapan kurulus ve girisimler:

Alman Komünist Partisi (tüm eylem boyunca), Yunanistan Kom.Partisi dostlari, Iran ve Irakli dostlar, Baris ve Silahsizlanma Komitesi Yönetim kurulu ve cok sayida üyesi, Antifasistler Birligi, Genc Sosyalistler, A.Sosyalist isci Genclik Örgütü, Sosyalist Ögrenciler birligi, Münih Genclik Dairesi calisanlari (Ayrica 300 kisilik egitim personelinin dayanismasi), ve cok sayida sosyal demokrat arkadas.

Su saate degin elimizde az sayida yazili mesaj bulunuyor, ancak sözlü dayanisma mesaji iletenler var. Kamuoyunun tepkisi olumlu, eylem bir hayli dikkat topladi.

TÜSTAV
TÜRKİYE SOSYAL TARİH ARAŞTIRMA VAKFI